

Politische Berichte



9. Januar 1987
Jg. 8 Nr. 1

G 7756 D

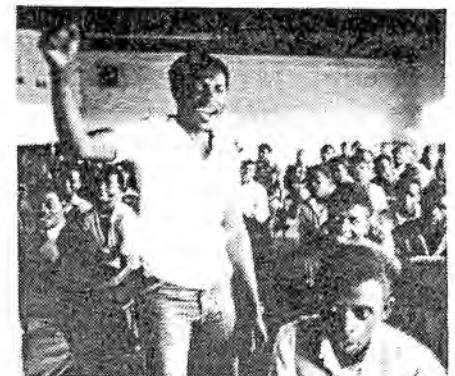
Preis:
2,50



Stahlindustrie: Kapitalisten wollen Stilllegungen zu Intensivierung, Flexi und Lohnabbau nutzen Seite 8



BRD als Gläubigermacht: Zinsertrag aus der Dritten Welt seit 1979 verdreifacht Seite 10



Südafrika/Azania: Dokumente der azanischen Arbeiterbewegung – Zusammenschluß der Gewerkschaften CUSA und AZACTU Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 6442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 1658. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Deutschlandpolitik: Die Reaktion bastelt an einem völkisch-deutschen Block in der "Mitte Europas"..... 4

Samstagsarbeit: Rappes Angebot: koalitionsfähig?..... 7

Südafrika/Azania: Noch keine Berufung für die Sechs von Sharpeville..... 7

Stahlindustrie: Kapitalisten wollen Stilllegungen zu Intensivierung, Flexi und Lohnabbau nutzen. Gemeinsamer Kampf der europäischen Stahlarbeiter!..... 9

BRD als Gläubigermacht: Zinsertrag aus der Dritten Welt seit 1979 verdreifacht..... 10
Wirtschaftlich-politische Aggression gegen Länder der Dritten Welt 11

Auslandsberichterstattung

Palästina: Anhaltende Kämpfe der Palästinenser zersetzen zionistische Siedlergesellschaft..... 12
Palästinenser unterstützen PLO.. 13

Japan: Verfall der Exporte: Arbeiter müssen bluten..... 13

Sowjetunion: Motorisierungspolitik auf Kosten der Arbeiter ... 14

Vietnam: Parteitag sanktioniert Wirtschaftsreformen 14

Sudan: Beendigung des Bürgerkriegs nicht in Sicht..... 15

Nordirland: Britannientreu und protestantisch – Ziele der Loyalisten..... 15

Internationale Meldungen..... 16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:

Kritik aus SPD-Kreisen an der Asylpolitik..... 18
Zwanzig Jahre Ostpolitik – Bilanz und Perspektiven..... 18
Grüne Kritik an SPD-Verteidigungspolitik..... 18
Daimler-Benz: Multi im Musterlande 19

Volkszählung: Datenbeschaffung zur Zukunftsplanung des Modells Deutschland 19

Reportagen und Berichte regional

BDI und BDA fordern vom DGB "Konsens" – worüber?

In Kapitalistenkreisen wächst angeblich das Interesse an einem "Konsens" mit dem DGB. Tyll Necker, gerade zum neuen BDI-Chef angetretener Metallkapitalist aus Schleswig-Holstein, äußerte zum Neujahr in einem Interview, "der Grundkonsens zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften (müsse) wiederhergestellt werden". Der neue BDA-Chef Murmann wünscht ebenfalls mehr "Konsens". Worüber? Murmann zu Neujahr im "Handelsblatt": "Die Lohnpolitik sollte auf das Ziel der Lohnstückkostenstabilisierung ausgerichtet werden, das bedeutet eine Orientierung der nominalen Tarifaabschlüsse am gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt. Auf die Einrechnung eines etwaigen Inflationszuschlags in die Lohnabschlüsse muß verzichtet werden." Die Bundesbank beziffert den "gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt" auf 2,5%. In etwa der gleichen Höhe erwarten die Wirtschaftsinstitute die Teuerungsrate für 1987. Murmann und Necker wollen also Lohnerhöhungen unter 2,5%. Für viele, gerade in den unteren Lohngruppen, bedeutet das weitere Lohnsenkung. Der DGB soll dem keinen Widerstand entgegensetzen, unter dem Vorwand "gemeinsamer Verantwortung" für die Arbeitslosen. Wenn nicht, drohen ihm die Kapitalisten schon jetzt die Verantwortung für die nächste Teuerung anzuhängen. Ein feines "Konsensangebot"! – (rül)

Kassenärzte plädieren für neue Wege der "Selbstbeteiligung"

Die Bundesregierung erhält Unterstützung für ihre Kostendämpfungskampagne. Der Deutsche Kassenarztverband plädiert für Kostendämpfung bei den gesetzlichen Krankenkassen. In einer Presseerklärung spricht sich der Verband dafür aus, daß die gesetzlichen Krankenkassen künftig sogenannte "nicht krankheitsbedingte" Ausgaben nicht mehr an die Mitglieder zahlen sollen, das sind nach Auffassung des Verbandes insbesondere: Sterbegelder, die zur Zeit an die Hinterbliebenen gezahlt werden; Mutterchaftsgelder in der Zeit des Mutterschutzes, der zum Schutz der Gesundheit von Frau und Kind gesetzlich festgelegt ist; und schließlich wendet sich der Verband gegen die Bezahlung von Schwangerschaftsabbrüchen aus der gesetzlichen Krankenversicherung, die nicht aus medizinischen Gründen erfolgen. Damit schließt sich der Verband der Kampagne von Kirche und Reaktionären zur Verschärfung des § 218 an. Diese Maßnahmen sollten dazu beitragen, die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung "tragbar" zu halten, und gewährleisten, daß im Krankheitsfall alle not-

wendigen ärztlichen Maßnahmen von den Krankenkassen bezahlt werden. Der Verband macht keine Vorschläge, welche gesetzlichen Versicherungen an Stelle der Krankenversicherungen zahlen sollen – anscheinend spekuliert er darauf, daß die Lohnabhängigen sich bei privaten Lebensversicherungen und freiwilligen Zusatzversicherungen wegen Sterbegeld und Mutterchaftsgeldern und sonstigen "nicht krankheitsbedingten" Vorfällen versichern können. Als weitere Maßnahme zur "Kostendämpfung" will der Kassenärzterverband "Risikozuschläge als Sondersteuer" für Tabakwaren und alkoholische Getränke und Werbung für beides sowie auf Zucker erhoben wissen. Diese Sondersteuer sollen die Kapitalisten an die gesetzlichen Krankenversicherungen zahlen. Da solche Steuern direkt auf den Preis der Waren aufgeschlagen werden, wäre die



Ärzteverband: Gegen Abtreibung auf Krankenschein. Bild: Demonstration gegen § 218.

Sondersteuer nur eine neue, erweiterte Form der "Risikozuschläge", die reaktionäre und liberale Kräfte schon geraume Zeit von Krankenversicherten, die rauchen oder Alkohol trinken, erheben wollen. – (uld)

Wahlprüfsteine der VVN-BdA

Die VVN – Bund der Antifaschisten fordert die Bundestagskandidaten auf, zu Frieden und Abrüstung, zum Verbot faschistischer Organisationen, zum Asylrecht, zum Abbau demokratischer Rechte und zur Entschädigung aller nichtentschädigten NS-Verfolgten Stellung zu nehmen. Mit diesen "Wahlprüfsteinen" hat die VVN-BdA auch Schwerpunkte ihrer Zielsetzungen umrissen, z.B. gegen die Angriffe auf Asylbewerber, wobei sie sich zu viel davon verspricht, wenn sie sich auf die Verfassung beruft. Die Kritik an reaktionären Interessen und Absichten der CDU/CSU-FDP-Regierung ist aber eher noch beschönigend und verharmlosend. So heißt es über die Ausländerpolitik und die Verbindung von Regierung und Neonazis: "Die Politiker der Bundesregierung suchen Sündenböcke, um von den

hausgemachten Problemen abzulenken. Sie schüren Fremdenfeindlichkeit statt gegen Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung und Rüstungswahnsinn einzuschreiten. Sie scheuen nicht davor zurück, sich in inhaltliche Übereinstimmungen mit neofaschistischen Organisationen zu begeben, die ähnliche Forderungen vertreten". Die Bundesregierung sucht nicht einfach Sündenböcke. Sie entrechtete die ausländischen Arbeiter planmäßig mit dem Ziel, einen beträchtlichen Teil der Arbeiterklasse dem Kapital zu allen Bedingungen schutzlos auszuliefern. Faschistische Pogrome und rassistische Reden im Bundestag dienen dazu, Angst zu verbreiten und Solidarität gegen solche Politik zu brechen. Neofaschismus wird vor allem deshalb zu einer realen Gefahr, weil er aufgrund von Ausbeutungsinteressen gefördert wird. Zu behaupten, wegen der "andauernden Massenarbeitslosigkeit" würde Neofaschismus gefährlich, legt nahe, nicht das Kapital, sondern die Arbeitslosen förderten Faschismus. Für ein gemeinsames Vorgehen von Antifaschisten sind die genannten Schwerpunkte zu begrüßen. – (düb)

Presseerklärung der Freiraum-Herausgeber

"Die neueste Ausgabe der anarchistischen Zeitung 'FREIRAUM' ist wieder mal 'beschlagahmt' worden, d.h. es fanden (unergiebige) Durchsuchungen bei mindestens vier Privatwohnungen sowie im Münchner Infoladen statt. Vorwand diesmal §90b (Verunglimpfung des Verfassungsgerichts – Mindeststrafe drei Monate), vermutlich wegen der Collage auf der Rückseite. Diese Aktion war aber sicher kein Zufall, sondern ein Teil einer konkreten Planung, die westdeutsche Presse-

landschaft zu 'säubern', was auch zu den insgesamt verschärften Maßnahmen gegen systemkritische Opposition gehört (neue Gesetze, Demoverbote, Kriminalisierungen, Verbot und massive Maßnahmen gegen RADIKAL und ihrer Wiederverkäufer).

Kurz nach dem Beschlagnahmebeschluß (der niemandem ausgehändigt wurde) erging offensichtlich auch ein Beschlagnahme- oder Anhaltebeschluß für die Postlagerkarte, über die bisher Zuschriften an die Redaktion geschickt werden konnten. Jedenfalls erhalten wir über diese Adresse nun erst einmal keine Post mehr. Was damit passiert, wissen wir nicht, es gab keine offizielle Benachrichtigung. Weiterhin wurden zwei Verdächtigen wegen des eigentlich schon verjährten Verfahrens wegen Nr. 9/85 (§111 und §90a) Strafbefehle zugesandt (1 x 2400 DM/120 Tagessätze).

Da sie wegen der neuen Nummer niemand verantwortlich machen können, versuchen sie jetzt, so Fahndungserfolge nachzuweisen und Druck zu machen. Im Gegensatz dazu wurden z.B. die meisten Verfahren wegen Nr. 12 (§129a) bereits vorher eingestellt.

Wir werden uns weiterhin nicht abschrecken lassen, es wird so oder so weiterhin 'regelmäßig' den FREIRAUM geben.

Zu unserer Unterstützung rufen wir auf, möglichst viel und möglichst sperrige Solidaritätspost (z.B. Weihnachtspäckchen) an die gesperrte (?) PLK – Nr. 073396A, 8000 München 34, zu schicken.

Wir fordern ein sofortiges Stopp der zunehmenden Kriminalisierung von linken Zeitungen."



"Mit uns für Schlesiens Zukunft" – unter diesem Motto will die Landsmannschaft der Schlesier ihr nächstes revanchistisches Bundestreffen am 20./21. Juni in Hannover durchführen. Welche Redner diesmal für die Regierung auftreten werden (Bild: Kohl beim Treffen 1985), ist offen. Fest steht, daß das Treffen erneut Anziehungspunkt für Faschisten und Reaktionäre sein wird. – (rül)

Regionale Nachrichten..... 21

HAW: 50% der Belegschaft in Kontischicht – Kaum Schutz gegen Nacharbeit..... 22

Asylbewerber: Kritik an Ernährung..... 22

Steuer-Diskriminierung: Schwierige Situation nach unkoordinierten Protesten..... 23

"Schlesier-Museum": Bündnis gegen revanchistische Ansprüche . 23

Budgetpolitik Heidelberg: Krankenpflege kostet Geld und muß bezahlt werden 24

Wiss. Hilfskräfte: Initiativen für einen Tarifvertrag..... 25

Kapitalisten-Initiative: Oetker & Konsorten fordern "Haushalt der Vernunft"..... 25

Gefängnisse: "Haberfeld" – eine Zeitung "nicht nur für bayerische Gefangene", "für Ausgegrenzte und Weggeschlossene"..... 26
CSU: "Sicherheit hat Vorrang".... 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung..... 28

Anti-Strauß-Komitee: Gegen CSU – aber zu wenig zum proletarischen Widerstand 29

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Nazi-Künstler: Wie die "geistig-moralische Wende" Breker "entnazifiziert" 30

Pädagogik: einige Überlegungen zur Einführung von Zwergschulen . 31

Südafrika/Azania: Dokumente der azanischen Arbeiterbewegung. 32

Spezialberichte

Westdeutsche Atompolitik: WAA Wackersdorf und "Schneller Brüder" für Atombomben "Made in Germany"..... 34
Physikalische Grundlagen der Kernspaltung..... 34
Eigene Atomwaffen waren und sind Ziel der (west)deutschen Bourgeoisie 36
Forderungen gegen westdeutsche Atombewaffnung..... 38
Wie friedlich ist die "friedliche Nutzung" der Atomenergie? 38

Titelbild: Karikatur, psy. Gö.

Deutschlandpolitik

Die Reaktion bastelt an einem völkisch-deutschen Block in der "Mitte Europas"

Der Bundestagswahlkampf plätschert scheinbar "themenlos", wie man so sagt, dahin. Die Behauptung, in Unionskreisen sei man darüber unglücklich, fürchte gar "Mobilisierungsprobleme" am Wahltag, dürfte aber falsch sein. Tatsächlich fürchtet die Regierung keine "Themenlosigkeit", sondern Kritik und Widerstand. Dieser aber ist zersplittert und schwach, so daß Kohl seine Propaganda von Gorbatschow als dem modernen Goebbels nunmehr gegen die DDR fortspinnen kann: Diese quält also nun Gefangene in "KZs", ist im Grunde auch nicht besser als das Dritte Reich. Die FDP ging auf Distanz, die SPD auch, aber nur, um im nächsten Atemzug zu beschreiben, was doch "dran" ist an diesem Vorwurf gegen die DDR. Ein neues "Stichwort" war geschaffen, mit dem die Unionsparteien und die FDP gegenseitig ihre Wähler zum Wahlgang treiben, Reaktionäre und Faschisten aller Couleur ihre Propaganda gruppieren und orientieren.

In seiner Neujahrsansprache hatte Kohl für seinen Dortmunder Auftritt schon Vorbereitung getroffen durch einen Gruß: "Ich grüße unsere Landsleute in der DDR, von Rostock bis Leipzig, von Magdeburg bis Frankfurt an der Oder. Wir vergessen nicht, daß wir zusammengehören." Auffällig daran war, wen Kohl nicht grüßte: Die "Schlesier" z.B. und ihre behaupteten Vetter, Brüder und Schwestern, kurz: alle "Deutschen östlich von Oder und Neiße". Sie blieben ungegrüßt. Nicht, weil Kohl irgendeine Bereitschaft zum "Verzicht" auf revanchi-

stische Ansprüche des BRD-Imperialismus andeuten wollte. Konzentration auf das Wesentliche, auf das Nächstliegende, gegen die DDR: diese Linie war damit ausgegeben und wurde in Dortmund weiterverfolgt.

Diese Konzentration des Drucks – wirtschaftlich, diplomatisch, politisch, militärisch – gegen die DDR hatte sich schon vorher angedeutet. Im November, kurz nach dem Gipfeltreffen von Reagan und Gorbatschow in Reykjavik, hatte der CSU-Abgeordnete Friedmann in einem von reaktionären Blättern vielbeachteten Papier erklärt: "Die Wiedervereinigung ist politisch, wirtschaftlich und finanziell notwendig." Die "deutsche Frage" gehöre nach Reykjavik wieder "auf die Tagesordnung der operativen Politik". Seitdem kommt die Debatte, ob Friedmann recht habe, was daraus folge usw., in Unions- und Vertriebenkreisen nicht zur Ruhe. Inzwischen ist die Debatte auch bei der FDP angekommen. Auf einer Festveranstaltung der bayerischen FDP aus Anlaß der Verleihung der Thomas-Dehler-Medaille an Genscher referierte der Leiter des Gesamtdeutschen Instituts, Detlef Kühn (FDP), laut Bericht der "Welt" vom 5.1.: "Dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes werde man nur gerecht, wenn man in der sich täglich wandelnden Welt die politische Lage immer wieder auf Veränderungen hin prüfe, die für die Überwindung der staatlichen Spaltung Deutschlands günstig sein könnten. Dabei sollte man nicht nur auf weltpolitische Veränderungen warten und

dann reagieren. 'Wir müssen vielmehr versuchen, für uns günstige Veränderungen herbeizuführen!'. Ausdrucklich knüpfte Kühn dabei in seiner Rede an die CSU-Friedmann-Formel von der "operativen Wiedervereinigungspolitik" an. Über die aggressiven Absichten, die die Reaktionäre mit dieser Lösung verbinden, ließ er keinen Zweifel: "Noch immer fehle ein Teamwork, das Militärs wie auch Deutschland- und Außenpolitiker zusammenbringe, um Denkmodelle als Grundlage politischer Verhandlungen mit der UdSSR zu erarbeiten." Gemeinsames Ziel all dieser öffentlichen Erörterungen ist: Die Kräfte des westdeutschen Imperialismus sowohl wirtschaftlich, politisch und militärisch gegen die DDR zu konzentrieren und eine dafür passende öffentliche Meinung aufzubauen, die einerseits faschistische Kreise nährt und wachsen läßt, bei der Union hält oder ihr zutreibt und andererseits vielschichtig genug ist, um auch scheinbar abweichende Positionen in das Ziel der Verstärkung des Drucks gegen die DDR einzuspannen.

Solche zunehmende revanchistische Hetze gegenüber der DDR ist Teil eines größeren Konzepts, das nicht so leicht auffällt und für das die Reaktion sehr viel mehr Leute einzuspannen weiß, als im öffentlichen Bewußtsein klar ist.

Wie sieht dieses aus?

Die Bundesregierung hatte sich im Zusammenhang mit dem 8. Mai 1985 und dem Schlesiertreffen im gleichen Jahr in eine begrenzte, aber spürbare

Mit DM-Aufwertung gegen die Streiks in Frankreich?

Der BRD-Außenhandel blüht. 1986 hat die BRD einen Ausfuhrüberschuß von über 100 Mrd. DM erzielt, stieg sie zur weltweit größten Exportmacht auf. Für Sozialdemokraten, die auch nur einen Funken von Interesse an einer Besserung der Lage der Lohnabhängigen haben, eine glänzende Lage, um wenigstens einen zarten Hinweis in Richtung Lohnerhöhung auszustoßen, sollte man meinen. Wer schließlich produziert den Kapitalisten ihre Waren so billig, daß sie auf allen Märkten triumphieren? Weit gefehlt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat ihren Obmann im Wirtschaftsausschuß, Uwe Jens, vorgeschickt: Der Außenhandelsüberschuß mache eine DM-Aufwertung und eine "Neuordnung im EWS" nötig. Vor allem gegenüber dem französischen Franc sei eine DM-Aufwertung "unumgänglich". Jens weiß: Eine DM-

Aufwertung wäre nicht nur ein Schlag der BRD gegen ihre französischen Konkurrenten. Sie wäre zugleich eine öffentliche Aufforderung an diese seitens der BRD, die Streiks der Eisenbahner und Hafenarbeiter unbedingt und mit Gewalt zu schlagen! Für so was macht die SPD den Sprecher. – (rül)

BASF in den USA wegen illegaler Importe angeklagt

Eine Strafe von 8,8 Mio. DM (4,3 Mio. US-Dollar) soll der Chemiekonzern BASF auf Antrag des US-Bundesamtes für Umweltschutz zahlen. Die Behörde beantragte die Strafe, nachdem die BASF-Tochtergesellschaft Inmont Corp. mehrfach gegen Import- und Vertriebsbestimmungen für die USA verstoßen hat. Inmont hat u.a. sieben verschiedene Chemikalien in die USA eingeführt und dort weiterverarbeitet, ohne die Behörde von der Einfuhr ordnungsgemäß zu unterrichten; der

Import von drei Substanzen in die USA ist verboten. Die Firma hat darüber hinaus den Vertrieb von vier neuen Chemikalien aufgenommen, ohne diese zuvor bei den zuständigen Behörden anzumelden und das Zulassungsverfahren abzuwarten. Das US-Bundesamt begründete die Höhe der Strafe damit, daß die BASF-Tochtergesellschaften in den USA bereits häufig gegen US-Gesetze über Verkauf, Import und Herstellung von Chemikalien verstoßen haben. – (uld)

EG-USA: Handelskrieg

Der Handelskrieg zwischen den USA und der EG spitzt sich zu. Reagan hat Sonderzölle bis zu 200% auf Alkoholika, Käse, Oliven und Dosenschinken aus der EG angekündigt, falls die EG nicht bis 30.1. ihre Zölle auf US-Exporte nach Spanien und Portugal senkt. Seit dem EG-Beitritt sind US-Agrarausfuhren, zumeist Futtermittel-



Aus: Deutschland-Magazin 1/87

außenpolitische Isolation manövriert. Aus Moskau waren Stimmen zu hören, man solle es nicht zu weit treiben, Verbündete, zumal in den kleineren Staaten rund um die BRD, muckten auf, Andreotti hatte schon vorher Krach geschlagen. Zugleich zeichnete sich schon damals ab und hat sich durch das Wahlergebnis der Republikaner in Bayern auch bestätigt, daß die Flüchtlings- und Vertriebenenlobby ein erhebliches Stimmengewicht besitzt und nicht gewillt ist, "deutsche Ansprüche" aufzugeben. Außenpolitisch hat die Regierung daraus die Konsequenz gezogen, systematisch auf eine Öffnung und Expansion der EG nach Osteuropa bei gleichzeitig

energischem Ausbau des westdeutschen Gewichts und Übergewichts in dieser EG hinarbeiten. Im Kern handelt es sich dabei um eine Neuauflage des aggressiven "Mitteleuropa-Programms" des deutschen Imperialismus unter neuen Bedingungen.

Der Kohl-Berater Michael Stürmer beschrieb dieses Konzept in einem Beitrag für die "FAZ" (10.12.86) unter der Überschrift "Gibt es Mitteleuropa?" so: "Östlich der großen Trennungslinie . . . kann Mitteleuropa da Antwort auf die geistige Leere der Staatsideologie sein, Hoffnung auf bessere Zeiten und Weg aus der Misere? . . . Nachrichten aus Kirchenkreisen und anderswoher sprechen dafür

... "Neu aber müsse an diesem Programm das feste Bündnis mit dem Westen, NATO, EG, WEU, sein: "Der Bezugspunkt kann allein das freie Westeuropa sein und dahinter die europäisch-atlantische Allianz mit ihrer wirtschaftlichen Kraft, kulturellen Vitalität und der Fähigkeit, Öffnung nach Osten und Festigkeit im Westen miteinander zu verbinden . . ."

Um für dieses Ziel innerhalb des westlichen Bündnisses bzw. hier speziell gegenüber den anderen westeuropäischen Staaten das nötige Übergewicht zu gewinnen, zielt die Politik der westdeutschen Reaktion dabei auf die Zimmerung eines großen völkisch-deutschen Blocks. Mit der BRD als Führungsmacht sollen darin unbedingt Österreich, sodann Westberlin, und, siehe Stürmer, die Opposition in der DDR, besonders die kirchliche, eingebunden sein.

Wie akut dieses Projekt inzwischen ist, zeigt ein Blick in das "Europa-Archiv". In dessen neuester Ausgabe läßt sich ein Andreas Khol, Direktor der Politischen Akademie Wien und Mitglied des Österreichischen Nationalrats, offen über "Österreichs Weg in die Europäische Gemeinschaft" aus. Sein Vorschlag: Zuerst solle Österreich sich an möglichst vielen EG-Vorhaben (Eureka z.B.) beteiligen, dann müsse eine schrittweise Beteiligung an der "Europäischen Politischen Zusammenarbeit" (EPZ) der EG-Außenminister folgen und am Ende die Mitgliedschaft. Von einem zu hastigen Beitritt sei abzuraten: "Unter den heutigen Umständen und in der Entwicklung der politischen Verhältnisse in Europa könnte das als Bruch des Basiskonsenses des Jahres 1955 mißdeutet werden." Gemeint ist: Als Bruch des Österreichischen Friedensvertrages, was es auch tatsächlich ist. Der westdeutsche Imperialismus ist be-

tel und Getreide, in diese Länder durch hohe Zölle behindert. Die EG gibt sich unnachgiebig. Das Geschäft, spanische und portugiesische Bauern mit teuren Futtermitteln zu plündern, wollen sich die westeuropäischen Monopole nicht nehmen lassen. - (rül)

Kein Stopp von Rüstungsexporten nach Peru

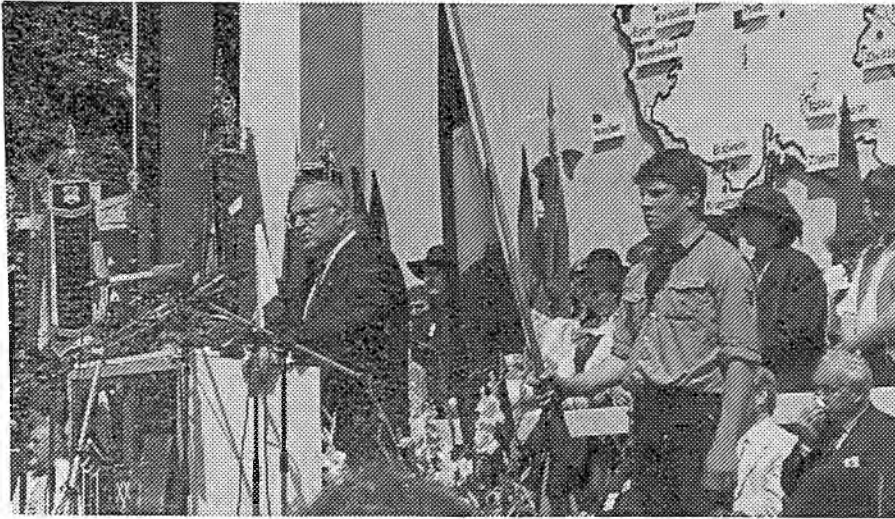
Der Wirtschaftsausschuß des Bundestages lehnte am 3.12.86 mit großer Mehrheit den Antrag der Grünen vom 29.4.86 ab, die BRD-Rüstungsexporte nach Peru zu stoppen und jegliche militärische Zusammenarbeit mit der Regierung Perus einzustellen. Die Grünen hatten dies begründet mit den ständigen Menschenrechtsverletzungen der Polizei und des Militärs gegen die Guerilla der PCdEP, gegen politische Gefangene und die Landbevölkerung und kritisiert, daß die Bundesregierung die Lieferung von Rüstungsgütern in Höhe von über 500 Mio. DM

1983 genehmigt hätte. Obwohl der Terror der peruanischen Polizei und des Militärs seither weiter zugenommen hat, beeinträchtigen Massenerschießungen von politischen Gefangenen wie im Sommer 1986 nach Ansicht des Wirtschaftsausschusses die "Menschenrechte" nicht. Die Zunahme der "Menschenrechtsverletzungen" unter der Regierung Garcia sei unrichtig, vielmehr sei die "Wahrung der Menschenrechte" "zentrales Anliegen seiner Regierung." Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Auswärtige Ausschuß haben den Antrag ebenfalls abgelehnt. - (sie)

Von Armut spricht man nicht

"Es kann nicht pauschal behauptet werden, Arbeitslosigkeit sei" in der BRD "regelmäßig gleichbedeutend mit wirtschaftlicher Not", antwortet die Bundesregierung auf eine Anfrage der SPD-Fraktion. Sie wendet sich

"mit Nachdruck" gegen Behauptungen, wonach die BRD als ein Land mit verbreiteter Armut erscheinen solle. Die veröffentlichten Zahlen sprechen für sich. Über 500 Tsd. Haushalte alleinerziehender Arbeitsloser oder mit ein bzw. zwei arbeitslosen Partnern leben ausschließlich von Arbeitslosengeld, -hilfe oder sind von der Familie abhängig. Knapp die Hälfte aller arbeitslosen Frauen bekommt weder Arbeitslosengeld noch -hilfe, die Zahl derer, die von AL-Hilfe leben müssen, hat sich von 1975 auf 1985 verdreifacht, von diesen erhalten 45,1% Frauen unter 600 DM monatlich. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld für alle Empfänger betrug 1985 918 DM, für Frauen 782,- DM. Der Verweis von Sozialämtern auf Kleiderkammern und Gebrauchtmöbellager sei nicht anstößig, ihre Nutzung sei Ausdruck von "Selbsthilfewillen" und "sorgfältigerem Konsumverhalten". - (dib)



Die Vertriebenenverbände sollen ihre Propaganda gegen die DDR konzentrieren helfen beim Aufbau eines großdeutsch-völkischen, von der BRD kommandierten Blocks in Mitteleuropa. Bild: Kohl vor dem Sudetentreffen in München 1986.

strebt, neuerlich eine großdeutsche Allianz mit Österreich zu zimmern und um diese Allianz weitere Verbündete zu scharen, um auf diese Weise sowohl in der EG wie im westlichen Militärbündnis genügend Gewicht zu gewinnen, um den anderen "Verbündeten" seinen Willen diktieren zu können, wie auch, um vermittelt dieses Bündnisses und vielleicht noch "verbündeter" Oppositionsgruppen in osteuropäischen Ländern die DDR und vielleicht noch die CSSR regelrecht in die Zange zu nehmen.

Ende November hatte Kanzleramtsminister Schäuble vor dem Verband der chemischen Industrie dieses Programm näher ausgeführt. Schäuble warnte die versammelten Kapitalisten dabei ausdrücklich vor allzu offener Formulierung der politischen Ziele der BRD. Dies könne die "deutsche

Seele" nervös machen: "Für die chemische Industrie etwa sind die Fragen nach dem seelischen Befund der Deutschen von ungeheurer Bedeutung ... Natürlich spielt das Trauma der NS-Vergangenheit ebenso eine Rolle wie die Tatsache, daß die Besiegten des Zweiten Weltkriegs ... signifikante Abweichungen in manchen psychologischen Befunden gegenüber anderen Ländern aufweisen. Und die Teilung Deutschlands macht uns nicht nur erpreßbar, sondern auch anfällig, denn sie ist nicht nur eine offene Wunde, sondern bietet auch die Chance zur Verführung. Deutschland war in Wahrheit in seiner Geschichte fast immer geteilt. Selbst das Bismarcksche Reich war das Ergebnis der Abspaltung Österreichs." (Bulletin der Bundesregierung, 26.11.86, S. 1213, Hervorhebung

von d. Red) Man muß schon etwa 50 Jahre zurückgehen, um ein Beispiel zu finden, daß ein Sprecher des deutschen Imperialismus die schiere Eigenstaatlichkeit Österreichs so offen als Problem der "deutschen Teilung" aufwirft!

Das zeigt, wie weitreichend die Pläne sind, die die Reaktion in der Deutschlandpolitik verfolgt. Das zeigt auch, wie genau sich Leute wie Richard von Weizsäcker mit seinem ständigen Räsonnieren über die "deutsche Mittellage" und angeblich daraus entspringende Probleme in das Expansionsprogramm der Reaktion einfügen. Erst am 11. Dezember hat das Regierungslager zudem in einer Aktuellen Stunde im Bundestag von SPD-Seite grünes Licht bekommen, um eine umfängliche Dokumentation über "Menschenrechtsverletzungen weltweit" künftig jährlich im Bundestag vorzulegen. Unions-, FDP- und SPD-Politiker waren sich dabei einig, daß dies selbstverständlich auch die "Menschenrechtsverletzungen in der DDR" einschließen müsse. So war für Kohls "KZ"-Bemerkung in Dortmund bestens vorgesorgt.

Man kann jetzt sicher sein, daß Kohl und andere Reaktionäre die weitere Entwicklung der von ihnen gestarteten politischen Debatte darüber, was man der DDR vorwerfen dürfe und was nicht, sorgsam verfolgen werden. Bleibt die Kritik an diesem Expansionsprogramm weiterhin schwach, so werden Kohl und seine Freunde sich nach den Wahlen daran machen, daraus ein aggressives Regierungsprogramm gegen die DDR zurechtzubasteln, in dem auch die Vertriebenenverbände, so sie nur "europäisch" auftreten und sich auf die DDR konzentrieren, ganz andere Wirkungsmöglichkeiten kriegen werden als jetzt schon. — (maf, rül)

Lange Haftstrafen in Isolation wegen RAF-Mitgliedschaft

Der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes Düsseldorf verurteilte am 23.12. Helmut Pohl zu lebenslanger Haft, weil die Richter als erwiesen ansahen, daß Pohl maßgeblich am RAF-Attentat auf den US-Flughafen Ramstein beteiligt war. Der im selben Prozeß angeklagte Stefan Frey ist zu viereinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er Wohnungen und Waffen für die RAF beschaffen haben soll. Der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes Düsseldorf schloß aus den politischen Erklärungen der Angeklagten auf ihre Mitgliedschaft in der RAF, die Beweislage war äußerst dünn. In der Begründung führte der Richter die Gesinnung beider Verurteilten als Beweis für ihre Schuld an und führte ihre mangelnde Reue an. Im Verfahren gegen Stefan Frey stürzte sich die Staatsanwaltschaft

schon bei der Verhaftung im wesentlich darauf, daß er in der Unterstützung von Hungerstreiks gegen die Isolationshaft bekannt geworden sei. Während er in Untersuchungshaft saß, beschlagnahmte die Staatsanwaltschaft Briefe an ihn, die die Lage der politischen Gefangenen behandelten, und führte sie als Beweismaterial gegen Stefan Frey im Prozeß an. — (uld)

EG: Weitere Schritte für EG-weite Polizei

Mitte Dezember vereinbarten Vertreter der BRD, Frankreichs, Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs weitere Schritte zum Abbau von Grenzkontrollen im Verkehr zwischen den fünf Staaten. Gleichzeitig beschlossen sie einen Ausbau des bereits bestehenden Zusammenwirkens ihrer Polizeien. Geplant ist, bei der Fahndung, dem Datenaustausch über von der Polizei gesuchte Personen und der sog. Rechtshilfe, d.h. der Erlaubnis

grenzüberschreitender Tätigkeiten der Polizeien, bis März weitere Maßnahmen zu erarbeiten. Außerdem wollen die fünf Staaten ihre Zusammenarbeit gegen Flüchtlinge, die um Asyl ersuchen, verstärken. Insbesondere die Durchreise ohne Einreisevisum soll Flüchtlingen unmöglich gemacht werden. Die fünf Staaten vereinbarten außerdem, daß sie ihre Asylgesetzgebung "anpassen" wollen. (Pressemitteilung der Bundesregierung v. 15.12.86) — (uld)

Zunehmende Gefährdung der unheilbar Kranken

Die Zweite Strafkammer des Landgerichts Traunstein hat es abgelehnt, gegen Hackethal wegen des Straftatbestandes des "Verdachts der Tötung auf Verlangen" das Strafverfahren zu eröffnen. Auch der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben, Atrott, der das Zyankali beschafft hat, soll ungeschoren bleiben.

Samstagsarbeit

**Rappes Angebot:
koalitionsfähig ?**

Wenige Wochen vor der Bundestagswahl hat der niedersächsische SPD-Spitzenkandidat Rappe den arbeitsfreien Samstag in einem Interview mit der in Oldenburg erscheinenden Nordwest-Zeitung ohne Not zur Disposition gestellt. Die Zeitung faßt den nicht nur ihres Erachtens bemerkenswertesten Punkt des Interviews im Vorspann folgendermaßen zusammen: "Die Frage der Arbeit an Sonnabenden ist für die Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik kein Tabu. Bei einer zunehmend teurer werdenden Technologie werde die Frage der Ausnutzung der Aggregate immer aktueller, wenn sich gleichzeitig die wöchentliche Arbeitszeit weiter verkürzen sollte, sagte dazu der Gewerkschaftsvorsitzende Hermann Rappe ..." (NWZ v. 6.12.86)

Obwohl der Manteltarifvertrag für die chemische Industrie den arbeitsfreien Samstag nicht vorsieht und die Chemiekapitalisten (insbesondere die IG Farben-Nachfolger) gegenüber nicht unbeträchtlichen Teilen der Chemiebelegschaften die Arbeit in kontinuierlichen Schichtsystemen an Samstagen (und Sonntagen) bereits durchgesetzt haben, sichert diese arbeiterfeindliche Äußerung Rappes doch Flanken der Kampagne der bundesdeutschen Kapitalistenverbände zur vollständigen Beseitigung des arbeitsfreien Wochenendes. Wohlgehemmt, ohne das sonst benutzte Feigenblatt "Schaffung von Arbeitsplätzen" den Samstag als Arbeitstag zum Verhandlungsspielball zu erklären, um die teurer werdende Maschinerie besser auszulasten, und ohne das arbeits-

freie Wochenende auch nur in einem Nebensatz als (zu verteidigende) Erwerbschaft der Arbeiterbewegung zu erwähnen, ist diese Rappe-Bemerkung deshalb doch wohl als Versuch zu bewerten, die politischen Positionen eines zur Großen Koalition tendierenden SPD-Politikers (mit Einfluß auf die Gewerkschaften) und Möchtegern-Blüm-Nachfolgers weiter öffentlich abzustecken und anzubieten.

Die Kapitalisten und ihre Presse nehmen die Rappe-Äußerung zufrieden auf. "DGB über Samstagsarbeit un-eins - Rappe und Döding signalisieren Entgegenkommen / Auf Distanz zur IG Metall" vermeldet "Die Welt" v. 7.12.86 und überschreibt ihren Kommentar mit "Funktionäre flexibel". Während Döding fälschlicher Verbreitung angeblicher Äußerungen entgegentritt ("... lehnt nach wie vor jede Ausweitung der Arbeit am Wochenende ab ... der Lebensrhythmus der Menschen dürfe nicht allein durch Maschinentakt und Rentabilitätsberechnungen bestimmt werden. Es gehe nicht darum, mal einen freien Tag zu haben, sondern es gehe um das freie Wochenende ..." - "Die Welt" v. 13.12.86), nennt Rappe in einem Interview mit der Bild-Zeitung v. 15.12.86 drei Bedingungen, "wenn die Arbeitgeber mit mir darüber reden wollen": 1. Neue Samstagszuschläge ("mehr Geld" - mit nur 25 Prozent liegt der Überstundenzuschlag in der chemischen Industrie übrigens so ziemlich am niedrigsten, der Verf.); 2. Verkürzung der Wochen- oder Lebensarbeitszeit; 3. Verbesserte Möglichkeit von Gewerkschaftsarbeit im Betrieb (mehr Freistellungen von Vertrauensleuten).

Zahlreiche Vertrauensleutekörper haben in Resolutionen und Briefen an den Hauptvorstand der IG CPK und an Rappe gegen die Preisgabe des freien

Samstags protestiert, so z.B. die der Continental Hauptverwaltung Hannover und der J. A. Benckiser GmbH Lauenburg. Der Manteltarifvertrag für die chemische Industrie ist bis Mitte 1987 zum 31.12.87 kündbar. Er sieht die 40-Std.-Woche an fünf Werktagen vor, ist also keineswegs ein Bollwerk gegen Samstagsarbeit. Beschlußfassungen wären dringend, die gegenüber Flexibilisierungs- und Differenzierungsforderungen der Chemiekapitalisten eine Verhandlungslinie festlegen, die eine weitere Ausdehnung von (Nacht-)Schicht- und Wochenendarbeit ablehnt und die Betriebsnutzungszeiten begrenzt, statt für Ausdehnung von "Altersfreizeiten" oder Vorruhestand den Samstag vollends preiszugeben und dies eventuell sogar noch mit einer niedrigeren Tariflohnerhöhung 1987 zu "erkaufen".

Zur Auseinandersetzung um den Entgelttarifvertrag, den die Chemiekapitalisten insbesondere zum Abkoppeln der Niedriglöhne und starken Differenzierung im Facharbeiterbereich nutzen wollen, wird ein Artikel folgen. - (mio)

Südafrika/Azania

**Noch keine Berufung für
die Sechs von Sharpeville**

Im Prozeß gegen die am 13. Dezember 1985 zum Tode durch Erhängen verurteilten sechs Azanier Reginald Sefatso, Malebo Mokoena, Jashua Khumalo, Moses Diniso, Theresa Ramashemola und Francis Don Mokhesi läßt sich das südafrikanische rassistische Regime viel Zeit. Ende Dezember 1986 hatten seine Gerichte noch immer nicht entschieden, ob sie dem Antrag der Verteidiger, Berufung gegen das Urteil zu

Die Verfechter der "Erlösungstodhilfe" triumphieren, weil sie die Tötung "auf Verlangen" und die "Beihilfe" zum Selbstmord rechtlich bestätigt sehen. Hackethal will jetzt weiter unter "Zeugen" und ohne Bezahlung Patienten "ins Jenseits gleiten lassen", wenn sie nur hoffnungslos unheilbar krank sind und "hundertprozentig" sterben wollen. Mit einem Schalter dürften die Schwerkranken zwischen helfender und tötender Infusion "wählen". Der Tötungsvollzug müsse gemeldet werden. Aber der getötete Patient kann nicht mehr aussagen, was ihm angetan wurde. Die hoffnungslos unheilbar Kranken sind für diese Leute sowieso nur verhinderte Selbstmörder und liegen, obwohl unheilbar, in teuren Krankenhausbetten, wo andere gesund gemacht werden könnten. Die sog. Fehlbelegung von Krankenhausbetten - ein Dorn im Auge von Kapitalisten und von Blüm - wird auf diese Weise auf jeden Fall reduziert. - (sul)



Zum zweiten Mal seit 1977/78 ist die BRD 1987 und 1988 Mitglied im UN-Sicherheitsrat. Italien und Japan wurden ebenfalls als Mitglieder gewählt, so daß nun - unter Einschuß der ständigen Mitglieder - die EG vier und die Staaten der imperialistischen Weltwirtschaftsgipfel sogar sechs der 15 Mitglieder im Sicherheitsrat stellen. Dies wolle man nutzen, um bei "akuten Konflikten" in der Dritten Welt (Südafrika, Nahost) über den Sicherheitsrat einzugreifen, kündigte Genscher an. Für die Dritte Welt eine klare Drohung. - (rül)

erlauben, stattgeben, oder ob sie stattdessen die Hinrichtung sofort vollstrecken wollen.

Nachdem schon 1986 das UNO-Sonderkomitee gegen Apartheid, die OAU und das Koordinationsbüro der Blockfreien gegen die Todesurteile protestiert hatten, haben nun auch UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar und der Vorsitzende des UNO-Sonderkomitees gegen Apartheid, Garba, in Briefen an Premier Botha gegen die Todesurteile protestiert.

Auch in den westeuropäischen imperialistischen Ländern, den engsten Stützen des rassistischen Regimes, wächst die Solidarität mit den Angeklagten. In Großbritannien bemüht sich die "Workers Revolutionary Party" (Revolutionäre Arbeiterpartei, eine trotzkistische Organisation) um den Aufbau einer Solidaritätsbewegung mit den Angeklagten. In Belgien führten Ende des Jahres Azania-Aktionsgruppen, der Antiimperialistische Bund und die Rote Jugend (Jugendorganisation der Partei der Arbeit) eine Kundgebung zum Gedenken an die Opfer eines der zahlreichen Massaker des Rassenregimes und zur Solidarität mit den sechs Angeklagten von Sharpeville durch. In den Niederlanden organisieren antiimperialistische Komitees die Solidarität mit den Angeklagten.

Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien dagegen unterstützen offen das Rassenregime. Bereits im März letzten Jahres hatte Staatssekretär Möllemann (FDP) vom Auswärtigen Amt auf eine Anfrage der Grünen, was die Bundesregierung gegen die Todesurteile zu tun gedenke, erklärt: "Es handelt sich gegenwärtig um ein schwebendes Verfahren ... Interventionen zum gegenwärtigen Zeitpunkt würden uns dem Vorwurf aussetzen, in die Rechtssprechung eingreifen zu wollen." Die CDU/CSU-Fraktion äußerte sich noch unverblümt. Auf ein Schreiben von Teilnehmern einer Solidaritätsveranstaltung mit den Sechs von Sharpeville antwortete ein Referent ihrer "Arbeitsgruppe Außenpolitik": "Nach Prüfung der Umstände kann ich mich Ihrer Beurteilung, es handle sich um ein politisches Vergehen, nicht anschließen. M.E. liegt Mord vor ..." "Mord" bedeutet laut Brockhaus "Tötung aus niedrigen Beweggründen". Wer gegen das rassistische Kolonialregime in Südafrika kämpft, der hat für die CDU/CSU allemal "niedrige Beweggründe" und gehört rechtsstaatlich hingerichtet. Die Solidaritätsbewegung in der BRD sollte den Wahlkampf nutzen, um solche christlich-demokratischen Scharfrichter zu stellen und die Solidarität mit den Angeklagten zu verstärken.

Quellenhinweis: Schreiben der CDU/CSU-Fraktion vom 4.12.86; Solidair, Zeitung der PvdA Belgiens, 17.12.86, Bundestagsdrucks. 10/5249 - (rül)

Stahlindustrie

Kapitalisten wollen Stilllegungen zu Intensivierung, Flexi und Lohnabbau nutzen

Die Lohnbewegung Stahl 1986 ist noch nicht abgeschlossen; Arbed-Saarstahl weigert sich immer noch, den Ende September in NRW vereinbarten Abschluß zu übernehmen. Doch schon bereiten die Stahlkapitalisten im Verbund mit der Bundesregierung weitere Angriffe vor. "Stärker als unsere Subventionsbereitschaft wird die Lohnrunde des nächsten Jahres über viele hunderttausende Arbeitsplätze entscheiden," so Bundesfinanzminister Stoltenberg in einem Interview mit der Zeitschrift "Quick" (1). Die Forderung nach 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich bezeichnete er als "Untergangsprogramm" für Werften und Stahlindustrie.

Bei der Durchsetzung weiterer Flexibilisierung der Arbeitszeit und endlich auch der Löhne können die Kapitalisten mit der vollen Unterstützung der Bundesregierung rechnen. Die niedrigen Abschlüsse in der Stahlindustrie, die Aussetzung von Weihnachts-

schen gar 214 %." (3)

Zudem besteht nach Berechnungen der EG-Kommission in der EG noch ein Überhang von 21,7 Mio. Jahrestonnen Warmwalzkapazität, der weitere Stilllegungen erfordert. Die Kapitalistenvereinigung Eurofer will bis März Absprachen treffen, wie insgesamt 12 Mio. t stillgelegt werden können (siehe Kasten). Der damit verbundene Schrumpfungsprozeß ist in die genannten Zahlen bestenfalls teilweise eingerechnet.

Zunehmend wird Stahl durch andere Materialien ersetzt, die Stahlproduktion in den weniger entwickelten Ländern der "Dritten Welt" hat zugenommen. Dies sind zwei wesentliche Ursachen des Kapazitätsüberhangs. Obwohl diese Entwicklung schon lange klar war, haben die EG-Stahlmonopole jedoch noch nach dem Produktionseinbruch von 1975 ihre Kapazitäten ausgebaut: 1973 betrug die Rohstahlkapazität in der EG 174,4 Mio. t, 1980

Rohstahlerzeugung EG (Mio. t), ohne Griechenl., Span., Port.

Jahr	BRD (% an EG)	Belgien	Frankr.	Großbr.	Italien	EG
1974	53,2 (34,2 %)	16,2	27,0	22,3	23,8	155,5
1975	40,4 (32,2 %)	11,6	21,5	20,1	21,8	125,6
1976	42,4 (33,6 %)	12,1	23,2	22,3	23,4	134,0
1977	39,0 (31,0 %)	11,3	22,1	20,4	23,3	126,1
1978	41,3 (31,1 %)	12,6	22,8	20,3	24,3	132,6
1979	46,0 (32,8 %)	13,4	23,4	21,5	24,3	140,2
1980	43,8 (34,3 %)	12,3	23,2	11,3	26,5	127,7
1981	41,6 (33,3 %)	12,3	21,3	15,3	24,8	125,1
1982	35,9 (32,5 %)	9,9	18,4	13,6	24,0	110,5
1983	35,7 (32,8 %)	10,2	17,6	15,0	21,8	108,7
1984	39,4 (33,1 %)	11,3	18,8	15,2	24,1	119,2
1985	40,5 (33,9 %)	10,7	18,8	15,7	23,7	119,5

Quelle: Stat. Jahrbuch der Eisen- u. Stahlind., 1986

geldtarifverträgen 1982/83 bei Arbed und 1983 bei Krupp Stahl waren ein Anfang dazu. Noch gut in Erinnerung ist der Vorschlag des ehemaligen saarländischen FDP-Wirtschaftsministers, das Saarland in ein "Niedriglohnland" zu verwandeln.

Die Propaganda weiterer Lohnsenkung paßt zu den Rationalisierungsplänen, die die Stahlkapitalisten in den letzten Monaten veröffentlicht haben. 15000 Beschäftigte sollen offiziell bis 1988 abgebaut werden, ein internes Papier der Stahlkapitalisten spricht sogar von 20000. (2) "Vor allem aber müssen wir lernen, den Stahl mit weniger Leuten zu kochen," kommentierte Hoesch-Chef Rohwedder den Zweck nach einer Japanreise Ende August. Und weiter: "Setzt man die Leistung aller deutschen Stahlarbeiter gleich 100, so schaffen die japanischen Kollegen 167, die koreani-

202,5 Mio. t. (4). Dies ist Ausdruck der Absicht der EG-Stahlkapitalisten, sich gegenseitig tot zu konkurrieren.

Auch wenn seit 1980 in der EG insgesamt 31 Mio. t Walzkapazität abgebaut wurden, haben die Stahlkapitalisten diese Absicht keineswegs aufgegeben. Insbesondere die westdeutschen Monopole setzen darauf, daß sie ihre Spitzenstellung in den letzten Jahren ausbauen konnten. Thyssen-Stahl-Chef Kriwet verlangt die Stilllegung der am meisten subventionierten Stahlmonopole und rechnet vor, daß die italienische Finsider 1986 mit 1 Mrd. Verlust rechnen muß. "Jedes deutsche Stahlunternehmen muß bei einem Verlust dieser Größenordnung den Gang zum Konkursrichter antreten." (5) Arbed-Saarstahl verschweigen die westdeutschen Kapitalisten bei solchen Gelegenheiten schamhaft.

In der Eurofer-Vereinbarung sehen

Gemeinsamer Kampf der europäischen Stahlarbeiter!

Sieht man sich die bisherigen Ergebnisse der Stahlpolitik der EG an, so muß man klar sagen: Gewinner waren die Kapitaleigner – sie haben eindeutig von der Politik der EG-Kommission profitiert, davon, wie diese Politik in den einzelnen Staaten durch die Regierungen und Unternehmer durchgesetzt wurde, gegen die Stahlbelegschaften.

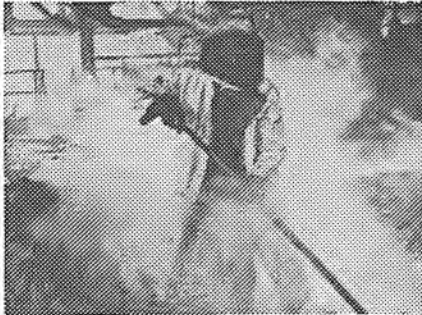
Die Stahlarbeiter haben die Zeche bezahlt, und das gleich mehrfach:

- Seit 1974 wurden mehr als die Hälfte der ehemals vorhandenen Arbeitsplätze in der Stahlindustrie vernichtet – europaweit über 400000.

- Wechselbäder von Kurzarbeit und Mehrarbeit werden uns im Konkurrenzkampf der europäischen Konzerne in allen Ländern zugemutet.

- Immer weiteres Zurückfallen im Lohnniveau ist nicht nur eine Erscheinung in der Bundesrepublik, sondern auch in allen anderen Ländern der EG.

- Seit 1974 wurde die Schicht- und Tonnenleistung pro Beschäftigten immer höher getrieben.



– Die Sozialpläne sind ebenso wie die sonstigen staatlichen Zuschüsse an die Stahlkonzerne überwiegend aus Steuergeldern und aus den Kassen der Renten- und Arbeitslosenversicherungen gezahlt worden.

Die neuen Pläne der größten EG-Stahlkonzerne (Eurofer) sollen erneut die Vernichtung von Zehntausenden von Arbeitsplätzen bringen – mindestens 60000, nach Angaben der EG-Kommission bis zu 100000 Arbeitsplätze stehen auf der Abschußliste.

12 Mio. t Warmwalzkapazität – von insgesamt rund 20 Mio. t – will die Vereinigung Eurofer als "Stilllegungsanteil" beisteuern; 4 Mio. t Warmbreitbandkapazität; 4,5 Mio. t Grobblechkapazität; 1,1 Mio. t leichte und 2,3 Mio. t schwere Profile sind es im Einzelnen.

In der Vereinbarung dazu vom November sind als Unterzeichner des Stilllegungsabkommens folgende EG-Konzerne aufgeführt: Belgien: Clabecq, Cockerill-Sambre, Sidmar; Dänemark: D.D.S.; Frankreich: Usinor/Sacilor; BRD: Buderus, Dillinger, Hoesch, Klöckner, Maxhütte, Peine-Salzgitter, Rötzel, Saarstahl, Thyssen, Otto Wolf; Italien: Falck, Finsider; Luxemburg: Arbed; Niederlande: Hoogovens; Großbritannien: B.S.C. Dies sind 21 Konzerne, tatsächlich gehören Eurofer nur 15 Obergesellschaften an, die anderen sind von ihnen beherrschte Gesellschaften.

Die Unternehmer haben sich in ihrem Verband Eurofer auf eine gemeinsame Strategie, auf abgesprochene Stilllegungen und Geldforderungen an die staatlichen Kassen geeinigt – allem Gerede von Konkurrenz

zum Trotz. Und die abhängig Beschäftigten? Hier tut ein gewerkschaftlicher Kampf in ganz Europa dringend Not!

Es darf nicht wieder, wie 1978/79, als in der bundesdeutschen Stahlindustrie für Arbeitszeitverkürzung gestreikt wurde und ein Jahr danach in der britischen Stahlindustrie für das gleiche Ziel, geschehen, daß die Stahlbelegschaften sich einzeln in jedem Land wehren – gemeinsamer Kampf und Widerstand ist gegen diese Pläne notwendig. Ein gemeinsamer Kampf mit den übrigen Stahlgewerkschaften – und nicht gemeinsam mit den bundesdeutschen Stahlindustriellen gegen den "Rest von Europa" – muß das Ziel sein.

Ein wichtiger Schritt dahin könnte eine europaweite Konferenz der Stahlgewerkschaften sein, unter breiter Beteiligung der Vertrauensleute und ähnlicher direkt in den Betrieben gewählter Belegschaftsvertretungen aus allen Stahlbetrieben in Europa. Kontakte und Gespräche unter einigen wenigen Hauptamtlichen sind – wie die Erfahrungen zeigen – unzureichend.

Konkrete Schritte zur Durchsetzung der Forderungen der Stahlarbeiter müßten auf einer solchen Konferenz beschlossen werden, u.a.:

- Sicherung aller Stahlstandorte;
- sofortige, gemeinsame Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden die Woche;

- Kontrolle über Einsatz und Verwendung der staatlichen Gelder an die Stahlunternehmen durch die Belegschaftsvertretungen. – (has, VSP)

die westdeutschen Stahlmonopole offensichtlich ihre Chance. Die Stilllegungsabsprachen sollen mit der Möglichkeit zum Verkauf der von der EG für die einzelnen Monopole vorgeschriebenen Produktionsquoten verbunden werden: "Kostengünstige" Stahlhersteller sollen für etwa 300 ECU/t Quoten von "weniger kostengünstigen" kaufen. Wahrscheinlich muß man nicht zuletzt in diesem Zusammenhang die u.a. von Kriwet erhobene Forderung nach neuen Subventionen für die westdeutschen Stahlmonopole sehen. Kein Wunder, daß die Stahlkapitalisten die angebliche "Wettbewerbsverzerrung", die damit ausgeglichen werden soll, in den düstersten Farben malen. Flüssige Mittel werden gebraucht, wenn es ans Quotenkaufen geht.

In jedem Fall werden die westdeutschen Stahlmonopole alles daransetzen, ihre Produktion noch "kostengünstiger" zu gestalten, d.h. die Stahlarbeiter noch mehr auszupressen. Neben der Produktionsleistung sprach Rohwetter nach seinem Japan-Besuch auch vom niedrigeren Lohnniveau in

Japan. Gerade erst ist es den japanischen Stahlkapitalisten gelungen, den Verband der Stahlarbeitergewerkschaften erstmals in seiner 25-jährigen Geschichte dazu zu bringen, auf die fällige Lohnerhöhung im kommenden Frühjahr zu verzichten. (6) Dies wird die westdeutschen Stahlmonopole nur noch mehr anspornen.

Alles in allem zeigt sich, wie falsch es war, daß die IG Metall im Sommer, bei vergleichsweise günstiger Konjunktur, erneut eine schlechtere Lohnerhöhung hingenommen hat, als in der Metallindustrie. Der Fehler findet seine Fortsetzung: Die fortlaufende Lohnauseinandersetzung bei Arbed-Saarstahl erwähnte Steinkühler in seinem Referat bei der Stahlkonferenz der IG Metall am 16.12.1986 nicht, gegen die Drohungen von Stoltenberg und anderen zur Lohnflexibilisierung ist vom IG Metall-Vorstand nichts zu hören.

Stattdessen forderte Steinkühler die Bundesregierung zu einer energischen Stahlpolitik gegenüber den anderen EG-Staaten auf und stieß ebenfalls ins Horn der Subventionsforde-

rung – übrigens im Gleichklang mit den sozialdemokratischen Landesregierungen in NRW und im Saarland. Trotz der schlechten Erfahrungen der IG Metall mit der "Konzertierten Aktion" Ende der 60er Jahre schlug er erneut einen Stahlausschuß mit Vertretern von Bund, Ländern, Kapitalisten und IG Metall vor. (7)

Die Politik der IG Metall beschränkt sich in der Stahlindustrie immer mehr auf das, was unter dem Stichwort "Arbeitsplatzabbau" zu fassen ist. Tatsächlich beweist die Entwicklung in der Stahlindustrie, daß eine an der Beschäftigung orientierte Gewerkschaftspolitik nicht in der Lage ist, den Angriffen der Kapitalisten Einhalt zu gebieten. Schon gar nicht, wenn der Ausgangspunkt auch noch die "deutsche" Beschäftigung ist.

Quellenhinweis: (1) "Quick", 18.12.86; (2) "Sozialistische Zeitung", 4.12.86; (3) "WAZ", 22.8.86; (4) Statistisches Jahrbuch der Eisen- und Stahlindustrie, 1986; (5) "Handelsblatt", 18.12.86; (6) "Handelsblatt", 24.11.86; (7) Redemanuskripte der "Stahlkonferenz" vom 16.12.86 – (wof)

BRD als Gläubigermacht

Zinsertrag aus der Dritten Welt seit 1979 verdreifacht

Im Jahresbericht 1985 zur Entwicklungspolitik vom Juli 1986 ließ sich das Warnke-Ministerium über die von ihm in die Wege geleitete "Neuorientierung" der Entwicklungshilfepolitik der BRD aus: "Zur Neuorientierung gehört die Abkehr von der Illusion, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Entwicklungsländer ließen sich durch eine neue dirigistische Weltwirtschaftsordnung lösen. ... Nicht eine neue Weltwirtschaftsordnung, sondern mehr Respekt vor den Regeln der bestehenden Weltwirtschaftsordnung tut not." Warnke macht deutlich, daß die "Neuorientierung" der Entwicklungshilfepolitik nichts mit einer "Tributpflicht" für früheren kolonialen Raub, mit Entschädigung für ungleichen Handel oder ungerechte Rohstoffpreise zu tun habe, sondern nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen des imperialistischen Weltmarktes zu geschehen habe und "Hilfe zur Selbsthilfe" sein solle.

In diesem Zusammenhang ist eine im vergangenen Oktober veröffentlichte Statistik der Bundesbank von Bedeutung. Noch 1973 betrugen die Forderungen der BRD-Imperialisten, der Banken, der Kapitalisten und des BRD-Staates an die Länder der Dritten Welt 21,586 Mrd. DM. Bereits 1979 waren sie auf 89,6 Mrd. angewachsen. Den nun veröffentlichten Zahlen der Bundesbank ist zu entnehmen, daß die BRD-Imperialisten Ende 1985 Forderungen von 143,8 Mrd. DM gegen die Staaten der Dritten Welt angesammelt hatten. Das ist eine Ver siebenfachung innerhalb von 12 Jahren! Nimmt man die gesamten öffentlichen Schulden der Dritten Welt zum Vergleich, so zeigt sich, daß die westdeutschen Imperialisten nicht nur einen rasant wachsenden absoluten Tribut von der Dritten Welt kassierten, sondern auch ihren Anteil an den gesamten Tributzahlungen der Dritten Welt beträchtlich steigern konnten: Der Anteil der BRD an der Gesamtverschuldung der Dritten Welt stieg von 1973 7,69 Prozent auf 12,55 Prozent 1979 und lag 1985 bei ca. 10 %.

Über die Zinszahlungen der Dritten Welt für diese Kredite hüllen sich die BRD-Imperialisten in Schweigen. Man kann sie aber annähernd berechnen. 1985 hatte die BRD Forderungen in Höhe von 143,8 Mrd. DM, davon 106,5 Mrd. als Ergebnis "privater" Kredite und 37,3 Mrd. "öffentliche" Kredite. Für "öffentliche" Kredite nehmen die BRD-Imperialisten abgestufte Zinsen zwischen 0,75 % für sog. am wenigsten entwickelte Länder bis zu 4,5 % für sog. Schwellenländer. Die Zinsen für umgeschuldete "öffentliche" For-

derungen der BRD lagen 1984 für Forderungen aus der Finanziellen Zusammenarbeit durchschnittlich bei 2,87 Prozent und für Forderungen aus Handelskrediten bei 8,59 Prozent. Rechnet man deshalb einen durchschnittlichen Zinssatz von drei Prozent für "öffentliche" Forderungen und von neun Prozent für "private", das ist etwa der Satz, den die Weltbankgruppe für ihre Kredite angibt, so hätten die westdeutschen Finanzbourgeois 1985 einen Zinstitribut von fast 11 Mrd. DM eingestrichen (1979: 3,59 Mrd.). Dies entspricht in etwa auch dem, was die Weltbank angibt. Sie berechnete für die Gesamtverschuldung der Länder der Dritten Welt in Höhe von 711,2 Mrd. US-\$ 1985 einen Zinsandieimperialistischen Gläubiger von 57,6 Mrd. US-\$, das entspricht einem durchschnittlichen Zinssatz von 8,1 Pro-

zent. BRD-Imperialisten auch über einen wichtigen Hebel, um die Rohstoffpreise weiter zu senken. Über 15 Prozent der Ausfuhren der Staaten der Dritten Welt (1978 erst sechs Prozent) in die BRD (1985 72 Mrd. DM) konnte die westdeutsche Finanzbourgeoisie mit den im gleichen Jahr kassierten Zinstitributen "verrechnen". D.h. 1985 bezogen die BRD-Imperialisten quasi umsonst sämtliche Lieferungen der Dritten Welt in die BRD an Südfrüchten (1,23 Mrd. DM), Kakao (1,511 Mrd. DM), Ölkuchen (1,258 Mrd. DM), Kaffee (4,725 Mrd. DM), Tee (0,122 Mrd. DM), Rohtabak (0,59 Mrd. DM) und Kupfer (1,152 Mrd. DM).

Wie unverfroren die BRD-Imperialisten inzwischen gegenüber den Ländern der Dritten Welt auftreten und wie selbständig sie gegenüber ihren imperialistischen Konkurrenten international agieren, machte der Vorschlag von Alfred Herrhausen von der Deutschen Bank vor einigen Wochen deutlich. Der Deutsche Bank-Chef schlug vor, die Forderungen der Banken an die Schuldnerländer einfach in Beteiligungen an dortige Unterneh-



Die BRD gehört zu den größten Kreditgebern und Anteilteilseignern der Weltbank, die weltweit Infrastrukturprojekte zum Abtransport der Rohstoffe der Länder der Dritten Welt finanziert (Bild: Weltbankprojekt in Kenia)

zent. Der Zinstitribut an die BRD hätte danach 1985 11,65 Mrd. DM betragen.

Zur Verdreifachung des Zinsertrages seit 1979 hat auch die viel schnellere Zunahme der privaten gegenüber den öffentlichen Entwicklungshilfekrediten beigetragen. Dieses Vordringen "marktwirtschaftlicher Kredite" und seine glänzenden Resultate für die BRD ist auch das reelle Geheimnis der Begeisterung des Ministers Warnke für marktwirtschaftliche Grundsätze in der Entwicklungshilfepolitik. Die BRD-Imperialisten sind damit eine der Hauptverantwortlichen für die zahlreichen Hungernden und für das Elend in der Dritten Welt, weil sie Monat für Monat enorme Reichtümer aus diesen Ländern abschleppen.

Mit diesem Zinstitribut verfügen die

men umzuwandeln und diese an interessierte Investoren in den kapitalistischen Ländern zu verkaufen.

So könnten Siemens, Hoechst, Krupp oder Daimler künftig nicht nur Rohstoffe jeder Art zu Spottpreisen beziehen, sondern die Ausbeutung in diesen Ländern selbst übernehmen – marktwirtschaftliche "Hilfe zur Selbsthilfe".

Quellenhinweis: Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, Deutscher Außenhandel mit den Entwicklungsländern, Nr. 37/86; Weltbank Jahresbericht 1986; Deutsche Bundesbank, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik, Nov. 1986; BMZ, Entwicklungspolitik, Spiegel der Presse, 20-23/86 und Mitteilung für die Presse, 22.12.86; Journalistenhandbuch, Entwicklungspolitik 1986 – (sie)

Wirtschaftlich-politische Aggression gegen Länder der Dritten Welt

Grundsätze der "Entwicklungshilfe" der BRD
"Kern der Neuorientierung ist erstens die Klarstellung: Die Bundesregierung leistet Entwicklungshilfe aus moralischer Verantwortung wie aus politischer und wirtschaftlicher Weitsicht, nicht aber ... als 'Tributpflicht'. Entwicklungspolitik ist keine Politik des schlechten Gewissens ... Entwicklung kann nur durch die Entfaltung der schöpferischen Kräfte der Menschen in den Entwicklungsländern erfolgen. Entwicklungshilfe ist deshalb Hilfe zur Selbsthilfe ... Derartige Hilfe kann nur wirksam werden, wenn die Entwicklungsländer als Rahmenbedingungen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen schaffen, die den Menschen die Möglichkeit geben, ihre Fähigkeit zu entfalten. Die Erfahrung zeigt, daß Voraussetzungen dafür am ehesten in einer stabilen rechtlichen und institutionellen Ordnung mit marktwirtschaftlichen Elementen und Leistungsanreizen gegeben sind. Die Verantwortung für solche Rahmenbedingungen liegt bei den Entwicklungsländern ... Die Verbesserung der Wirksamkeit (der Entwicklungshilfe) erfolgt – durch den Politikdialog mit dem jeweiligen Partnerland, – durch eine verbesserte Abstimmung mit anderen Gebern, – durch eine Verstärkung der Erfolgskontrolle ... Die Entwicklungspolitik unterliegt ebenso wie die anderen Politikbereiche dem grundgesetzlichen Auftrag, dem deutschen Volk zu nutzen und Schaden von ihm abzuwenden." (aus: BMZ, Journalisten-Handbuch, Entwicklungspolitik 1986)

"Investitionsförderungsverträge" der BRD
Gegenüber 48 Ländern der Dritten Welt konnte die BRD bilaterale Investitionsförderungsverträge durchsetzen, u.a. Ägypten, Benin, Ecuador, Elfenbeinküste, Gabun, Guinea, Haiti, Indien, Indonesien, Iran, AR Jemen, Jordanien, Kamerun, VR Kongo, Südkorea, Lesotho, Liberia, Madagaskar, Malaysia, Mali, Malta, Marokko, Mauritius, Niger, Oman, Pakistan, Papua-Neuguinea, Ruanda, Sambia, Senegal, Sierra Leone, Singapur, Somalia, Sri Lanka, Sudan, Syrien, Tansania, Thailand, Togo, Tschad, Tunesien, Türkei, Uganda, Zaire, Zentralafrikanische Republik. Um die Kapitalisten "vor zu hohen steuerlichen Belastungen zu schützen und die internationale Doppelbesteuerung zu vermeiden", zwang die BRD bereits 28 Länder der 3. Welt zum Abschluß von Doppelbesteuerungsabkommen.

Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Vertrag mit St. Vincent und den Grenadinen vom 25.3.86

"Denkschrift zum Vertrag"

"Private Kapitalanlagen sind in besonderem Maße geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder zu fördern und ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik zu verstärken ... Ein Mittel zur Förderung von Direktinvestitionen in Entwicklungsländern ist der Abschluß von Investitionsförderungsverträgen. Diese Verträge dienen der Förderung und dem Schutz privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern, indem sie bestimmte Rahmenbedingungen in völkerrechtlicher Form festlegen."

"Artikel 2

Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln. ... nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften ... Kapitalanlagen dürfen ...

nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet werden ... Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen ... Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein ...

(Gewährleistung des freien Transfers), insbesondere a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage; b) der Erträge; c) zur Rückzahlung von Darlehen; d) von Lizenz- und anderen Gebühren ... (der Vertrag gilt rückwirkend für alte Kapitalanlagen) und auch für das Land Berlin". (Deutscher Bundestag, Drucksache 10/6479)

Bericht des Abgeordneten Kittelmann, Wirtschaftsausschuß

"Die Bundesregierung strebt ein möglichst umfassendes Netz von Kapitalschutzabkommen an, um der Unsicherheit der privaten Investoren entgegenzuwirken, die durch Umstürze und Revolutionen begründet worden ist. Die Bundesregierung hat sich besonders auf ärmere Entwicklungsländer konzentriert. Die Abkommen dienen darüber hinaus dazu, ein gutes Investitionsklima zu schaffen, das nach dem Haushaltsrecht eine der Voraussetzungen für die Förderung privater Investitionen ist." (Deutscher Bundestag, Drucksache 10/6256)

Resolution 3281 der UN-Generalversammlung vom 12. Dezember 1974 – Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten
"Artikel 1: Jeder Staat hat das souveräne und unveräußerliche Recht, sein Wirtschaftssystem sowie sein politisches, soziales und kulturelles System entsprechend dem Willen seines Volkes ohne Einmischung, Zwang oder Drohung irgendwelcher Art von außen zu wählen.

Artikel 2: 1. Jeder Staat hat die volle und ständige Souveränität einschließlich des Besitz-, des Nutzungs- und Verfügungsrechts über alle seine Reichtümer, Naturschätze und wirtschaftlichen Betätigungen und übt seine Souveränität ungehindert aus.

2. Jeder Staat hat das Recht,

a) die Aufsicht über ausländische Investitionen in seinem nationalen Hoheitsbereich nach Maßgabe seiner Rechts- und sonstigen Vorschriften und entsprechend seinen nationalen Zielen und Prioritäten zu regeln und auszuüben. Ein Staat darf nicht gezwungen werden, für ausländische Investitionen Vorzugsbehandlung zu gewähren;

b) die Tätigkeiten transnationaler Gesellschaften in seinem nationalen Hoheitsgebiet zu regeln und zu überwachen und Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, daß diese Tätigkeiten seinen Rechts- und sonstigen Vorschriften entsprechen und mit seinen wirtschaftlichen und sozialen Zielen in Einklang stehen ... ausländisches Vermögen zu verstaatlichen, zu enteignen oder das Eigentum daran zu übertragen; in diesem Fall soll der diese Maßnahmen treffende Staat unter Berücksichtigung seiner einschlägigen Rechts- und sonstigen Vorschriften und aller von ihm für wesentlich erachteten Umstände eine angemessene Entschädigung zahlen. Ist die Frage der Entschädigung im Einzelfall umstritten, so wird sie nach dem innerstaatlichen Recht des verstaatlichenden Staates und von seinen Gerichten beigelegt ...

Artikel 32: Ein Staat darf keine wirtschaftlichen, politischen oder sonstigen Zwangsmaßnahmen gegen einen anderen Staat anwenden oder ihre Anwendung begünstigen, um von ihm die Unterordnung der Ausübung seiner souveränen Rechte zu erlangen." (Europa-Archiv, 14/1975)

Palästina-besetzte Gebiete

Anhaltende Kämpfe der Palästinenser zersetzen zionistische Siedlergesellschaft

Die Lage im besetzten Palästina ist nach wie vor gespannt. Begonnen haben die offenen Unruhen nach den schweren Übergriffen der israelischen Besatzungsmacht auf die palästinensische Universität von Bir Zeit am 4.12.86. Gegen ein friedliches Sit-in von Studenten wegen der Festnahme eines Dozenten ging die Armee zunächst mit Wasserwerfern und Tränengas vor, dann mit Waffen. Zwei Studenten wurden durch Schüsse in den Kopf und in die Brust getötet, zehn schwer verletzt. Die Armee hinderte die palästinensischen Ambulanzen zwei Stunden am Weiterfahren. In den folgenden Tagen wurden zwei Kinder (12 und 14 Jahre alt) aus dem Flüchtlingslager Balata bei Nablus erschossen, vier weitere schwer verletzt; sie hatten zusammen mit anderen Steine auf israelische Militärfahrzeuge geworfen. Fünf Studenten aus dem Gebiet von Ramallah sind von Siedlern und Soldaten entführt worden. Die israelische Armee drang auch in Krankenhäuser ein, um dort Verwundete zu verhaften, so z.B. im Shafaä Krankenhaus in Ghaza. 140 palästinensische Ärzte protestierten mit einem zweistündigen Sitzstreik. Die Zahl der Verhafteten wird mit über 400 angegeben. Über viele Flüchtlingslager wurden Ausgangssperren verhängt, sie wurden von Militär umstellt und abgeriegelt. Neben den Universitäten schloß die Armee viele Schulen, zumeist nach Protesten und Schulstreiks gegen die Besatzung. Zahlreiche Schüler/innen wurden durch scharfe Schüsse verletzt.

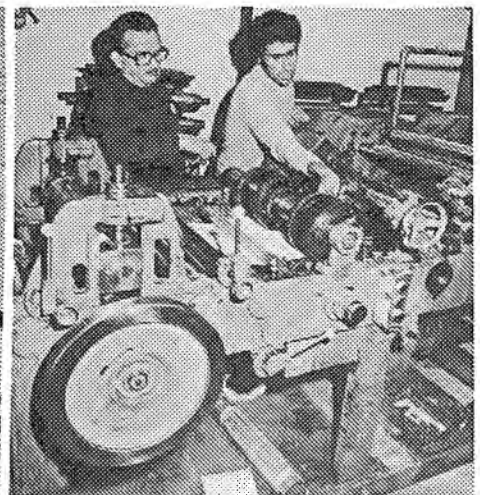
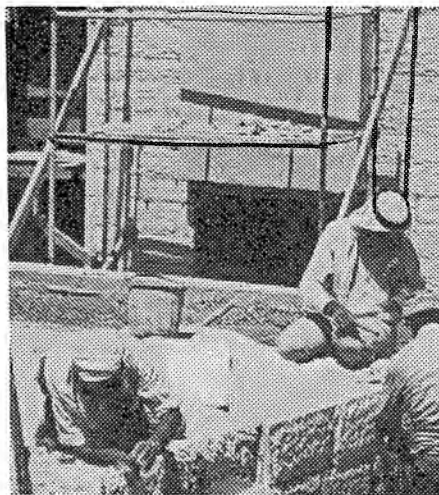
Trotz der Brutalität der Besatzungsmacht gehen Tausende auf die Straßen und wehren sich mit Steinwürfen und brennenden Autoreifen; ein Aufschrei gegen die unablässigen Schikanen der Besatzungsmacht: Deportationen, willkürliche Festnahmen, Durchsuchungen, Straßensperren, Ausgangssperren, Stadtarreste, Folter, Häusersprengungen, Landenteignungen, rassistischer Vandalismus und Angriffe auf palästinensische Flüchtlingslager im Libanon.

Doch auch unter den Israelis erhält der Kampf der palästinensischen Völker zunehmend Unterstützung. In den Universitäten von Haifa und Tel Aviv sowie an der Hebräischen Universität von Jerusalem demonstrierten jüdische und palästinensische Studenten gemeinsam gegen das Vorgehen der Besatzungsmacht und verlangten die sofortige Freilassung aller Verhafteten. In Nazareth demonstrierten rund 10000 Palästinenser und jüdische Israelis gegen die Erschießung der Kinder und Studenten und forderten die

Besatzung von Westbank und Ghaza-Streifen zu beenden. Immer mehr Solidaritäts- und Friedensorganisationen mit jüdischen Mitgliedern bilden sich in Israel: z.B. "Orientalen für Frieden", vorwiegend Israelis mit orientalischer Herkunft, "Gruppe für die Rechte der Beduinen", "Demokratische Front für Frieden und Gleichberechtigung in Israel", die zusammen mit dem "palästinensischen Komitee für weibliche Arbeitnehmer" gegen die rassistischen Ausschreitungen in Ostjerusalem protestierten. Gemeinsam mit palästinensischen und internationalen Kräften organisierten israelische Schriftsteller, Künstler und Journalisten eine breite Solidaritätskampagne gegen die Deportation des Herausgebers der arabischen Tageszeitung Al Sha'ab, Akram Haniyeh. Die Friedensbewegung "Yesh Gvul" ("Es gibt eine Grenze") errichtete mit 200 Leuten am 25. Oktober an der Schnellstraße Tel Aviv /Jerusalem auf der Länge von einem Kilometer einen Grenzzaun zwischen Israel und der Westbank und behängte ihn mit grünen Tüchern. Diese Grenze, die sogenann-

einfachen Betrug an sich gebracht. 51,6 Prozent der Landfläche in der Westbank befinden sich unter direkter oder indirekter Kontrolle der Zionisten. Von den fast 560000 ha sind 230000 für militärische Zwecke, zum Bau von zionistischen Siedlungen oder zum Straßenbau beschlagnahmt oder zum ungenutzten Eigentum des Staates Israel erklärt.

Entgegen bestehendem Völkerrecht und der Genfer Konvention, die eine Besiedelung von besetztem Gebiet verbieten, haben die Zionisten inzwischen ca. 100000 Siedler in der Westbank und im Gaza-Streifen angesiedelt. Als Fußtruppen der zionistischen Expansion dienten faschistische und religiöse Organisationen. Bis 1977 siedelten die Zionisten zumeist in kleineren "Wehrdörfern", an strategisch wichtigen Punkten gelegen, zur Kontrolle der unterdrückten 1,5 Mio. Palästinenser. Den Boden, auf dem die Siedlungen entstanden, verkauften die zionistischen Behörden häufig lediglich zu fünf Prozent seines Wertes. Mit Subventionen für Hausbau und wirtschaftliche Kapitalanlagen sollten Zehntausende angesiedelt werden. Doch der anhaltende Widerstand der palästinensischen Massen, die Aktionen der PLO und internationale Proteste waren für viele nicht sehr verlockend. Nach 1977 ging die Regierung Begin dazu über, neben der Anle-



Ausbeutung billiger palästinensischer Arbeitskräfte durch israelische Kapitalisten (rechts): Industriebetrieb in den besetzten Gebieten, links: in zionistischer Siedlung)

te "grüne Linie", wurde im letzten Jahrzehnt von den israelischen Behörden systematisch verwischt. Auf offiziellen Karten existiert sie überhaupt nicht mehr.

Zionisten wollen Landraub verewigen

Laut Untersuchungen des West Data Bank Base Project haben die Zionisten in den vergangenen fast zwanzig Jahren seit der Besetzung der Westbank und des Gaza-Streifens 1967 über 40 % des Bodens und 80 % der Wasservorräte durch Vertreibung, Enteignung oder

gung von zumeist kleineren "Wehrdörfern" verstärkt größere Siedlungen vor allem in der Nähe von Großstädten anzulegen. Mit geringen Mieten und billigen Baugrundstücken, Darlehen usw. wurden junge Ehepaare, aus dem Kriegsdienst entlassene Soldaten, kinderreiche Familien geworben, alle jene, die sich selbst keine Wohnungen in den großen Städten leisten konnten. So wohnen heute über 70 % der Siedler in der Westbank innerhalb der Halbstundengrenze von Tel Aviv und Jerusalem. Zwischen 1977 und 1984 gab die israelische Regierung fast dreiein-

halb Mrd. US-\$ für die Siedlungspolitik aus.

Bereits ab 1983 zeichneten sich größere Widersprüche innerhalb der zionistischen Siedlergesellschaft ab. Nach einer Umfrage in Israel waren 44 Prozent dafür, einen Teil der besetzten Gebiete zurückzugeben; 18 Prozent waren für einen völligen Rückzug und 38,8 waren für die völlige Annexion.

Die israelischen Kapitalisten, die mit ihnen verbundenen vermögenden Kreise und ihre reaktionär-faschistischen Organisationen liefen Sturm gegen jegliche Überlegungen zur Rückgabe der besetzten Gebiete. Die Gründe sind einleuchtend wie einfach: Die israelischen Kapitalisten beherrschen die Wirtschaft der besetzten Gebiete und verfügen dort über einen schier unerschöpflichen Markt an billigen Arbeitskräften: Rund die Hälfte

der palästinensischen Arbeiter in den Westbanks muß für die Hälfte der israelischen Löhne bei Kapitalisten in Israel arbeiten; in den besetzten Gebieten für noch weniger. Eigene Gewerkschaften dürfen sie nicht bilden. Die Westbank ist Israels größter Exportmarkt, rund 25 % aller Ausfuhren werden hier abgesetzt. Umgekehrt gehen 60 % aller Ausfuhren nach Israel. 88 % aller Güter, die in die Westbank eingeführt werden, kommen aus Israel.

Auf eine Schwäche in der Politik der PLO weist die palästinensische Wochenzeitung Al-Fajr am 24.10.86 hin: "Wir bräuchten umfassende Pläne für die Bereiche Erziehung, Landwirtschaft und Industrie usw. ... Jede Universität besitzt eine eigene Abteilung für arabische und englische Literatur, während wir nicht eine einzige Hochschule für Landwirtschaft haben



Alltäglich in den besetzten Gebieten: Einsatz israelischer Besatzertruppen gegen Palästinenser (Bild: Ost-Jerusalem)

– obwohl die Westbank zu mehr als 60 Prozent aus ländlichen Gebieten besteht. Es gibt keine Gewerkschaftspolitik und keine Politik für in Israel beschäftigte palästinensische Arbeitnehmer, die z.B. zum Kauf lokaler an Stelle israelischer Produkte aufgefordert werden könnten u.a.m. Mit einer orientierenden Unterstützung durch die PLO könnte sehr viel in den besetzten Gebieten gemacht werden." Quellenhinweis: Palästina Bulletin 33-52/86, insbesondere 45/86; FAZ. 3.12.84; Neues Deutschland, 17.02.83 – (bar, sie)

Palästinenser stehen hinter der PLO

Im Auftrag der australischen Rundfunkanstalt ABC, der US-Zeitung Newday und der palästinensischen Zeitung Al Fajr wurde in der Zeit vom 28.7.-8.8.86 in der Westbank und im Ghaza-Streifen eine Umfrage zur politischen Meinung der Palästinenser in den besetzten Gebieten durchgeführt. Im folgenden sind einige Fragen und Antworten dokumentiert:

Glauben Sie, daß die PLO die einzige und legitime Vertretung des palästinensischen Volkes ist? Ja 93,5%, nein 5,1%, keine Meinung/Antwort 1,4%.

Welchen der im folgenden aufgeführten Führer ziehen Sie vor? König Hussein (Jordanien) 3,4%, Yassir Arafat 71,1%, Hafez Assad (Syrien) 1,7%, Ayatollah Khomeini (Iran) 1,7%, Hosni Mubarak (Ägypten) 0,6%, Muammar Ghadafi (Libyen) 2,3%, Shadli Ben Jedid (Algerien) 0,3%, keinen 17,5%, keine Meinung/Antwort 1,4%.

Unter gegebenen Umständen wird die von Ihnen vorgezogene politische Position in Palästina am besten reflektiert von: der augenblicklichen Führung der PLO 71,2%, der Führung durch palästinensische Gruppen in Damaskus 4,8%, Anhänger König Husseins 3,2%, den Dorfligen 0,4%, keinen der genannten 10,7%.

Die von Ihnen vorgezogene dauerhafte Lösung des Palästina-Problems ist folgende: die Errichtung eines demokratischen Staates auf dem Gebiet von Gesamtpalästina 77,9%, die Rückgabe der Westbank an Jordanien und des Ghaza-Streifens an Ägypten 3,7%, ein mit Jordanien verbundenes palästinensisches Gebiet, aus Westbank und Ghaza-Streifen bestehend 1,0%, die Errichtung

eines Palästinenserstaates auf dem Gebiet von Westbank und Ghaza-Streifen 16,9%, Fortbestand der israelischen Herrschaft über die Westbank unter der Voraussetzung einer Verbesserung der Lebensbedingungen sowie einer Garantie der demokratischen Freiheiten 0,2%, Autonomie wie derzeit von der israelischen Führung vorgeschlagen 0,0%, Keine Meinung/Antwort 0,5%.

Welche Zwischenlösung für das Palästina-Problem würden Sie vorziehen? Die Errichtung eines Palästinenserstaates in Westbank und Ghaza-Streifen 49,7%, Westbank und Ghaza-Streifen unter jordanischer Oberhoheit 6,3%, Fortführung des Kampfes für die Errichtung eines Palästinenserstaates in Palästina 43,2%, Fortsetzung der israelischen Herrschaft in Westbank und Ghaza-Streifen unter der Voraussetzung der Verbesserung der Lebensbedingungen sowie einer Garantie der demokratischen Freiheiten 0,1%.

Wenn ein Palästinenserstaat errichtet würde, welche der im folgenden aufgeführten Regierungssysteme würden Sie wählen: Konstitutionelle Monarchie 1,1%, ein den Regierungen in Westeuropa und USA ähnliches System 1,9%, ein sozialistisches System ähnlich Osteuropa und Sowjetunion 6,7%, ein Staat auf Grundlage des islamischen Rechts (Shari'a) 26,5%, ein Staat auf Grundlage des arabischen Nationalismus 2,1%, ein Staat auf Grundlage von arabischem Nationalismus und Islam 29,6%, demokratisch säkularisiert 10,4%, demokratisch palästinensisch 21,2%.

Halten Sie Gewaltakte für gerechtfertigt zur Verfolgung der palästinensischen Sache? Ja 59,6%, nein 31,3%, keine Meinung/Antwort 7,9%.

(aus: Palästina-Bulletin, 39/86)

Japan

Verfall der Exporte: Arbeiter müssen bluten

Geradezu hämisch hält die westdeutsche Kapitalistenpresse der Arbeiterklasse in der BRD vor, wie es den japanischen Arbeitern gegenwärtig ergeht – zur Bestärkung chauvinistischer Positionen für BRD-Exporte und als Ankündigung künftiger Opfer zugleich: Angesichts drastisch zurückgegangener Exporterlöse aufgrund des 50%-igen Anstiegs des Yen-Kurses gegenüber dem US-\$ leiten die japanischen Monopole ein Programm ein, das vor allem in der Verbilligung und weiteren Flexibilisierung der Ware Arbeitskraft besteht. Damit sollen die – teilweise um 90% zurückgegangenen – Gewinne wieder gesteigert und die v.a. an die Konkurrenz aus Südkorea und Taiwan verlorenen Anteile am Weltmarkt zurückerobert werden.

Die Arbeiter in der japanischen Schiffbau- und Stahlindustrie sind besonders bedroht: Die Schiffbaufirma Hitachi Zosen wird ihre Belegschaft von 17000 auf 8000 Beschäftigte abbauen, die Ishikawajima-Werften wollen bis März 1988 7000 von 24000 Beschäftigten entlassen. Von den ca. 180000 Beschäftigten der fünf größten Stahlkonzerne sollen mindestens

30000 entlassen werden. Nippon Steel will nach dem Rotationsprinzip tausende Beschäftigte im monatlichen Wechsel freisetzen – ohne Lohnausgleich. Teilweise haben die Konzerne auch begonnen, eigene Servicefirmen z.B. für Werkschutz zu gründen und ihren Beschäftigten derartige Stellen anzubieten. Der Autokonzern Toyota will eigene Leiharbeitsfirmen gründen.

Andere Konzerne – so in der Elektronikindustrie – haben ihre Personalkosten gesenkt, ohne Beschäftigte zu entlassen. Viele werden jetzt als Teilzeitbeschäftigte – mit 40-Stunden-Woche – geführt; dadurch sparen die Firmen u.a. Zahlungen für Krankenkassen und Altersvorsorge, worauf Teilzeitbeschäftigte keinen Anspruch haben. Schon 1985 hatte das japanische Arbeitsministerium in verschiedenen Industriezweigen einen Anteil von 40% Teilzeitbeschäftigten festgestellt gegenüber 25% 1979.

Ein anderes Mittel zur Steigerung der Konkurrenzfähigkeit: die Senkung der Lohnstückkosten durch Überstunden. Gegenüber 1985 ist die Zahl der durchschnittlichen monatlichen Überstunden in der verarbeitenden Industrie auf 18,4 Stunden angestiegen. Die Konzerne müssen für Überstunden erst ab einer gewissen Zahl von Überstunden extra zahlen.

Schließlich plant die japanische Regierung die Heraufsetzung des gesetzlichen Rentenalters von 55 auf 60 Jahre. Damit soll die Lebenszeit noch mehr disponible Zeit für das Kapital werden.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, 18.12.86; SZ, div. Ausgaben; Handelsblatt, div. Ausgaben – (wom)

Sowjetunion

Motorisierungspolitik auf Kosten der Arbeiter

Fast 40% der Sowjetbürger, so ergab eine Umfrage, verlangen für ihr Leben vor allem materielle Sicherheit. Die Erhebung gibt aber auch die Auskunft:

"Insgesamt ist die Orientierung auf materiellen Wohlstand desto höher, je niedriger das Bildungsniveau des Menschen ist. Besonders schroff unterscheiden sich vom durchschnittlichen Standpunkt die Antworten der Angestellten mit Hoch- oder wenigstens Fachschulbildung. Für sie steht die Arbeit im Vordergrund, dann kommt die Familie, und nur 18 Prozent ... schätzen den materiellen Wohlstand über alles." (Sowjetunion heute, 6/85)

Offensichtlich führen die Angehörigen der werktätigen Intelligenz ein von materiellen Sorgen befreites Leben, und zwar im Unterschied zur Arbeiterbevölkerung, deren Trachten noch stark auf die Sicherung des täglichen Lebens gerichtet ist.

Eine deutliche und vor allem gezielte Differenzierung des Lebensstandards der verschiedenen Klassen der sowjetischen Gesellschaft wird in anderen Untersuchungen erkennbar.

Typisch dafür ist die Motorisierungspolitik. Lange hatte in der Sowjetunion die Förderung der öffentlichen Verkehrsmittel absolut Vorrang vor dem Individualverkehr. Dies schlug sich darin nieder, daß es noch Anfang der 70er Jahre bei einer Einwohnerzahl von über 240 Millionen gerade erst eine Mio. PKW gab (BRD 1973: 16 Mio. PKW bei 62 Mio. Einwohnern) und daß man erst zu diesem Zeitpunkt mit der Massenproduktion von PKW begann. Anfang 1985 belief sich der Bestand an privaten PKW bereits auf über 12 Mio. Das entspricht 40 PKW je 1000 Einwohner (BRD: 416), ist also relativ immer noch gering. Doch spielt das Auto im Unterschied zu früher im öffentlichen Nahverkehr eine wichtige Rolle.

Knapp ein Drittel der privaten PKW gehört der ländlichen, über zwei Drittel der städtischen Bevölkerung. Und: fast 60% der privaten PKW gehören einer Studie von 1983 zufolge "Personen, die sich überwiegend mit geistiger Arbeit befassen", obwohl deren Anteil an der Erwerbsbevölkerung gerade 25% ausmacht. Das bedeutet, daß jede dritte Familie der werktätigen Intelligenz ein Auto hat, aber nur ungefähr jede zwölfte Arbeiterfamilie. Kein Wunder, ein Auto ist in der Sowjetunion sehr teuer.

Die einseitige Motorisierung führt zu weiterer Differenzierung des Lebensstandards, denn sie verschiebt die Verteilung der gesellschaftlichen Mittel. Dies wird in der sowjetischen Presse frei erörtert. So fließen in wachsendem Maße Mittel in den Individualverkehr, die dem öffentlichen Verkehr fehlen. So müssen massenhaft Garagen und Parkplätze gebaut werden, was auf Kosten u.a. des staatlichen Wohnungsbaus geschieht. Auch verschafft der Autobesitz neue Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten, die der nicht hat, der kein Auto hat. Nicht zuletzt konzentrieren sich der infolge der Motorisierungswelle notwendige Straßenbau und die Errichtung eines PKW-Dienstleistungsnetzes v.a. in den Stadtgebieten, was die Kluft zwischen Stadt und Land verschärft.

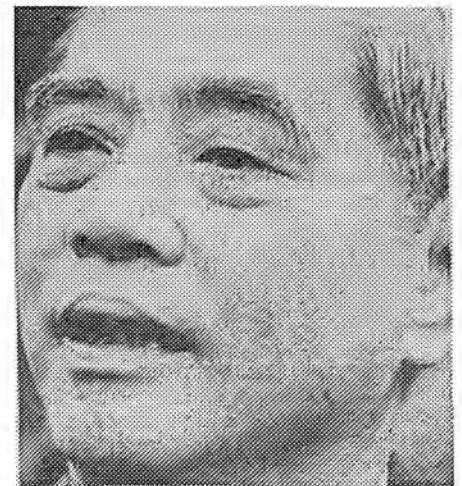
Die sowjetischen Planer kalkulieren dies alles ein, denn sie betreiben die Motorisierungspolitik gezielt. Die Zeitschrift "Eko" schreibt: "... wird es auch in Zukunft Bevölkerungsgruppen geben, für die sowohl der Autokauf als auch die intensive Nutzung der heute hergestellten Personenkraftwagen schwierig bleiben wird. Das Fehlen von Kleinautos in der Absatzstruktur schließt deshalb bewußt (!) diesen Bevölkerungsteil aus dem Kreis potentieller Käufer aus ..."

Quellenhinweis: Eko 5/85, in: Osteuropa-Archiv 7/86 – (scc)

Vietnam

Parteitag sanktioniert Wirtschaftsreformen

Der Mitte Dezember zu Ende gegangene VI. Parteitag der KP Vietnams könnte eine weitgehende Neuorientierung der vietnamesischen Innen- und Außenpolitik einleiten. Dafür spricht die Neubesetzung der Parteiführung mit Vertretern einer marktorientierten Wirtschaftspolitik und eines Kurses der Annäherung an den Westen. Auch die harte Selbstkritik, die u.a. von Truong Chinh, seit dem Tode Le Duans im Sommer 1986 bis zum Parteitag Generalsekretär der Partei, an der bisherigen wirtschaftspolitischen Linie der Partei vorgetragen wurde, spricht dafür. Bis dato hatten die Füh-



Der neugewählte Generalsekretär der KP Vietnams, Nguyen Van Linh

rungsorganen der Partei nicht ihre Beschlüsse, sondern deren schlechte Umsetzung für die Wirtschaftsmisere Vietnams verantwortlich gemacht.

Neuer Generalsekretär der Partei wurde Nguyen Van Linh, der u.a. den Guerillakampf im Süden Vietnams geleitet hatte und später Parteisekretär in Ho Chi Minh-Stadt war. Linh wird von den bürgerlichen Medien schon mit Deng Xiaoping verglichen – wegen seiner Reformen und weil er 1982 kurzzeitig alle Ämter verloren hatte. Auch das Politbüromitglied Vo Van Kiet war Parteisekretär in Ho Chi Minh-Stadt und leitet seit 1982 die zentrale Planung. Die Erfahrungen beider Parteiführer im Süden Vietnams nach der Befreiung spielten eine große Rolle für die Ausarbeitung der jetzt dominierenden marktorientierten Wirtschaftspolitik. Der jetzt ins Politbüro der KP gewählte Nguyen Co Thach, bislang Außenminister, hat wiederholt Vietnams Interesse an einer Verhandlungslösung zu Kambodscha und einer Aussöhnung mit China betont.

Nur zwei Jahre nach der Befreiung hatte die KP Vietnams beschlossen,

die lose Förderation des schon seit den 50er Jahren befreiten Nordens mit dem Süden zu beseitigen und beide Landesteile politisch und wirtschaftlich zusammenzuführen. Die Landwirtschaft auch im Süden sollte rasch kollektiviert werden – was niemals gelang –, die Industrie im Süden sollte ebenfalls der zentralen Planung unterliegen, und schließlich sollte Vietnam innerhalb von fünf Jahren zum Industrieland werden. Deshalb sollten Investitionen in der Schwerindustrie konzentriert werden.

Der Plan scheiterte vollständig, die Produktion in allen Sektoren ging zurück, immer größere Teile der Bevölkerung hatten weniger als zu Kriegzeiten zur Verfügung. Zudem band die Besetzung Kampuchas Arbeitskräfte und Geldmittel. Die Konsequenzen: Zunächst leitete die KP Vietnams eine Privatisierung der Landwirtschaft nach chinesischem Muster ein – mit dem Ergebnis, daß die Getreideproduktion seit 1980 um 50% stieg. Die Parteiorganisationen im Süden Vietnams erhöhten die Selbständigkeit der Industriebetriebe, banden die Entlohnung der Arbeiter an die Produktionsergebnisse und konzentrierten die Produktion auf Exportgüter. Heute liefern die Industriebetriebe von Ho Chi Minh-Stadt die Hälfte der Devisen Vietnams.

Schon Anfang 1986 beschloß die KP Vietnams die Verallgemeinerung dieser Wirtschaftsexperimente, dazu Preisreformen und die baldige Streichung aller Nahrungsmittelsubventionen, mehr Spielraum für Privatbetriebe, Anreize für Auslandsinvestitionen und die Einrichtung von Exportproduktionszonen. Schon heute produzieren zahlreiche Betriebe, deren Aufbau von RGW-Ländern finanziert wurde, die nächsten 10-15 Jahre ausschließlich für diese Länder.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; SZ, div. Ausgaben; TAZ vom 19.12.86; Spiegel, 52/86 – (wom)

Sudan

Beendigung des Bürgerkriegs nicht in Sicht

Die Verhandlungen zwischen der Regierung Sudans und der Volksarmee für die Befreiung des Sudan (SPLA), die mit ca. 20000 Bewaffneten 95% des südlichen Territoriums kontrolliert, haben bislang noch zu keinem Ergebnis geführt. Der über 20 Jahre andauernde sudanesischer Bürgerkrieg ist Ergebnis der Kolonialherrschaft und der imperialistischen Einmischung. Im Norden leben Sudanesen arabischer Abstammung (40% der Gesamtbevölkerung von 20 Mio.), im noch ärmeren Süden zumeist Schwarze (30%). 1972 mußte die Regierung

Numeiri den Südpfeilen ein Autonomiestatut mit Parlament und Regierung zusichern. Mitte der 70er Jahre stoppten die Imperialisten Maßnahmen der Regierung Numeiri, eine unabhängige, die einseitige Ausrichtung auf Baumwollanbau überwindende Wirtschaft zu schaffen. Die Einbindung des Sudans in den Weltmarkt beschleunigte die Verschärfung der sozialen Widersprüche, auch zwischen dem Norden und dem Süden. Die Regierung förderte hauptsächlich die exportorientierte Wirtschaft und die dafür nötige Infrastruktur im Norden. Gelder für Schulausbildung, Gesundheitswesen, Kredite für Industrie und Landwirtschaft verblieben zumeist ebenfalls dort. Anfang der 80er Jahre gingen die Imperialisten daran, die im Süden entdeckten Rohstoffe wie Erdöl, Kupfer usw., auszubeuten. Mit Großprojekten wie dem Jonglei-Kanal, u.a. zur Bewässerung von Plantagen, und Pipelines zum Abtransport von Erdöl wurde begonnen. 1983 hob die Regierung die Autonomie der Südpfeilen auf und unterstellte sie der Zentralgewalt. Im gleichen Jahr nahm die SPLA den bewaffneten Kampf auf.

Seither ist den Imperialisten die Ausbeutung der Rohstoffquellen im Süden nicht möglich.

Nach einem Generalstreik in der Hauptstadt Khartum gegen Auflagen des Internationalen Währungsfonds stürzten Militärs Numeiri. Seit Mitte 1986 regiert eine zivile Regierung. Die Verschuldung des Sudan ist inzwischen auf über 10 Mrd. US-\$ gestiegen, die jährlichen Zins- und Tilgungszahlungen betragen über eine Mrd. US-\$. 90% des sudanesischen Exports besteht aus landwirtschaftlichen Produkten. Im letzten Jahr sind die Erlöse durch Preisverfall um über 30% zurückgegangen. Mit jeweils 10% sind die BRD und GB am Außenhandel des Sudan beteiligt. Die USA zahlen jährlich über 200 Mio. US-\$ für Wirtschafts- und Militärhilfe. Für die Militärstrategie der Imperialisten ist der Sudan von herausragender Bedeutung, wie die Militäreinsätze der USA im Tschad bewiesen. Zudem locken die unerschlossenen Rohstoffe des Südens.

Quellenhinweise: FR, 04.11.86; Die Welt, 29.10.86; Handelsblatt, 01.10.86 – (sie)

Nordirland

Britannientreu und protestantisch Ziele der Loyalisten

Vor vierzehn Monaten, am 15. November 1985, unterzeichneten Großbritannien und die Republik Irland den englisch-irischen Vertrag. Er sieht die Einrichtung einer permanenten Konferenz der beiden Regierungen und eines Sekretariats vor, durch das angeblich die Republik ein Mitspracherecht in nordirischen Angelegenheiten erhält. Der Regierung Thatcher ging es erklärtermaßen vor allem darum, die Polizeioperationen gegen die IRA in

die Republik ausdehnen zu können – dabei war sie im großen und ganzen erfolgreich, während bei der "Mitsprache" Dublins für die irisch-katholische Bevölkerung des Nordens bislang nichts herauskam.

Stattdessen weiten protestantische britannientreue Gruppen ("Loyalisten") ihre jahrzehntelang erprobte Taktik der Angriffe gegen Katholiken aus, immer mit dem Ziel, sie aus den



"Zerschlagt die IRA – Transparent bei einer Demonstration der faschistischen National Front



Vier Jahre dauerte der Prozeß, nun sprachen die Militärrichter die Urteile: Der türkische Gewerkschaftsbund DISK, vor dem Putsch der Militärs 1980 mit über 500.000 Mitgliedern die größte Organisation der antiimperialistischen und antifaschistischen Kräfte in der Türkei, bleibt verboten. 264 Mitglieder und Funktionäre wurden zu Strafen zwischen einem und 15 Jahren Haft verurteilt, der DISK-Vorsitzende Abdullah Bastürk und Generalsekretär Fehmi Isiklar zu je zehn Jahren Haft. Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften hat gegen das Urteil protestiert und die Freilassung aller Inhaftierten verlangt. Bild: Kundgebung des DISK zum 1. Mai 1977 – (rül)

Palme-Mord: Wegen fehlender Ergebnisse PKK verdächtigt

Seit der Ermordung Palmes im Februar '86 hat die Polizei viele Verdächtige präsentiert, aber nie Konkretes. Im Herbst hieß es vom Chefermittler Holmer, sie hätten eine Spur, die innenpolitisch Konsequenzen hätte. Alle Nase lang wurde von neuen, heißen Spuren berichtet. Durch die fehlenden Ergebnisse kritisierte Oberstaatsanwalt Zeime den obersten Ermittler. Zwei Tage darauf wird neuerlich die PKK verdächtigt. PKK-Mitglieder werden bei einer Rauschgiftfahndung wegen Schießerei festgenommen. Der Buchladen der PKK wird durchsucht. Außer dem einen, der geschossen haben soll, werden alle wieder nach zwei

Tagen freigelassen. Holmer präsentiert als Motiv der Kurden abgewiesene Asylbewerber. – (uwb)

Pakistan: Proteste gegen CIA-Operationen

In Pakistans Nordwesten, Basis afghanischer Guerillas, wenden sich die Führer der Pathanenstämme gegen die von der Regierung geduldeten CIA-Operationen. Eine Stammesversammlung bezeichnete die Sowjettruppen in Afghanistan als Ursache des dortigen Bürgerkriegs, aber: "Der US-Imperialismus und die US-Waffenlieferungen haben aus unseren Stammesgebieten ein Schlachtfeld gemacht". Die Versammlung will zwischen afghanischer Regierung und den Flüchtlingen vermitteln. – (wom)

Ägypten: IWF fordert Sanierungsprogramm

Die "sanften" Sanierungsmaßnahmen der ägyptischen Regierung vom Herbst letzten Jahres hatten den Internationalen Währungsfonds (IWF), die USA und die EG als Hauptgläubiger der Schulden Ägyptens in Höhe von fast 40 Mrd. US-\$ nicht zufrieden



gestellt. Der drastische Abbau des Subventionensystems u.a. für Brot und andere Lebensmittel, die Erhöhung der Zinsen sowie die Abwertung der ägyptischen Währung ist die aktuelle Forderung des IWF und der Imperialisten als Voraussetzung für Notkredite. Mubarak hatte zunächst erklärt, er könne "dem ägyptischen Bürger nicht noch mehr Lasten aufbürden." Das ließ die Gläubiger kalt. Mubarak mußte sich mit einem "Reformprogramm" auf Bittreise begeben. Die BRD erhöhte mit einem Kredit für eine Weizenlieferung im Wert von 50 Mio. DM die Abhängigkeit Ägyptens und ihren Einfluß bei den Schuldenverhandlungen. – (sie)

Städten Nordirlands und möglichst ganz aus der Provinz zu vertreiben. Die Berichte darüber häufen sich: In Lisburn wurden in sechs Monaten mehr als 20 Familien durch Überfälle, Anschläge und Drohungen vertrieben. In dem Dorf Newbuildings im Bezirk Derry verlangten zehn Familien neue Sozialwohnungen, nachdem sie bedroht wurden. In Belfast kam es zu vielen Zwischenfällen, bei denen protestantische paramilitärische Gruppen in katholische Wohnungen schossen oder Brandbomben hineinwarfen. Mehr als zehn Katholiken wurden so umgebracht.

Neu ist aber, daß sich die Loyalisten, vor allem ihre Jugendgruppen, erstmals seit 1974 auch gegen die Polizei und die britische Armee wenden. Sie werfen London Verrat an der unionistischen Sache vor.

Die unionistischen Parteien gehen auf den Widerspruch zwischen katholischer irischer Bevölkerung und eng-

lischen bzw. schottischen (und damit protestantischen) Siedlern zurück, der die irische Geschichte seit etwa 300 Jahren beherrscht hat. Die entscheidende Organisation ist der Orange Order: Orange nach Wilhelm von Oranien, der 1691 in Aughrim, Irland, die katholischen Truppen schlug und damit den Sieg der englischen Bourgeoisie über die Stuart-Monarchie sicherte. Der Orange Order wurde 1795 als militante protestantische Organisation mit einem einzigen Ziel gegründet, nämlich die Vorherrschaft und Privilegien der Protestanten in Irland zu erhalten.

Diese Vorherrschaft war nur unter britischer Oberhoheit zu sichern, und deshalb hießen die Orange-men auch den Zwangsanschluß Irlands nach dem Aufstand von 1798 gut. Als politische Partei bildeten sie die "unionistische Partei" (für die Union mit Großbritannien). Nicht umsonst heißt auch die Tory-Partei in London offiziell "Con-

servative and Unionist Party".

Nach langem Befreiungskampf und Bürgerkriegen ist seit 1922 die britische Vorherrschaft auf Nordirland beschränkt, den Teil des Landes mit einer protestantischen Mehrheit. Obwohl die unionistische Partei von den Handels- und Industriekapitalisten Belfasts gegründet und bis heute geführt wird, gelang es ihr fast bruchlos, die Führung auch über die protestantischen Arbeiter und Bauern zu übernehmen. Bei den Bauern setzte sie das Mittel der Landvertreibung von Katholiken ein bzw. die Konkurrenz zwischen katholischen und protestantischen Pächtern um die Pachtverträge. Bei den Arbeitern betrieben die Kapitalisten die Arbeitsvergabe nach Religion, die Gemeinden vergaben Wohnungen danach. In den wichtigsten Betrieben Nordirlands, z.B. der Werft Harland and Wolf oder dem Flugzeugbaubetrieb Short Brothers, sind mehr als neunzig Prozent der Belegschaft

Südafrika: Neue Repressionen gegen Schüler

Die südafrikanische Regierung verbietet den azanischen Schülern ab sofort, ihren Protest gegen das rassistische Schulwesen und ihre Unterstützung des Befreiungskampfes durch Buttons oder beschriftete Hemden und T-Shirts bekannt zu machen. Außerdem wird den Schülern das Lesen jeglicher oppositioneller Schriften an der Schule verboten. Den Schülern drohen Schulverweis und die Inhaftierung in Lagern oder Gefängnissen, wo bereits mehr als 2000 Kinder eingesperrt sind. — (uld)

VR China: Aktionen der Studenten

Die seit Wochen andauernden Studentendemonstrationen in inzwischen mehr als 20 großen Städten Chinas haben so viele Kräfte einbezogen wie seit der Kulturrevolution nicht mehr. Die ersten Demonstrationen Anfang Dezember in Hefei, Provinzhauptstadt von Anhui, richteten sich gegen schlechte Studienbedingungen, Mensaessen, gegen den Prüfungsterror auch im Fach Marxismus, gegen die von oben verordnete Zuweisung von Arbeitsplätzen und allgemein gegen die Rechtlosigkeit der Studenten. Daneben verlangten die Demonstranten in vielen Städten für die 1987 anstehenden Wahlen zu den Volkskongressen (den Parlamenten der verschiedenen Ebenen) das Recht, selbst Kandidaten zu nominieren. Welche weitergehenden Ziele diese Bewegung formuliert — etwa in der Kritik an der Wirtschaftspolitik der Partei —, wie weit darüber Einheit besteht und welche Teile der Arbeiterklasse diese Bewegung erreicht, ist unklar. Gegen die Tendenz der westlichen Medien, die den Wunsch nach Kapitalismus und

bürgerlicher Demokratie am Horizont sehen, sprechen Kampflieder wie die "Internationale" und auch Bezüge zur Kulturrevolution, was eher auf einen fortschrittlichen Charakter dieser Bewegung hinweist. — (wom)

Baskische Bauern gegen EG-Agrarpolitik

1000 Bauern blockierten am 23.12. für fast eine Stunde die Grenzübergänge in Iron. Sechs Busse aus Navarra und 2/3 der für die Aktion mobilisierten Bauern aus Alava kamen durch die Schneefälle nicht an. Die Bauern sehen sich durch den Fleisch- und Milchimport aus der EG und durch die

Reduzierung der eigenen Produktionsquoten in ihrer Existenz bedroht. 1987 soll der Fleischimport um 10% steigen. Die Milchproduktion ist im ersten Jahr der EG-Mitgliedschaft Spaniens um 5% gesunken und soll 1987 um weitere 8% gedrückt werden. Zu dem Protest hatte die Bauerngewerkschaft Euskal Herriko Nekazarien Elkarta (EHNE) aufgerufen, die die Importe als Brutalität bezeichnet und die gesamte Agrarpolitik der EG ablehnt, weil sie "lediglich enorme industrielle Betriebe im Besitz der Multis hervorbringt und damit das Verschwinden der Familienbetriebe beschleunigt". — (hr, sie)



6500 Menschen beteiligten sich am 27.12. an der Solidaritätsdemonstration vor dem Hochsicherheitsknast von Herrera de la Mancha in der Nähe von Madrid, in dem fast 300 baskische Gefangene der ETA sitzen. Dem Aufruf der "Gestoras pro Amnestia" (Komitees für die Gefangenen) hatten sich Parteien wie EMK (Kommunisten) und Herri Batasuna und viele Initiativen und Gruppen, wie die Comites Antinucleares y Ecologistas, angeschlossen. Es waren fast doppelt so viele Menschen wie im Vorjahr, die stundenlang mit Parolen, Liedern, Tänzen vor dem Knast ihre Solidarität mit den Gefangenen und ihrem Kampf demonstrierten. (Foto: Gefangene der ETA halten während der Demonstration ein Transparent aus den Fenstern — hr)

protestantisch, während von den 1,5 Millionen Einwohnern Nordirlands etwa 65% protestantisch sind.

Inzwischen ist "religiöse Diskriminierung" offiziell verboten, tatsächlich hat sich aber nichts geändert. Die "Financial Times" gab am 30.10.86 zu: "Die Benachteiligung der katholischen Minderheitsbevölkerung in Bezug auf Beschäftigung ist im wesentlichen so wie Anfang der siebziger Jahre, als die Gesetze eingeführt wurden."

Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in Nordirland beträgt inzwischen 22%, aber in den katholischen Gettos Belfasts liegt sie über 50%. Bemerkenswert ist, daß die protestantischen Arbeiter inzwischen ebenfalls zunehmend unter Druck von niedrigen Löhnen und Arbeitslosigkeit sind, 15% in den protestantischen Vierteln ist nicht wenig. Es sind vor allem Banden jugendlicher Arbeiter und Arbeitsloser, die, von loyalistischen Politikern

aufgehetzt, die Dreckarbeit gegen die Katholiken erledigen, sich aber auch mit Polizei und Militär schlagen.

Die Loyalisten haben zwei miteinander zerstrittene, zur Zeit aber zusammenarbeitende Parteien, die "Official Unionists" unter James Molyneux, und die Abspaltung "Democratic Unionists" unter dem Pastor Ian Paisley. Zusammen haben sie 14 Sitze im Unterhaus in London. Als paramilitärische Organisationen bestehen die legale "Ulster Defence Association" (Ulster Verteidigungsorganisation) und die illegale "Ulster Volunteer Force" (Ulster Freiwilligentruppe).

Kernpunkte loyalistischer Ideologie sind:

- Ablehnung des Katholizismus ("Papismus"), hochgehalten von zahlreichen, meist presbyterianischen, Kirchen und Sekten, nicht so sehr von der Anglikanischen Staatskirche, die wenig Anhang in Nordirland hat.

- Deshalb unbedingte Ablehnung eines

einheitlichen (mehrheitlich katholischen) Irlands, Festhalten an der Union mit Großbritannien.

- Vertreibung der Katholiken, denen vorgeworfen wird, sich durch hohe Geburtenraten die Mehrheit erschleichen zu wollen.

- Hochhalten des britischen Nationalismus, z.B. bedingungslose Unterstützung des Kriegs gegen Argentinien um die Malwinen.

Diese Stedlerideologie ist natürlich offen für direkt faschistische Einflüsse. Die britische "National Front" hat inzwischen zwei Ortsgruppen in Nordirland und beträchtlichen Einfluß in der "Ulster Defence Association". In ihrer Zeitung "Nationalism Today" hieß es bereits: "Unsere britische Revolution... wird in Ulster beginnen".

Quellenhinweis: Financial Times, Troops Out, versch. Ausgaben, M. Farrel, Northern Ireland: The Orange State, London 1976 — (hef)

* Veröffentlichungen *

Kritik aus SPD-Kreisen an der Asylpolitik

"Kein Asyl bei den Deutschen" heißt ein neues Bändchen des Rowohlt-Verlags. Vertreter der Arbeiterwohlfahrt, von amnesty international, Terres des Hommes, Hans-Jochen Vogel und Heinz Oskar Vetter sowie die EKD kommen darin zu Wort. Das Bändchen hat verschiedene nützliche Artikel. So befaßt sich ein Autor mit der Hetze der Reaktion gegen Asylbewerber und weist deren rassistische, nationalistische, faschistische, antisemitische Züge nach. Ein weiterer Autor belegt, daß das reaktionäre Schimpfwort "Asylanten" über FDP-Kreise wie den früheren Innenminister Baum und die "Zeit" gebildet und propagiert wurde und von dort aus bis hin zu den Faschisten aufgegriffen wurde. Konsequenzen für die Beurteilung der FDP zieht der Autor daraus keine. Ein dritter Autor belegt, daß das angebliche "Loch" in Westberlin schon 1980 begann, als die damalige Bundesregierung für Einreisende aus Sri Lanka, Indien, der Türkei usw. die Visumpflicht einführte. Die entwürdigende Behandlung in den Sammelagern wird ebenso beschrieben wie die zunehmende illegale Arbeit von Asylbewerbern. In größeren Städten wie Westberlin stellen sie bereits die Mehrheit der nächtlichen Zeitungsausträger. Schwach ist dagegen die Kritik an der Asyl-Rechtsprechung. Daß BRD-Gerichte nicht nur Asylbewerber der Hinrichtung ausliefern, sondern auch allgemeine Grundsätze für erlaubtes Staatshandeln im "Krisenfall" festschreiben, die teilweise offen faschistisch sind und in einem "Krisenfall" in der BRD sofort gegen westdeutsche Lohnabhängige angewandt würden, scheint keinem der Autoren aufzufallen. Da dominiert bei allen Autoren die Treue zu "Rechtsstaat" und Verfassung. So findet der Leser Ansatzpunkte, um Sozialdemokraten in die Aktionseinheit gegen die reaktionäre Asylpolitik zu ziehen. Um die Kritik des SPD-eigentümlichen Rassismus, der dem kurzen Asyl-Prozeß, der Einsperrung und oft genug auch der Abschiebung von Asylbewerbern durchaus positive Seiten abgewinnen kann, solange dieser "Rechtsstaat" sozialdemokratisch regiert wird, und der jede Verantwortung der BRD für die Entstehung von Flüchtlingsströmen in anderen Ländern hartnäckig leugnet, muß sich der Leser selbst bemühen. Über die reaktionäre Asylpolitik der SPD und die Mitwirkung der SPD-Länder auch bei der jetzigen Asylpolitik verlieren die Autoren kein Wort.

(Heiko Kauffmann (Hg.), Kein Asyl bei den Deutschen, rororo aktuell 5989, 10,80 DM – rül)

Zwanzig Jahre Ostpolitik – Bilanz und Perspektiven

Unter diesem Titel haben die Herausgeber H. Ehmke, H. Koppe und H. Wehner 1986 einen Sammelband mit 28 verschiedenen Autoren-Beiträgen veröffentlicht (SPD-eigener Verlag Neue Gesellschaft, Bonn – knapp 400 Seiten für 19,80 DM). Der Einführung zufolge ist dieses Buch "in der Überlegung konzipiert (worden, d. Red.) ... daß ein Rückblick auf die vergangenen zwanzig Jahre notwen-



Unterzeichnung des Staatsvertrages mit der DDR. Die DDR besteht nicht auf Anerkennung ihrer staatlichen Souveränität.

dig sei, um die Entspannungspolitik begreifen und für die Zukunft nutzbar machen zu können. Die Autoren sind ausnahmslos Personen, die entweder in politisch verantwortlichen Positionen oder im Verfolg wissenschaftlicher Arbeit an diesem Prozeß beteiligt waren. Sie alle treten heute mit gleichem Engagement und gleicher Sorge für die Weiterführung des Entspannungsprozesses ein" (S. 12–13). Von jenen 28 Mitwirkenden an diesem Sammelband gehören sieben der SPD-Führung an (P. Glotz, W. Brandt, H. Ehmke, E. Bahr, H. J. Vogel, J. Schmude, H. Apel), und zwei gehören zum wissenschaftlichen Stab der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sieben weitere Autoren gehören den sozialistischen bzw. kommunistischen Parteien in der UdSSR, in der VR Polen, in der DDR und in der VR Ungarn an und üben dort ZK-Funktionen und/oder Akademie- bzw. Außenministeriumsfunktionen aus (G. Arbatow/UdSSR, M. Dobrosielski/VR Polen, G. Horn/VR Ungarn, D. Proektor/UdSSR, M. Schmidt/DDR, M. Szürös/VR Ungarn, R. Wojna/VR Polen). Sodann zählen außerdem die Stellvertreten-

den Direktoren des Bonner Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik bzw. des Münchner Osteuropa-Instituts zu den o.a. Mitwirkenden. Und schließlich gehören insbesondere auch der amtierende Außenminister Genscher sowie das CSU-Mitglied Josef Stingl (jetzt Vorsitzender des "Internationalen Instituts für Nationalitätenrecht und Regionalismus" und der "Sudetendeutschen Ackermann-Gemeinde") zu den Autoren jenes o.a. Sammelbandes.

Am Ende des Studiums der 28 Einzelbeiträge ist die anfangs sich aufdrängende Frage nach dem unterstellbaren Element der Übereinstimmung sehr konkret beantwortet; ja, es gibt tatsächlich ein solches Element und das heißt "Europa": Der BRD-Autor H. D. Genscher spricht von der Notwendigkeit, "eine 'europäische Hausordnung' zu schaffen" und suggeriert mit den Führungsstrichelchen, daß es sich um eine unterstützenswerte (nicht-bundesdeutsche) Idee handle. Der DDR-Autor M. Schmidt befreit die bekannte diesbezügliche Feststellung des derzeitigen Generalsekretärs der KPdSU – die immerhin die Halbiebung des zweikontinentalen Unionsverbandes (zunächst ideologisch-politisch) in Kauf nimmt – von jeglichem Hinweis auf ihren Urheber und setzt sie (erneut) als eigene in die Welt: "Das gemeinsame Haus Europa ist letztlich nur in Frieden und Ordnung zu halten auf einer Grundlage, wie sie der KSZE-Prozeß darstellt." Der "sudetendeutsche" Autor J. Stingl plädiert für eine "europäische Einheit", in der "sowohl alle Nationen als auch Völker und Volksgruppen, aber auch alle historisch gewachsenen oder durch irgendwelche andere Kriterien zu kennzeichnenden Regionen ihren legitimen Platz haben". Und der (für die ungarische Außenpolitik maßgeblich verantwortliche) Autor M. Szürös, der u.a. von der Notwendigkeit der "Pfleger des gemeinsamen europäischen Kulturerbes" spricht, muß an so etwas ähnliches gedacht haben – er begreift die BRD als Teil eines größeren Ganzen, nämlich als einen "Staat des deutschen Kulturkreises". Da müssen mächtige Interessen innerhalb der osteuropäischen Volksdemokratien am Wirken sein – wenn sie sich so weit auf das 1967 deklarierte NATO-Expansionsziel eines (d.h. von allen nichtkapitalistischen Formationen "entspannten") Europas einlassen: Was sonst ist denn das "gemeinsame Erbe" bzw. "gemeinsame Haus"?! – (huh)

Grüne Kritik an SPD-Verteidigungspolitik

In einer Broschüre zu den Bundestagswahlen befassen sich die GRÜNEN im Bundestag mit der sozialdemokratischen Verteidigungspolitik. Die Kritik der Bundestagsfraktion an den von der SPD vertretenen großeuropäischen Zielen "Sicherheitspartnerschaft",

"Selbsthauptung Europas" richtet sich nicht gegen die Ziele selbst. Die Fraktion wirft der SPD vor allem vor, "keinen Weg zur Verwirklichung ihrer Ziele" aufzuzeigen, d.h. die SPD träte nicht richtig und nicht energisch genug für ihr eigenes Programm ein. Zwar treten die Grünen für die Kürzung der Rüstungsausgaben, die Kündigung des WHNS-Abkommens, den vollständigen Abzug der Atomwaffen, den Austritt aus NATO ein, ihre Kritik an der SPD und der christlich-liberalen Regierungspolitik bleibt jedoch schwach, weil sie sich nicht gegen die expansionistischen Europa-Pläne der Reaktion aussprechen. (Die Grünen im Bundestag, SPD-Verteidigungspolitik – ein halber Friede, 3,- DM, zu beziehen: Grüner Bundesvorstand, Colmantstr. 36, 5300 Bonn 1 – uld)

Daimler-Benz – der Multi im Musterlände

Welche Ziele müßte eine alternative Wirtschaftspolitik in Baden-Württemberg verfolgen? Wie ist Politik gegen Daimler-Benz machbar? Zur Klärung gaben die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg eine Studie beim PIW (Progress-Institut für Wirtschaftsforschung GmbH) in Auftrag, die jetzt vorliegt. Die Autoren werten umfangreiche Literatur zu Daimler-Benz aus. Sie wollen die wirtschaftliche und politische Einflußnahme des Konzerns samt der schädlichen Folgen auf die Region untersuchen.

Wer sich um eine Konzernkritik von Daimler-Benz bemüht, sollte diese Studie hinzuziehen. Die Grünen sind sicher gut beraten mit den Empfehlungen der Autoren: So wird unter anderem die finanzielle Stärkung der Kommunen anstelle der Förderung der Konzerne gefordert. Die lokalen Entscheidungsstrukturen der öffentlichen Hand sollten gestärkt, die absolute Verfügungsgewalt der Konzerne eingeschränkt werden. Aber die Studie hat auch Schwächen: Die Ausbeutung der Fabrikarbeiter als Grundlage der Konzernmacht wird auf 1,5 Seiten statistisch abgehandelt. Die Ausführungen zur Arbeitszeit stützen sich nur auf ein neueres Buch des ehemaligen Personalchefs von Daimler-Benz Osswald. Die Bedeutung und die Behandlung der Zwangsarbeiter zur Zeit des Nationalsozialismus wird mit drei Sätzen abgetan, obwohl dies gerade im Hinblick auf die heutige Entrechtung der ausländischen Arbeiter von Bedeutung wäre. Trotzdem ist die Lektüre der Studie nützlich. Die Darstellung der Abhängigkeit einer Region wie Baden-Württemberg von ein paar Konzerngewaltigen und der Orientierung der Produktion auf Rüstungsgüter ist eindrucksvoll. (PIW Progress-Institut für Wirtschaftsforschung; Daimler-Benz – der Multi im Musterlände; Bremen 1986. Preis: 20,- DM – ros)

Volkszählung

Datenbeschaffung zur Zukunftsplanung des Modells Deutschland

Mit dem Stichtag 25. Mai 1987 soll der erneute Versuch einer Volkszählung erfolgreich durchgeführt werden. Diese Totalerfassung von Grund- und Strukturdaten aller Einwohner der BRD besteht aus drei Teilen:

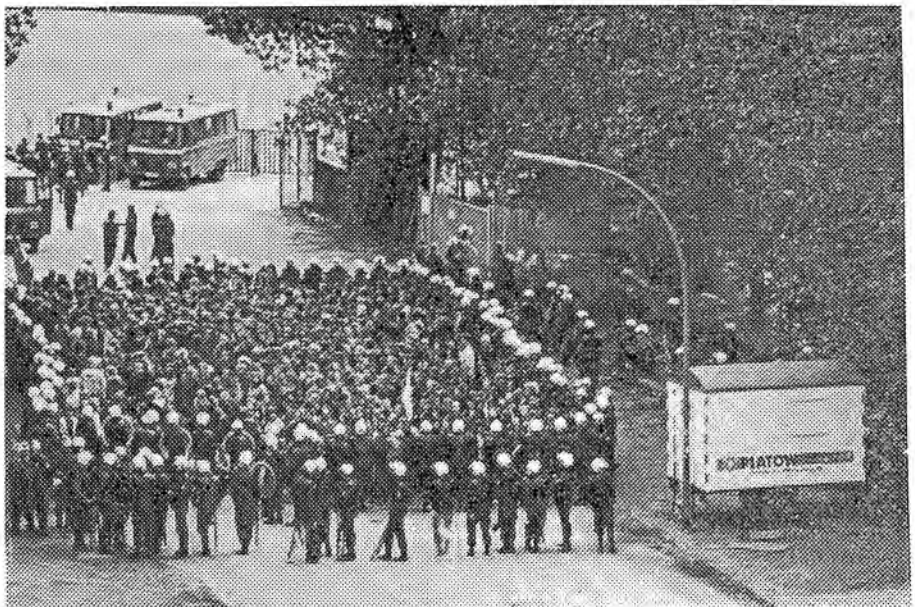
- Der Gebäude- und Wohnungszählung; sie fand schon im Oktober 1986 statt, bei allen Haus- und Grundeigentümern, welche ihren Besitz nicht selbst nutzen. Die Fragen beziehen sich auf die Eigentumsverhältnisse, den Standard und die Nutzung der Wohnungen.
- Der Volks- und Berufszählung; erhoben werden die Daten jedes einzelnen Einwohners bezüglich Name, Adresse, Alter, Schulbildung, Beruf, Arbeitsstätte, Art des/der Einkommen, Fahrtmittel und -weg zur Arbeit, Religion, Staatsangehörigkeit, Struktur des Haushaltes.
- Der Arbeitsstättenzählung; Erhebungseinheiten sind die in der jeweiligen Gemeinde befindlichen Arbeitsstätten. Gefragt wird nach Eigentümer bzw. Träger, Art des Gewerbes, Anzahl der Beschäftigten aufgeteilt nach männlich/weiblich, Arbeiter/Angestellte, Teilzeit- / Vollzeitbeschäftigte, deutsch/nicht-deutsch, Brutto-Lohn- und -Gehaltssumme. Bei Hauptsitzen von Unternehmen wird noch die Anzahl und Standort der inländischen Zweigniederlassungen erfragt. (1)

Die Fragen müssen bei Androhung von Ordnungsgeld beantwortet werden (Zwangserhebung). Eigentümer

der Daten ist der Bund, er entscheidet, wem er welche Auswertungen, Daten zukommen läßt.

Die letzte Volkszählung fand 1972 statt. Seit damals hat eine gewaltige Strukturveränderung stattgefunden, die von den veralteten Gesamtdaten nicht widerspiegelt wird. Zur statistischen Relativierung und Korrektur der periodisch durchgeführten Stichproben werden aber aktuelle Gesamtdaten benötigt. "Die vorhandenen Dateien und Register mit Angaben zur Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Bildung enthalten für einzelne Bevölkerungsgruppen jeweils nur einen Bruchteil des Erhebungsprogramms der Volks- und Berufszählung. Vor allem enthalten sie keine auf den Haushalt bezogenen Daten. Für gezielte sozialpolitische Maßnahmen ist der Haushalt als wichtiges Orientierungsdatum unverzichtbar ... Im Bereich der Gebäude, Wohnungen und Arbeitsstätten gibt es ... so gut wie überhaupt keine Dateien und Register mit entsprechenden Angaben." (2) Dies hat auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil als staatliche Pflicht der Volkszählung definiert.

Für das nächste Jahrzehnt haben die Bundesregierung und die Kapitalistenverbände grundlegende Umwälzungen gesellschaftlicher Rahmenbedingungen in Aussicht gestellt: Die Familie und die Subsidiarität sollen als Aufnahmefähigkeit und Unterdrückungsinstrument an die Stelle sozialversicherungsrechtlicher Ansprüche treten. Ein neuer "Generationenvertrag" steht in der Rentenversicherung an. Auf dem Arbeitsmarkt ist Flexibili-



Hamburg, 8. Juni 1986: Die Polizei kesselt 838 Demonstranten 15 Stunden lang ein und führt eine Massenerfassung von Personaldaten durch.

sierung in verschiedensten Variationen angesagt. Eine "Jahrhundert-Steuerreform" wie in den USA, wo die Spitzensteuersätze halbiert wurden, ist Bestandteil des Forderungskatalogs westdeutscher Kapitalisten. Für die durch die Katastrophenschutzgesetze u.ä. ermöglichte Einbeziehung der westdeutschen Bevölkerung in Kriegsvorbereitung und -führung werden die entsprechenden Daten benötigt.

Dies sind Umwälzungen, welche sich langfristig vollziehen, die nicht über das Knie gebrochen werden können. Es werden Daten benötigt, um die richtigen Ansatzpunkte zu finden. "Um beispielsweise Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit in bestimmten Regionen zu ergreifen und Beschäftigungschancen durch Bildungsförderungs- und Berufsförderungsprogramme zu erhöhen, werden detaillierte Informationen über Berufe mit Zukunftschancen und außerdem Angaben darüber benötigt, ob und wie weit die erforderlichen Qualifikationen bereits vorhanden sind. Die Volks- und Berufszählung liefert hierzu wichtige Grundinformationen." (2) Wer sich den Inhalt und die Auswirkungen des Berufsförderungsgesetzes vor Augen hält, wird sich wohl ausmalen können, was der Sinn obigen Zitates ist: Wie können die Kapitalisten bei gegebener Einkommens- und Qualifikationsstruktur in einer Region am besten mit Lohnsenkung und Arbeitszeitflexibilisierung vorankommen?

Die Volkszählung wird für all diese Vorhaben die notwendigen Ausgangsdaten liefern, auf denen die Feinstatistiken und die jährlichen Fortschreibungen aufsetzen können. Die immense Weiterentwicklung der elektronischen Datenverarbeitung wird den staatlichen Behörden eine wesentlich effektivere, schnellere, gezieltere Auswertung in allen möglichen Kombinationen erlauben. Unbearbeitete Datenberge, die auch nach fünf Jahren nicht abgebaut sind (wie 1972), wird es diesmal nicht geben.

Selbstverständlich werden mit der Volkszählung auch eine Unmenge von Individualdaten erhoben. Und die Datenschutzbestimmungen des Volkszählungsgesetzes sind dermaßen gummi- und lückenhaft, daß sich auch aus den anonymisierten Daten jederzeit ein Rückschluß auf die Einzelperson durchführen läßt. Doch im Gegensatz zur verbreiteten Auffassung ist das nur ein gewünschter Nebeneffekt. Für die Errichtung der Kontrolle des Verhaltens von Einzelpersonen hat die Bundesregierung die Sicherheitsgesetze verfaßt. Sie schließen sämtliche öffentlichen Behörden zu einem Nachrichtenverbund zusammen, wo dann das Arbeitsamt verdächtige Tatbestände über irgendeine Person an den Verfassungsschutz weiterleiten muß. Auf diese Art wird ein wesent-

lich feineres Bewegungsbild entstehen, als dies bei dem Grobraster der stichtagsbezogenen Volkszählung möglich ist.

Die Kritik an der Volkszählung hat sich jedoch leider auf diesen Punkt, der Erfassung von Individualdaten und der Möglichkeit des negativen Gebrauchs, beschränkt. In manchen Veröffentlichungen wird dem Staat sogar ausdrücklich das Recht zuerkannt, zur Planung seiner Politik Daten zu erheben. "Nun kann wirklich keinem Staat oder einer geringer zu bewertenden Planungs- und Entscheidungsinstanz das Recht abgesprochen werden, die für diese Aufgaben und Prozesse notwendigen Daten einzufordern." (3) So zu lesen in einem der wenigen Taschenbücher, die bisher gegen die Volkszählung 1987 veröffentlicht wurden.

Die GRÜNEN, größte den Widerstand gegen die Volkszählung organi-

Straßen, Brücken, Parkplätze gebaut oder Parks, Spielplätze und Biotope angelegt werden müssen." (4) Als Voraussetzung hierfür werden Beteiligung der Bürger an der Planung, Verbandsklagerecht und Demokratisierung der Verwaltung gefordert.

Das gefährliche an der Begründung der für die Entfaltung des Widerstands gegen staatliche Planung durchaus nützlichen Forderungen ist die in der Begründung implizit enthaltene Auffassung, staatliche Planung wolle ja auch soziale Mißstände beseitigen. Auf die Volkszählung bezogen werden der Bundesregierung gute (im Sinne der Lohnabhängigen) Absichten unterstellt. Lediglich der Zwangscharakter der Erhebung müsse in Freiwilligkeit geändert, der Datenschutz massiv verbessert werden. Diese Fehleinschätzung dürfte auch der Grund sein, warum dieses Mal der Widerstand gegen die Volkszählung nicht so breit



Die Grünen rufen zu individuellen Aktionen gegen die Volkszählung auf.

sierende Organisation, betrachten die Sache etwas differenzierter, allerdings wertfrei: Nach dem Motto Information schützt vor Dummheit nicht, erklären sie, daß die Volkszählung 1972 vor Fehlplanungen wie den Betonsilos in den Trabantenstädten (z.B. Moabit) nicht geschützt hätte. Grund ist nicht das Handeln nach Kapitalinteressen, sondern: "Ein weiterer Grund für ihre (der Statistik) Unbeweglichkeit sind die Hierarchien in und zwischen den Behörden, die starke Zentralisierung der amtlichen Statistik, die Aktivitäten vor Ort ... zum bloßen Verwaltungsvollzug macht. Die Handlungsfähigkeit der Interaktion mit dem Bürger ist von daher völlig unterentwickelt." (4) Hieraus wird dann die Schlußfolgerung gezogen: "Wir wollen deutlich machen, daß soziale Mißstände ... auf der Hand liegen; daß Bürger sehr gut selbst entscheiden können, wo in Gemeinden

und nicht so stark ist wie 1983. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts wurden liberale Kreise mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung zufrieden gestellt. Solange der Charakter dieses Staates nicht in den Mittelpunkt der Kritik an der Volkszählung gestellt wird, wird der Widerstand gegen die Volkszählung schwach und auf individuelle Gegenwehr, wie Nichtausfüllen bzw. Falschausfüllen der Fragebögen, Erschweren der Auswertung durch getrenntes Absenden von Personal- und Erhebungsbogen, Beschmutzen der Fragebögen, beschränkt bleiben.

Quellen: (1) Volkszählungsgesetz, Bundestagsdrucksache 10/2814; (2) Information des Bundesministeriums des Inneren, Volkszählung 1987; (3) Hoffmann/Regelmann, Volkszählung 1987; (4) R. Appel, Volkserfassung – Zweiter Versuch, in: Kutscha/Paech, Totalerfassung – (thh)

Hungerstreik abgebrochen

Ingolstadt. Am 22.12.86 waren im Ingolstädter Gewerkschaftshaus zehn türkische Einwohner in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Sie wollten damit gegen die vom Ausländeramt im November angeordnete Abschiebung von 28 Frauen, zwei Männern und dreißig Kindern in die Türkei protestieren. Aus "Humanität" wollte die Stadt die Ausweisungen erst nach den Feiertagen vollziehen, die meisten zum 31.1.87. Trotz sofortiger Rücknahme der Bescheide durch CSU-OB Schnell nach Beginn der Aktion hungerten die Streikenden weiter: Sie verlangten eine Zusage der Regierung von Oberbayern. Am 24.12. demonstrierten in Ingolstadt ca. 200 Teilnehmer aus Solidarität mit den Hungerstreikenden, zahlreiche Leute besuchten die Streikenden im DGB-Haus, bis zum 27.12. wurden über 900 DM gespendet. Die zuletzt 15 Teilnehmer der Aktion brachen am 29.12. ihren Hungerstreik ab. OB Schnell hatte ihnen in einem Gespräch versichert, die Stadt werde vorerst niemanden ausweisen und sich bei der Regierung von Oberbayern für eine "menschliche Lösung" einsetzen. – (ing)

"Wo die Polizei ist, ist auch die Gewalt"

Hamburg. Die Veranstalter schätzen die Demonstration gegen die Räumung der Hafenstraße vom 19.12.1986 (s. PB 26/86) als Erfolg ein, weil ein breites Bündnis verschiedenster Ansichten sich kollektiv gegen Polizeistaat-Taktik und Kahlschlagpolitik im Standortinteresse zur Wehr gesetzt hat. Außerdem ist die Demonstration friedlich gewesen. Erst der Polizeiangriff auf den "Revolutionären Block" hat die Situation eskaliert und zu 31 verletzten Demonstranten und 14 verletzten Polizisten geführt. Unterdessen setzt die bürgerliche Presse ihre Hetzkampagne unvermindert fort. Der Untergang des Einzelhandels wird beschworen, von 30 bis 40% Umsatzrückgang wird gesprochen, und das, wo doch die Haupteinkaufsstraße ohnehin für die Demonstration gesperrt war. Der "alte" Innensenator Pawelczyk hält unbeirrt an seiner Taktik der "Härte und Stärke" fest und bleibt damit auch neuer Hamburger Innensenator. Die CDU hat mittlerweile eine Anfrage eingebracht, deren Ziel es ist, etwa schwankend gewordene Sozialdemokraten wieder auf Kurs und dem Senat Argumentationshilfe zu bringen. Sie verlangt eine detaillierte Auflistung aller Kosten des "gescheiterten Wohnmodells" St. Pauli Hafenstraße, angefangen von Mietrückständen über Räumungskosten bis zur Auflistung sämtlicher Kosten aller Polizeieinsätze seit Vergabe der Mietverträge. – (mek)



Elmshorn. Am 20.12. weihten 50 Personen den kürzlich benannten Reinhold-Jürgensen-Platz ein. Der KPD-Reichstagsabgeordnete wurde 1934 in Fuhlsbüttel erschlagen. Der Redner H. Poessel, ein alter antifaschistischer Kämpfer, hob die Aktivitäten des Bürgerkomitees, in dem die Volksfront arbeitet, hervor, der DKP-Redner rief zur Wahl der Friedensliste, Grünen und SPD auf. – (uwb)

Wird der Polizei- Präsident gefeuert?

München. Die Grünen/ALM beantragen im Stadtrat, daß Polizeipräsident Häring und sein Stellvertreter und designierte Nachfolger Koller amtsenthoben werden. Begründet wird dies unter anderem mit dem Bericht des Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz, der festgestellt hat, daß bei ca. 2/3 der durchgesehenen Akten mehr oder weniger gravierende datenschutzrechtliche Fehler vorliegen würden. So wurden spezielle Listen über Homosexuelle, Transvestiten und Stricher angefertigt, Daten von auffällig gewordenen Kindern gesammelt sowie gesellschaftliche Gruppen diskriminierend als "Pennerpack" bezeichnet. Koller könnte – so die Begründung der Grünen/ALM – keine politisch neutrale Führung des Polizeipräsidiiums gewährleisten, weil er sich für die deutsche Atombewaffnung ausgesprochen und mit Provokateuren einen Polizeiberfall auf ein Anti-WAA-Straßenfest in Haidhausen am 12.10.85 inszeniert habe. – (dil)

NPD will Landesparteitag in Essen durchführen

Essen. Nach einer Meldung der örtlichen Presse hat sich der NPD-Kreisverband Essen beim NPD-Landesverband um die Durchführung des Landesparteitages 1987 beworben. Bei der Stadtverwaltung hat die NPD die freien Termine des städtischen Saalbaus für die Monate April, Mai und Juni angefragt. Die NPD legt offensichtlich wert darauf, daß ihr Vorhaben bekannt wird, der Kreisverband gab eine entsprechende Mitteilung heraus. Dies entspricht der in anderen Städten angewandten Taktik, die Städte öffentlich zu Raumzusagen zu drängen. Der Essener Oberbürgermeister, SPD-

MdB Reuschenbach, hat die Stadtverwaltung inzwischen aufgefordert, "alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen", um den geplanten Landesparteitag zu verhindern. Er bezeichnete es als "Zumutung", "Leuten Gastrecht zu gewähren, die aus der Geschichte nichts gelernt haben". – (wof)

ANS-Mitglieder zu Haftstrafen verurteilt

Westberlin. Zu sechs bis 18 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt ein Richter der 2. Kammer des Landgerichts drei Mitglieder der "ANS/Nationale Aktivisten Großberlins". Ursprünglich waren fünf Mitglieder angeklagt, gegen zwei wurde das Verfahren gegen eine Geldbuße eingestellt, Begründung des Staatsanwalts bei einem Angeklagten: Er habe nach der Lehre "die Möglichkeit, diesem Staat zu dienen, indem er zur Bundeswehr gehe". In der Urteilsbegründung belegte das Gericht, daß es sich bei der ANS/NA um eine Nachfolgeorganisation der NSDAP handle. Diese wie alle Nachfolgeorganisationen seien nach alliierterem Recht verboten. Im Prozeß wurde auch Michael Kühnen als Zeuge verhört, der aber von einer Gründung dieser ANS nichts gewußt habe, obwohl einer der Angeklagten nach Rücksprache mit ihm aus Hannover nach Westberlin umgesiedelt war, um Mitglieder für den "Gau Groß Berlin" zu rekrutieren. Außer der Gründung der ANS/NA hatten die Verurteilten mitgewirkt an der Bildung einer "ANS-Gewerkschaft", eines "Mädelbundes", eines Hilfbundes für inhaftierte Neonazis, einer Initiative gegen das NSDAP-Verbot sowie einer "Aktion Ausländerrückführung". Die ANS war in der BRD als verfassungsfeindliche Organisation verboten worden, das Urteil des Westberliner Gerichts stützt sich dagegen auf alliierteres Recht. – (gug)

Hamburger Aluminium Werk

50 % der Belegschaft in Kontischicht Kaum Schutz gegen Nachtarbeit

Hamburg. 750 Arbeiter und Angestellte sind bei den Hamburger Aluminium Werken (HAW) beschäftigt. Davon arbeiten 50 % in Kontischicht, d.h. mit regelmäßiger Nacht- und Wochenendarbeit, 20 % in Wechselschicht (Früh- und Spätschicht) und 30 % nur in Tagschicht, von denen aber auch ein erheblicher Teil durch die Schichtarbeit betroffen ist. Rufbereitschaft an Wochenenden und auch in der Woche, Reparaturarbeiten an Wochenenden sind die häufigsten Formen der Durchbrechung des Normalarbeitstages für Tagschichtler.

Der kontinuierliche Produktionsprozeß in der Elektrolyse eines Aluminiumwerks erfordert zwar eine Überwachung der Elektrolysezellen rund um die Uhr und auch an Wochenenden. Keinesfalls aber ist das Ausmaß an

lastungen durch Hitze, Zugluft, Staub und Gase vor allem. Außer klimatischen Bedingungen (Arbeit an den Öfen ist im Sommer in der Spätschicht mörderisch) besteht der Unterschied von Nacht- und Tagesarbeit eigentlich nur darin, daß nachts das Heer der Vorgesetzten in den Betten liegt und ein ruhigeres Arbeiten möglich ist, weil der beständige Kampf um die Pausen nur gegen Vorarbeiter und Schichtführer geführt werden muß, und die haben häufig selbst ein Interesse, die Belastungen bei Nachtarbeit erträglich zu halten. Tarifliche, gesetzliche oder durch Betriebsvereinbarung gesetzte Einschränkungen der Belastungen bei Nachtarbeit gibt es nicht.

Die Zulagen des durchschnittlichen Jahresstundenlohns eines Arbeiters,

Arbeiter gefunden. Sie hätten, um dieses Schichtsystem durchzusetzen, einen erheblich höheren Lohn für Kontischicht bezahlen müssen. Die Zuschläge, die die IG Chemie vereinbart hat, sind insbesondere für regelmäßige Nachtarbeit erbärmlich niedrig: jeweils vom Tarifstundenlohn 15 % für Nachtarbeit, 60 % für Sonntagsarbeit und 150 % für Feiertagsarbeit.

Die Abhängigkeit von diesem Zulagensystem ist in den unteren Lohngruppen hoch. Die Gemeinheit des Zulagensystems, mit dem Arbeiter in die Kontischicht gelockt wurden, wird vor allem bei längerer Krankheit, Rente oder Arbeitslosigkeit deutlich, weil bei der Berechnung von Zahlungen aus den Versicherungen die sozialversicherungsfreien Zuschläge nicht mitgerechnet werden. Ein Beispiel: Das Krankengeld eines Kontischichtarbeiters, der netto monatlich 2400 DM verdient, beträgt ungefähr 1800 DM.

Eine betriebliche Kampagne gegen die Nachtarbeit wird ansetzen müssen bei der Arbeitsbelastung während der Nacht. Die Entwicklung von Forderungen, die betrieblich durchgesetzt werden sollen, muß den spontanen Widerstand gegen die Nachtarbeit, wie er im Betrieb vorhanden ist, berücksichtigen und unterstützen. Dabei muß vor allem die Kritik der Gründe für die Nachtarbeit entwickelt und die konkrete Belastung der Arbeit bei Nacht aufgedeckt werden. – (güt)



Beschäftigte von HAW und Reynolds demonstrieren gegen die Änderung des §116, März 1986.

Kontischicht und damit verbundener Nachtarbeit, wie bei HAW praktiziert, technisch nötig. Die Fabrikanlagen (Anfang der 70er Jahre gebaut) wurden gleich beim Bau so konzipiert, daß in Kontischicht produziert werden mußte.

Bei den Aluminiumkapitalisten gibt es Pläne, die Nachtarbeit abzubauen. Sie liegen u.a. darin begründet, daß die Kontrolle der Arbeiter nachts nicht gut gewährleistet ist. In einem VAW-Werk in Töging ist dies bereits verwirklicht. In den Elektrolysehallen wird in der Nacht lediglich der Produktionsprozeß kontrolliert. Alle anderen Arbeiten werden in Früh- und Spätschicht gemacht, aber auch durchgehend am Wochenende.

Die Belastungen der Arbeiter in der Nachtschicht sind dieselben wie tagsüber: körperlich schwere Arbeit, Be-

lastungen durch Hitze, Zugluft, Staub und nach den Bedingungen des Manteltarifs der chemischen Industrie bezahlt wird, bestehen aus:

Nachtzuschlag	5 %
Sonntagszuschlag	8 %
Feiertagszuschlag	5 %
Kontischichtzulage	8 %

Ca. 25 % des Jahreslohns eines Arbeiters sind also von der Kontischicht abhängig. Hinzu kommt, daß die Zuschläge für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit nicht versteuert werden müssen und sozialversicherungsfrei sind. Der Nettolohn eines Kontischichtarbeiters hängt von diesem Umstand wesentlich ab bzw. der Grund für die Kontischichtarbeit liegt allein in diesem Umstand. Wären die Lohnbestandteile nicht steuer- und sozialversicherungsfrei, die Kapitalisten hätten für Kontischicht keine

Asylbewerber

Kritik an Ernährung

Dachau. Seit August 1986 leben 73 Asylbewerber im Landkreis Dachau, nach Aussage von Regierungsrat Gruber können dem Landkreis bis zu 203 Flüchtlinge zugeteilt werden.

Mitglieder des Sozialausschusses des Kreistages wurden Anfang Dezember über Probleme der Flüchtlinge informiert.

Bei dieser Anhörung wies der im Landratsamt zuständige Sozialarbeiter darauf hin, daß ein großes Problem die derzeitige Verpflegung der Flüchtlinge ist: "Einem Ernährungswissenschaftler würden die Haare zu Berge stehen." Der amtliche Verpflegungssatz pro Person beträgt am Tag 7,50 DM. Verpflegt werden sie zentral von einer Nürnberger Firma, angeblich "entsprechend den Landesgewohnheiten". Lieferungen von z.B. fünf Kilo Brot oder Gemüse und sonst nichts dazu sind keine Seltenheit. Einen großen Anteil an dieser Art Verpflegung bilden minderwertige Lebensmittel wie z.B. billiges Toastbrot.

Eine Gruppe von Dachauern, die sich um die Flüchtlinge kümmert, hat

Anfang Dezember ein gemeinsames Fest von Dachauern und Asylbewerbern organisiert. Dabei wurde mit mehr als 40 Unterschriften ein offener Brief an die Nürnberger Firma geschrieben, in dem gefordert wird, eine Liste der lieferbaren Lebensmittel zu veröffentlichen. Diese sollen entsprechend ihrem Wert mit Punkten bewertet werden, um den Flüchtlingen die Möglichkeit zu geben, selbst auszuwählen und zu bestellen.

Nicht nur im Dachauer Landkreis findet eine Auseinandersetzung um die Zwangsverpflegung statt. Dem Landratsamt in Freising wurde im Dezember untersagt, den dort lebenden Flüchtlingen den gekürzten Sozialhilfesatz von 312 DM pro Monat auszu zahlen, damit sie sich ihre Nahrungsmittel selbst kaufen können. Dieses Verbot ist möglich, da die Zuständigkeit nur widerruflich beim Landratsamt liegt, insgesamt aber bei der Landesregierung. Diese begründete ihren Schritt als Schikane. "Der Staat erhofft sich davon eine gewisse abschreckende Wirkung auf potentielle weitere Flüchtlinge." Dabei ist dann auch nicht von Belang, daß die Zwangsverpflegung um einiges teurer ist als die Auszahlung. Es soll den Flüchtlingen jeder noch so geringe Möglichkeit, ihre Belange selbst zu regeln, genommen werden.
Quellenhinweis: Süddt. Zeitung, 1.12.86, 8.12.86 – (lsc)

Steuer-Diskriminierung

Schwierige Situation nach unkoordinierten Protesten

Westberlin. Das Gesetz über "leistungsfördernde Steuersenkung" und "Entlastung der Familie" wirkt ein Jahr, die Lohnsteuerkarten wechseln. Nach Erkundigungen bei der IG Metall, dem Türken-Zentrum und der AL in Westberlin ergibt sich das Bild eines sehr sporadischen und bisher unkoordinierten Widerstandes gegen die für Beschäftigte mit Familienangehörigen im Ausland diskriminierenden Regelungen. Im März letzten Jahres informierte die IG Metall breiter. In Westberlin rief die Vereinigung von 14 türkischen Organisationen zu einer Veranstaltung auf, zu der auch die Presse eingeladen war. Mit Unterstützung aus dem Ausländerbereich der AL wurde eine so bezeichnete "Ein-Mann-Aktion" gestartet: Protesteklärungen an den Bundespräsidenten:

"Sehr geehrter Herr Präsident, wir haben bis heute immer geschwiegen. Wir haben uns gesagt, daß wir in einem fortschrittlichen, demokratischen Staat leben. Wir haben gedacht, daß die Verantwortlichen ausgebildete, kultivierte Menschen sind. Wir schwiegen und wir sahen, daß wir ver-

gessen worden sind..."

Mitte Juli konfrontierte zum ersten Mal eine Anfrage im Westberliner Abgeordnetenhaus den Senat mit den Diskriminierungen. Auf die Frage nach der mit der Neuordnung verbundenen Streichung auch des Kinderzuschlags nach dem "Berlinförderungs-Gesetz" erklärte Finanzsenator Rexrodt kaltschnäuzig: "Dies führt dazu, daß den in Berlin tätigen ausländischen Arbeitnehmern ein Kinderzuschlag für ihre im Ausland lebenden Kinder nicht mehr gewährt werden kann, weil die Kinder nicht unbeschränkt einkommensteuerpflichtig sind."

Im August versandte die IG Metall Vordrucke, mit denen Widerspruch eingelegt werden kann gegen die Eingruppierung in Steuerklasse I, wo nach vorherigem Recht die Steuerklasse II zutraf, und gegen die Streichung der Kinderfreibeträge.

Da bisher keine Änderung erreicht worden ist, ist jetzt für alle direkt Betroffenen wichtig: erstens eine Eintragung wenigstens der Freibeträge für die Familienangehörigen als nach dem neuen Gesetz sog. "außergewöhnliche Belastung" auf der Lohnsteuerkarte. Eine solche Eintragung kann – soweit noch nicht erfolgt – bis zum 30. November des laufenden Jahres beantragt werden. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, dafür die Lohnsteuerkarte herauszurücken. Die eingetragenen Freibeträge werden auf die folgenden Monate angerechnet. – Für das zurückliegende Jahr hingegen steht der Antrag auf Lohnsteuerjahresausgleich. Die IG Metall verweist auf den Widerspruch und sichert Rechtsschutz zu. Welche Ergebnisse dies haben wird und in welchem Zeitraum, ist indessen unklar. Klar ist hingegen, daß auf dem Rechtsweg nicht zurückzuschlagen ist, was politisch als gegessen behandelt wird.

Quellenhinweis: Gemeinsame Beilage 4/86; Informationsdienst Ausländerpolitik 1/86; Landespressedienst Westberlin v. 15.07.86; Nachrichten Stahl- und Metallindustrie v. 9.1.87 – (haj)

"Schlesiermuseum"

Breites Bündnis gegen revanchistische Ansprüche

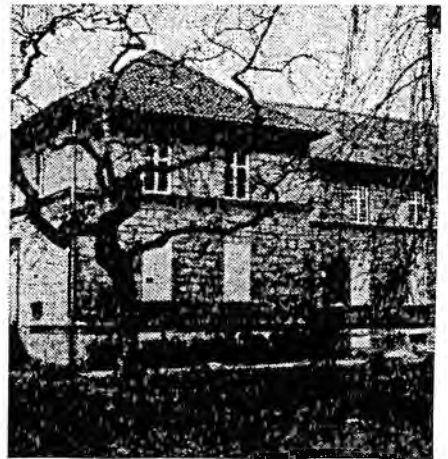
Hildesheim. Über 200 Demonstranten beteiligten sich am 13.12. an Protestmarsch und Kundgebung gegen das geplante "Schlesiermuseum".

Seit Anfang der 80er Jahre versucht die "Landsmannschaft Schlesien" mit Hilfe der Landesregierung, in Niedersachsen ein weiteres Museum zu installieren, das die Vertreibungslüge bekräftigen und die revanchistischen Ziele der Kriegstreiber in einer breiteren Öffentlichkeit tragfähig ma-

chen soll. Solch Vorgehen wirkt meist!

Begleitet wird das Spektakel durch reaktionäre Reden verschiedener Spitzenpolitiker der CDU in Hildesheim. Der Stadtkämmerer und Bundestagskandidat Dr. Siemer betrieb schon 1985 in einem Buch die Glorifizierung der Ostkolonisation. Außerdem schreibt er, daß der Kommunismus Krieg führe "mit denen, 'die den Geboten Gottes gehorchen'. Nicht nur in Europa hat er gerade unser Jahrhundert in Blut getaucht..."

Am 2.12.86 meldet die "Hildesheimer Allgemeine", daß die von der nds. Landesregierung eingesetzte "Ar-



Die verrottenden Gemäuer auf dem Sültegelände: Hier will die Reaktion ein "Schlesiermuseum" errichten.

beitsgruppe für die Errichtung des Landesmuseum Schlesien" einmütig für den Standort Hildesheim plädiert. Die Bewerber Bad Gandersheim und Goslar kämen nicht mehr in Betracht. Öffentlicher Jubel bei der Reaktion veranlaßte viele Organisationen zu einer Aktionseinheit gegen das geplante Revanchemuseum und für die Errichtung eines Kulturzentrums auf dem vorgesehenen Gelände: der "Sülte".

Mehr als 20 Organisationen und Gruppen riefen kurzfristig auf: von SPD über "Sülteverein", Theatergruppen, Hochschulasta, Autonome, Grüne, VVN/BdA bis hin zur Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Die Demonstration führte am verkaufsoffenen Samstag durch die menschenüberflutete Innenstadt und hatte eine ausgezeichnete Wirkung.

SPD, Grüne und "Sülteverein" sprachen gegen das "Schlesiermuseum", die Volksfront betonte die enge Zusammenarbeit von Revanchistenverbänden und Stadt-, Landes- und Bundespolitik. Sie sprach sich für ein antifaschistisches Kulturzentrum aus.

Am 28.12. veröffentlicht der "Kehrwieder am Sonntag", daß die SPD eine Unterschriftenaktion plane. Hier soll "der Bürger demokratisch entscheiden", was er wolle: "Schlesiermuseum", Kulturzentrum oder sonstiges. Hinterlistig! Aber noch ist von vielen ein Wörtchen mitzureden. – (mal)

Budgetpolitik

Krankenpflege kostet Geld und muß bezahlt werden

Heidelberg. An der Orthopädischen Klinik sollen in der Abteilung für die Behandlung und Rehabilitation von Querschnittgelähmten zum 1. Januar 1987 sechs bis sieben Planstellen im Pflegebereich gestrichen werden. Das gesamte Pflegepersonal widersetzt sich dieser Rationalisierung und organisiert zusammen mit dem Vertrauensleutkörper der ÖTV und dem Personalrat Gegenmaßnahmen. Die Auseinandersetzung gipfelte Ende Dezember in einer Personalversammlung.

Seit der Ankündigung der Streichung waren die Diskussionen auf Station und in den betrieblichen Gremien davon beherrscht, wie die Abwehrstrategie geführt werden solle und die

wagten die Dienstherren nicht mehr zu sprechen, als 53 Beschäftigte der Abteilung eine Presseerklärung in der lokalen Rhein-Neckar-Zeitung veröffentlichten. Sie dokumentierten darin eindrücklich, daß eine "errechnete" Stellenstreichung sich gegen die tatsächlich notwendige Arbeitsleistung zur Versorgung von Schwerstverletzten richtet. Das Pflegepersonal wies nach, wie die Pflegeintensität gestiegen ist und deshalb schon bei gleichbleibendem Personalstamm die Pflegequalität nur sinken kann. Es wurde der Standpunkt verfochten, daß die Reglementierung der Pflege über ein Budget abgelehnt wird.

Die derzeitige Personalpolitik besteht darin, Planstellen übers Jahr

reich vor Augen geführt und dargestellt wurde, mit der klaren Hinweis, daß alle Verantwortlichen über die Misere Bescheid wissen und für eine schlechte Patientenversorgung geradestehen, wenn sie den Stellenplan für 1987 beschließen. Der Stellenplan wurde beschlossen und wird noch unterlaufen, weil das Budget für 1987 zur Bezahlung der Stellen angeblich nicht ausreicht.

In Vorbereitung auf die Personalversammlung wurden die Vertreter der Gewerkschaften in der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu einer Personalratssitzung eingeladen. Der Disput mit den Gewerkschaftsfunktionären war äußerst heftig, da sie eine Zweiterpolitik einzuschlagen versuchten. Einmal als Vertreter der Beschäftigten im Krankenhaus wären sie für mehr Stellen und andermal als Vertreter der Versicherten für einen stabilen Beitrag in der Versicherung und beides wäre schwierig zu vereinbaren. Der Vorstand des Personalrates wandte sich dann an den gesamten Ausschuß der Ortskrankenkasse und holte sich Informationen ein über die Pflegesatzverhandlungen mit der Orthopädie und erkundete die Rolle, die der Verwaltungsdirektor dabei gespielt hatte. Die Einbeziehung aller Kostenträger, des Verwaltungsdirektors und die Konfrontation mit der nicht mehr zu sichernden Pflege in der Querschnittabteilung zeigte Wirkung. Das Pflegepersonal verabschiedete auf der Personalversammlung eine Erklärung, in der es die weitere Verantwortung ablehnt und die sofortige Besetzung der freien Stellen fordert. Weder der Verwaltungsdirektor noch die AOK will jetzt die weitere Verantwortung übernehmen. — Es soll alles noch mal überdacht werden. Als sehr nützlich erwies sich auf der Personalversammlung das Vorgehen des Personalrates, der eine wissenschaftliche Kritik an den Anhaltsszahlen für den Stellenschlüssel leistete und das Krankenhausfinanzierungsgesetz und die Bundespflegesatzverordnung unter dem Gesichtspunkt der Pflegesicherung für Kranke kritisierte. Er stellte den Verwaltungsdirektor vor die Frage: Ist die Minderversorgung von Kranken und Schwerstverletzten noch mit Sachzwang zu entschuldigen?

Der Vertrauensleutkörper der ÖTV wird sich jetzt noch, abgesehen von Verhandlungen mit der AOK, an den Gemeinderat wenden. Die Stadt Heidelberg unterhält kein einziges kommunales Krankenhaus, sitzt aber im Aufsichtsrat der Klinik. Der Gemeinderat soll aufgefordert werden, sich für die Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung zu interessieren, demzufolge geeignete Maßnahmen zu beschließen und das Pflegepersonal an den Krankenhäusern zu unterstützen. — (irs)



Auseinandersetzung inhaltlich ausgefochten werden muß.

Die Querschnittabteilung an der Orthopädie beschäftigt rund 73 Pflegekräfte und hat 60 Betten. Der Anrechnungsschlüssel für die pflegerische Versorgung liegt bei 1:0,89. (Verhältnis Bett/Pflegekraft) Die Abteilung hatte einen Anrechnungsbonus, weil die Auslastung der Betten 1978 bei 105 Prozent war. Seit 1980 ist die Bettenauslastungsquote bei 95 %. Die sinkende Auslastung in Abhängigkeit zur neuen Krankenhausfinanzierung und der Bundespflegesatzverordnung sind die Argumente des Dienstherren, die Stellen nicht mehr zu besetzen. Der Verwaltungsdirektor hantierte immer mit den gesetzlichen Sachzwängen, die von Seiten der Regierung und der Kostenträger, also der Krankenkassen, ihm auferlegt seien. Von der Notwendigkeit einer Kostendämpfung

verteilt frei zu halten, um davon die Aushilfen für Notfälle und zur Aufrechterhaltung des Schichtdienstes am Wochenende zu bezahlen. Beinahe 20 % der Beschäftigten in der Pflege arbeiten teilzeit, weil sie den dauernden Schichtdienst mit alle zwei Wochen ein Wochenende frei nicht mehr durchhalten konnten. Pflegekräfte mit einfacher Qualifikation arbeiten kaum länger als zwei Jahre auf Station. Diese unerträglichen Arbeitsbedingungen wurden auf der Personalversammlung vorgetragen. Der Personalrat hatte anlässlich des Gesamtstellenplans für 1987 an den Aufsichtsrat der Klinik eine Stellungnahme verfaßt, worin den Mitgliedern des Gremiums (dort sitzen Vertreter des Landes Baden-Württemberg, der Stadt Heidelberg, der BASF, von BBC und Freudenberg Weinheim) die Stellsituation vor allem im Pflegebe-

Wiss. Hilfskräfte

Initiativen für
einen Tarifvertrag

Niedersachsen. Die Situation an den Hochschulen ist gekennzeichnet durch eine Vielzahl von befristeten und Teilzeitarbeitsverhältnissen im Mittelbau (wissenschaftliches Personal außer den Professoren). Gegenüber den wissenschaftlichen Mitarbeitern mit Arbeitsverträgen nach BAT stellen die wiss. Hilfskräfte eine weit rechtlosere Gruppe dar. Sie können "zur Erledigung von unselbständigen Arbeiten im Rahmen der Lehr- und Forschungsaufgaben beschäftigt werden" (Runderlaß des niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst, MWK, von 1974). Hierunter fallen Studenten höherer Semester, die auf diese Art ihr Studium (teilweise) finanzieren, und Personen mit abgeschlossenem Hochschulstudium, meist Doktoranden.

Für wiss. Hilfskräfte gibt es mit Ausnahme der studentischen Beschäftigten in Westberlin keinen Tarifvertrag. In Niedersachsen wird ihr Beschäftigungsverhältnis durch Erlasse des MWK bestimmt. Die Stundenvergütung wird in Anlehnung an die Beamtenbesoldung berechnet. Sie beträgt zur Zeit 11,70 DM (ohne Abschluß des Studiums) bzw. 18,51 DM (mit Abschluß). Die monatliche Arbeitszeit beträgt maximal 83 Stunden, oft auch 46 oder 23 Stunden. Je nach Beschäftigungsverhältnis kann eine wiss. Hilfskraft zwischen 500 und 1000 DM netto monatlich verdienen. Es gibt nur eine Höchstbeschäftigungsdauer von zwei Jahren, keine Mindestdauer, so daß Verträge für wenige Wochen keine Seltenheit sind. Wiss. Hilfskräfte werden nicht durch den Personalrat vertreten.

Seit Anfang '86 existieren Richtlinien der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) über die Arbeitsbedingungen der wiss. Hilfskräfte, womit bundeseinheitlich eine Stundenvergütung festgelegt wird, die der Herabsetzung der Eingangsbesoldung Rechnung trägt. Danach liegt die neue Bezahlung bei 10,55 DM (ohne Abschluß) bzw. 17,17 DM (mit Abschluß). Sind die bisherigen Stundenvergütungen höher, so können sie weiter gezahlt werden. Also entweder Lohnstopp wie z.B. in Niedersachsen oder Lohnsenkung wie z.B. in Hamburg. In Niedersachsen trat zum 01.01.87 ein Erlaß in Kraft, der die Richtlinien der TdL umsetzt und neben Lohnstopp noch weitere Verschlechterungen enthält. So werden z.B. nur noch die tatsächlich geleisteten Stunden bezahlt und nicht die vertraglich vereinbarte Arbeitszeit.

Einerseits gibt es Proteste von studentischen Organen und Personalvertretungen gegen den Erlaß bzw. die



Demonstration von 600 Beschäftigten der TU Braunschweig in Hannover

Richtlinien der TdL, andererseits verstärkt die ÖTV nach dem erfolgreichen Streik der studentischen Beschäftigten in Westberlin Anfang '86 ihre Bemühungen, auch in anderen Bundesländern Tarifverträge für wiss. Hilfskräfte abzuschließen (z.B. in NRW und Niedersachsen). Der niedersächsische Entwurf wird z.Zt. an den Hochschulen diskutiert. Darin sind u.a. eine Mindestbeschäftigungsdauer von sechs Monaten, eine monatliche Arbeitszeit für wiss. Hilfskräfte mit Abschluß von 92 Stunden, so daß sie auch arbeitslosenversichert sind, eine Stundenvergütung von BAT Vc (ohne Abschluß) bzw. BAT IIa (mit Abschluß), 26 Tage Urlaub vorgesehen.

— (esa)

Kapitalisten-Initiative

Oetker & Konsorten fordern
"Haushalt der Vernunft"

Bielefeld. In den letzten Wochen des Jahres 1986, exakt getimed sowohl auf noch nicht abgeschlossene städtische Haushaltsverhandlungen, anstehende Tarifikämpfe und die Bundestagswahlen, machte eine Initiative von 100 handverlesenen Bielefelder Kapitalisten von sich reden. Unter anderem August Oetker, Gerhard Miele, Axel Kemna von der Gildemeister AG, Hubertus Benteler von der Benteler-Gruppe, Ernst-August Delius, Textilfabrikant und nebenbei Ministerpräsident Raus Schwiegervater, sowie die Geschäftsführer der Deutschen, der Dresdner, der Commerzbank und Oetkers Haus-Bankhaus Hermann Lampe KG zeigten sich "bedrückt", "wenn das Morgen unserer ... Stadt ohne Not verschenkt wird" und "der gemeinsame Blick für die Wirtschaft ... verloren geht." Was mit Pathos als Sorge ums Gemeinwohl vorgetragen wird ("Wenn es um die Zukunft unserer Stadt geht, dann müssen sich unbelastet um Ideologien alle einig sein ...", der Gewerkschaftler

wie der Arbeitgeber, der Umweltschützer wie der Investitionsbereite"), sind ganz konkrete Forderungen "zum eigenen Vorteil und damit zum Vorteil unserer Stadt und zum Nutzen von allen". Und weil damit ja klargestellt ist, daß Unternehmers Wohl Voraussetzung fürs Gemeinwohl ist, wird denn auch ohne weitere rhetorische Kosmetik massiv gefordert: Senkung des Gewerbesteuer-Hebesatzes, der städtischen Gebühren sowie der Strompreise! Ausweisung von mehr, billigeren und "akzeptabel angeschlossenen" Gewerbeflächen, Beschleunigung der Planverfahren! Die SPD wird zusammengerüffelt wegen ihrer kommunalen Koalition mit den Grün/Bunten und ihr gedroht: "... ändert sich auch weiterhin in dieser ... Stadt nichts, dann wäre es an der Zeit, daß sich die ... Verantwortlichen überlegen, ob sie ihren Platz nicht zum Wohle aller freigeben."

Bielefelds SPD reagierte mit Beschwerden über Wahlkampfeinmischung, erinnerte daran, daß sie doch Gildemeister und Kochs Adler erst mit 245 Mio. DM an Subventionen bedacht hatte und erhielt Beistand von Raus Wirtschaftsminister Farthmann, der auch noch namens der SPD-Landesregierung an die Bielefelder Kapitalisten zugeflossenen Gelder erinnerte. Und dann — kuschte die SPD und beschloß gemeinsam mit der CDU den Bielefelder Haushalt. Die Projekte, für die die SPD den Grün/Bunten zunächst Einigung signalisiert hatte, sind vom Tisch: Nulltarif für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger in öffentlichen Verkehrsmitteln, Frauen-Nachttaxi und eine Beschäftigungsgesellschaft zum Abbau von Arbeitslosigkeit. Stattdessen sollen den Bielefelder Kapitalisten "arbeitsmarktwirksame" Subventionen zugeschoben werden, und zwar mit dem Sperrvermerk, daß für die Vergabe jeweils eine 2/3-Mehrheit im Rat nötig ist — und das heißt: ohne die CDU läuft nichts.

— (ads)



Gildemeister-Vorstandschef Kemna.

Gefängnisse

"Haberfeld" – eine Zeitung "nicht nur für bayerische Gefangene", "für Ausgegrenzte und Weggeschlossene"

Nürnberg. "Haberfeld" erscheint seit ungefähr einem Jahr in unregelmäßigen Abständen. Die Redaktion setzt sich zusammen aus Gefangenen bayerischer Gefängnisse, vornehmlich der Justizvollzugsanstalt Straubing in Niederbayern. Hier sind Gefangene inhaftiert, die zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt wurden, zum Teil unter Anordnung sogenannter Sicherungsverwahrung.

Die Namensgebung der Zeitung soll an das Haberfeldtreiben erinnern: "Das Haberfeldtreiben ist eine bayerische Tradition aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Mit geheimen Signalen wurden die Haberfeldtreiber zusammengerufen, wenn ein Unrecht geschah, z.B. gegen arme Leute oder Landarbeiter, die von der Justiz kein Recht zu erhoffen hatten. Es war ein Volks- und Femegericht."

Der ehemalige bayerische Justizminister August Lang soll anlässlich eines Besuchs von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in Straubing geäußert haben, daß "in Bayern der Strafvollzug nicht so liberal gehandhabt werde wie in anderen Bundesländern". "Eben weil wir dies aus eigener Erfahrung bestätigen können", schreibt die Redaktion von "Haberfeld" in eigener Sache, "hielten wir es für notwendig, Bayerns Gefangenen ein eigenes Sprachrohr zu verschaffen".

In einem Bericht über ein "Knastgruppentreff" in Ravensburg, an dem Mitarbeiter von "Haberfeld" beteiligt waren, wird die politische Richtung der Zeitung folgendermaßen umschrieben: "Inhaltlich gibt es verschiedene Strömungen: erklärte Anarchisten, Antiimperialisten und Gefangene, die mehr mit den GRÜNEN zusammenarbeiten wollen". An anderer Stelle legt die Redaktion Wert darauf, "eine ungenehmigte, dafür unzensurierte bayerische Gefangenenzeitung herauszugeben: Das 'Haberfeld' will die Entwicklung einer autonomen Gefangenenebewegung ermöglichen". In einer Selbstdarstellung heißt es: "Unser Ziel – eine Gesellschaft, die ohne das Repressionsmittel Knast auskommt, also eine herrschaftsfreie Gesellschaft – läßt sich hier und heute politisch nicht durchsetzen. Einzelschritte sind notwendig. Allerdings dürfen diese Einzelschritte nicht in einem Ausbau der Sozialfürsorge, sprich Sozialkontrolle bestehen. Teilforderungen sind dahingehend zu überprüfen, ob sie zu mehr oder weniger staatlicher Kontrolle führen ... Abschaffung der Zensur, der Trakte und Anstaltspsychiatrien usw."

Die bislang erschienenen Ausgaben von "Haberfeld" enthalten neben Be-

richten von Gefangenen über unwürdige Haftbedingungen auch theoretische Überlegungen, praktische Hinweise ("Bausteine zum Recht") und Gedichte von Inhaftierten. Zum Teil ist die Zeitung jeweils auf thematische Schwerpunkte ausgerichtet. Eine Ausgabe befaßt sich mit der "Folter im Normalvollzug". Sie enthält Interviews und Dokumente über Einzel- und Isolationshaft, Drogenlangzeittherapie, Verweigerung medizinischer Hilfe und "Ruhigspritzen" mittels

dies darauf zurück, daß Methoden der "weißen Folter" in der BRD angewandt werden. Die Redaktion faßt darunter u.a. folgendes: Behandlung mit Psychopharmaka, vor allem Neuroleptika; Isolation, z.B. durch Tote Trakte; Verweigerung medizinischer Hilfe; unwürdige Behandlung, etwa Entkleiden und nächtliche Beobachtung.

Der Freistaat spielt bei der Durchsetzung "weißer Folterpraktiken" eine vorantreibende Rolle. Berüchtigt ist



Freistunde im Innenhof der JVA Straubing

Psychopharmaka.

Eine weitere Sondernummer beschäftigt sich mit einem Gesetzentwurf der GRÜNEN zum Sexualstrafrecht ("Antidiskriminierungsgesetz"). Dieses Thema wurde angefaßt, weil die GRÜNEN hier u.a. "eine härtere Bestrafung für Vergewaltiger fordern". Eine Stellungnahme eines Gefangenen verdeutlicht die Auffassung von "Haberfeld": "... Gäb es die Frauen nicht, die auch in der Haft das Gespräch mit mir führen, wäre mein Frauenbild von Pin-up-girls und grünen Kriminalisiererinnen geprägt ... In der Knastwelt reduzieren sich die Frauen auf Geschlechtsteile. Dies soll die Therapie für Vergewaltiger sein! Wüßt ich's nicht anders, so würde ich vermuten, daß diese Therapie aus CSU-Mist gewachsen ist ..."

"Folter im Normalvollzug"

Mit diesem Sonderheft wollen wir uns hier etwas ausführlicher befassen.

Die BRD hat der europäischen Anti-Folter-Konvention nur unter Vorbehalt zugestimmt. "Haberfeld" führt

die psychiatrische Abteilung, Haus III, in Straubing. "Ruhigspritzen" mittels Psychopharmaka ist hier üblich. Im Haus III werden Gefangene aus ganz Bayern eingeliefert: solche, die unbeherrschbar geworden sind, Alkoholiker, Menschen, die einen Selbstmordversuch hinter sich haben oder mit dem Strafvollzug überhaupt nicht zurechtkommen.

"Haberfeld" führte ein Interview mit Ludwig S., der seit zwanzig Jahren in Straubing einsitzt und seit 1981 "ruhiggespritzt" wird. Die Anstaltsleitung sperrte Ludwig zuerst in eine "Trockenzelle", in der außer einer Matratze alles betoniert ist. Er erinnert sich, daß er kleine rote Spritzen bekam, die zu stechenden Herzschmerzen und Übelkeit führten. Im Haus III wird nicht "aufgeklärt", warum was gespritzt wird, es wird gespritzt, bei Weigerung mit Gewalt. Entlassen wurde Ludwig aus der psychiatrischen Abteilung erst, nachdem er sich "bereit erklärt hatte", den Spritzvorgang alle vier Wochen wiederholen zu lassen.

Ein weiterer Häftling im Haus III ist der Jugoslawe Stipe R. Er wurde in der JVA Bruchsal durch den Gefängnisarzt Dr. Pfahler "behandelt". Dieser hatte "aggressives Verhalten" diagnostiziert. Nach der zweiten Spritze war Stipe nicht mehr in der Lage aufzustehen und einen zusammenhängenden Satz hervorzubringen. Stipe gegenüber "Haberfeld": "Hätte ich die Möglichkeit gehabt, mich umzubringen, ich hätte mich umgebracht." Es dauerte fast zwanzig Monate bis er sich wieder koordiniert bewegen konnte. Zurückgeblieben ist ein Sprachfehler. Nachdem die GRÜNEN in Baden-Württemberg diese Foltermethoden aufdecken konnten, wurde Stipe nach Straubing verlegt.

Kontaktsperre durch die Hintertür

"Haberfeld" kann nur aufgebaut werden, wenn die Mitarbeiter in den Gefängnissen Verbindungen nach draußen entwickeln können. Die Gefängnisverwaltungen versuchten dies von Beginn an zu unterbinden. Mit der Begründung, daß "der Aufbau einer Ge-

fängniszeitung schon im Ansatz zerschlagen werden müsse" (Originalton Straubing), wurden Schreib- und Besuchsverbote erteilt bzw. Berichte angehalten und nicht weitergeleitet. Am 30.7.86 z.B. wurde dem Gefangenen Gerhard L. eröffnet, daß verschiedene Personen, "mit denen L. die ungenehmigte Zeitung 'Haberfeld' herausgibt, vollständig vom Besuchs- und Schriftverkehr ausgeschlossen seien". Gerhard kritisierte die Maßnahme in einer Erklärung "als faschistoide Praxis", die darauf abziele, "die eigenständige Persönlichkeit zu vernichten". "Haberfeld" bezeichnet diese Vorgänge als "Kontaktsperre durch die Hintertür" und arbeitet an einer Dokumentation, die belegen soll, daß es sich nicht um Einzelfälle, sondern um "gängige bayerische Vollzugspraxis" handele. Kein Zufall daher auch, daß der Versuch der GRÜNEN, in der JVA Straubing einen Ortsverband zu gründen, vom Justizministerium mit einem generellen Verbot belegt wurde. Als sie begannen, Enthüllungen über die Haftbedingungen in Straubing

zu veröffentlichen, begann die CSU mit einer gezielten Hetzkampagne.

Eingroßes Problem für "Haberfeld" stellt die Tatsache dar, daß bisher nur wenige Ausgaben die Gefangenen überhaupt erreichten. Mit der Behauptung, daß "der Inhalt die Anstaltsordnung gefährde", aber "eine detaillierte Kontrolle der umfangreichen Zeitung einen unzumutbaren Verwaltungsaufwand darstelle", wird willkürlich die Weitergabe verweigert. Einzelne Exemplare verschwinden spurlos.

Die Redaktion fordert daher dazu auf, daß auch in anderen Zeitungen über "Haberfeld" berichtet und die Zensur angegriffen wird.

Dieser Bericht beruht auf verschiedenen "Haberfeld"-Ausgaben des vergangenen Jahres. Bestellungen bitte an R. Hallama, Sackgasse 4, 7147 Nußdorf. Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Spendenkonto: R. Hallama, Postgirokonto-Nr. 270800-705, Postgiroamt Stuttgart, BLZ 600 100 70 – (dax, ola)

CSU: "Sicherheit hat Vorrang"

In § 2 des Strafvollzugsgesetzes (Aufgaben des Vollzugs) heißt es:

"Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen (Vollzugsziel). Der Vollzug ... dient auch dem Schutz der Allgemeinheit ..."

Der ehemalige bayerische Justizminister Lang nahm 1985 vor dem Landtag folgende Bewertung vor:

"Dem bayerischen Strafvollzug wird manchmal vorgeworfen, er sei repressiv, zu sehr auf Sicherheit und zu wenig auf Resozialisierung ausgerichtet. Diese Kritik geht von der Meinung aus, das Strafvollzugsgesetz räume der Behandlung des Gefangenen und seiner Wiedereingliederung absoluten Vorrang vor dem Schutz der Allgemeinheit ein. Dies ist nicht richtig ... Für uns in Bayern gilt, daß die Wiedereingliederung und der Schutz der Allgemeinheit gleichgewichtig sind, ja daß im Zweifel das Sicherheitsbedürfnis der Gesellschaft Vorrang hat."

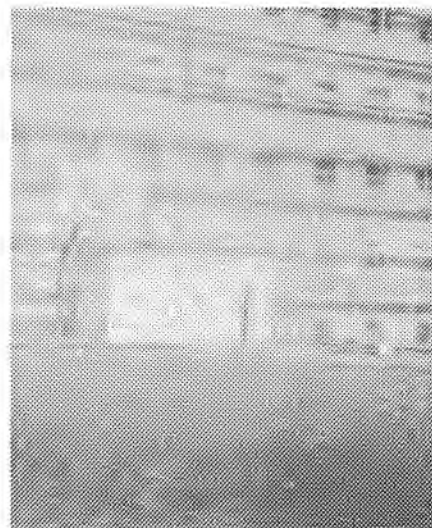
Dieses Konzept wird dadurch verstärkt, daß Kriterien wie "Schwere der Tatschuld", "gerechter Schuldgleichgewicht" und "Abschreckung" den Strafvollzug maßgeblich beeinflussen sollen.

Die CSU führt seit Jahren Kampagnen gegen den "Verfall der Sitten und des Rechtsbewußtseins", sowie gegen "ansteigende Kriminalität". Es ist daher nicht verwunderlich, wenn nunmehr z.B. die Republikaner

mit Forderungen nach "Höchststrafen für Gewaltverbrecher, Rauschgiftdealer und Landesverräter" und "Vorrang der Opfer von Straftaten vor der Resozialisierung" Wahlerfolge verzeichnen.

In den 38 bayerischen Haftanstalten waren im September 1986 ca. 9500 Gefangene inhaftiert. Davon befanden sich 2150 in Untersuchungs- und 250 in Abschiebungs- oder Auslieferungshaft. Das Justizministerium plant einen Ausbau der "Haftkapazität" um weitere 1500 "Plätze".

1985 wurden in Bayern über 100000 Menschen nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches verurteilt, davon ungefähr ein Drittel wegen sog. Eigentums- und Vermögensdelikte. Die Verurteilungsziffer insgesamt ging gegenüber 1984 leicht zurück. Trotz-



JVA Straubing, Sportplatz

dem trieb Lang die Justiz weiter an:

"Ungeachtet der hohen Belastung der Strafjustiz halte ich es für unverantwortlich, die Strafverfolgung vor allem bei Diebstahl wesentlich einzuschränken."

Dies richtete sich gegen die Auffassung, die Verfolgung von Diebstählen unterhalb einer bestimmten Schadenshöhe als Ordnungswidrigkeit zu behandeln. Lang:

"Der Schutz des Eigentums mit den Mitteln des Strafrechts ist unerlässlich, um den Respekt vor fremdem Eigentum in der Bevölkerung lebendig zu halten."

Bei ca. 20% aller Verurteilungen verhängten die Gerichte 1985 Freiheitsstrafen. Diese wurden zu 65% zur Bewährung ausgesetzt. Noch einmal Lang:

"Ich halte es für ein Zurückweichen vor dem Unrecht, wenn die geltenden Bestimmungen über die Strafaussetzung zur Bewährung erheblich weiter ausgedehnt werden."

Bekanntlich registriert die Kriminalstatistik ein ständiges Ansteigen "polizeilich bekanntgewordener und aufgeklärter Straftaten". Für bürgerliche Politiker Grund genug, wie Strauß in seiner Regierungserklärung am 10.12.86, "mehr Polizeipräsenz auf den Straßen" zu verlangen. Schon jetzt ist sicher, daß "mehr Polizeipräsenz" auch mehr "polizeilich bekanntgewordene Straftaten" produzieren wird.

Quellenhinweis: "Strafvollzug in Bayern", Übersicht 9/86; Plenarprotokoll Bayerischer Landtag 21.3.85; Statistische Berichte B VI 1/85

Gegen Ausweitung der Samstagsarbeit

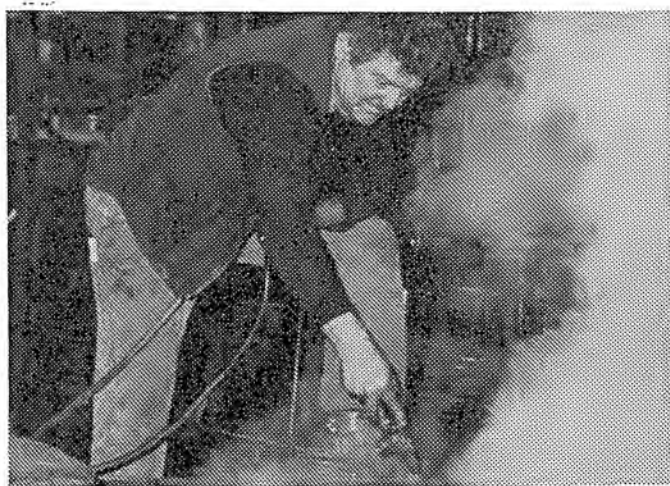
Mannh./Ladenburg. Die IG Chemie-Vertrauensleute der Benckiser GmbH haben sich gegen Samstagsarbeit ausgesprochen und den IG Chemie-Vorsitzenden Rappe kritisiert, der Samstagsarbeit in Tarifgespräche einbeziehen will: "Die von der Arbeitgeberseite geforderte Flexibilisierung der Arbeitszeit schließt für uns eine Einbeziehung von Samstagsarbeit aus. Wir sind nicht bereit, unsere Kollegen wegen der sogenannten besseren Auslastung von technischen Anlagen noch stärker zu einem reinen Maschinenanhängsel machen zu lassen." — (gba)

Daimler-Benz übernimmt Fremdarbeiter

Stuttgart. In den vergangenen Monaten hat die Daimler-Benz AG mehrere hundert Arbeiter und Angestellte der Werke Untertürkheim und Sindelfingen in die Stammbesellschaft übernommen. Sie hatten vorher jahrelang über sogenannte "Werksverträge" als Fremdfirmen-Beschäftigte bei Daimler-Benz gearbeitet, waren voll eingegliedert, ohne aber Rechte als Betriebsangehörige einklagen zu können. Auch die Frist für Arbeitnehmerüber-

An der Spitze der Berufskrankheiten-Meldungen liegen die Anzeigen wegen Hauterkrankungen, 11602 im Jahr 1985. Aber nur 460 Erkrankungen wurden 1985 erstmals als Berufskrankheiten entschädigt. Das Arbeitsministerium stellte im "Unfallverhütungsbericht 1985" "vermehrten Einsatz von Chemikalien" fest, behauptet aber, die wachsende Zahl der Hauterkrankungen sei auch auf "die Zunahme der Empfindlichkeit der Versicherten gegenüber diesen Substanzen zurückzuführen". — (gba)

lassung von sechs Monaten hatte nicht gegriffen, da sie über Werksverträge beschäftigt waren. Der plötzliche Sinneswandel von Daimler-Benz hat seinen Grund: Der iranische Ingenieur Massoud G. hatte im Auftrag des Architekten- und Ingenieurbüros Höller & Partner sechs Jahre lang bei Daimler-Benz mit einem Werksvertrag gearbeitet. Als er kurzfristig zu einer anderen Firma versetzt werden sollte, klagte er mit Rechtsschutz der IG Metall auf Festanstellung. Das Arbeitsgericht Stuttgart gab ihm Recht, Daimler-Benz ging in die Berufung, um aber kurz vor Verhandlungstermin Massoud G. doch zu übernehmen. — (ros)



Streik gegen neue Studienordnung

Westberlin. Die Studenten des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der FUB wollen gegen die neue Studien- und Prüfungsordnung streiken, die vom Fachbereichsrat mit Professorenmehrheit (erstmal nach dem neuen HRG) beschlossen wurde. Danach sollen die Studenten im Grundstudium 17 statt bisher zwölf Klausuren schreiben. Auch die Verkürzung der Zeit für die Diplomarbeit von sechs auf drei Monate ist geplant. Am 16. Januar soll ein Aktionstag stattfinden, da an diesem Tag Wissenschaftssenator Turner sein Erscheinen angekündigt hat. — (har)

Dän. Gewerkschaft setzte sich durch

Ein dänischer Baukapitalist vergab an einen Baukapitalisten aus Harrislee (BRD), als Subunternehmer, einen Ferienhausausbauauftrag auf der Insel Rømø (DK). Die dänische Maurergewerkschaft verlangte daraufhin: "Gleiche Löhne und gleiche Arbeitsbedingungen für alle ... Ich kann als Gewerkschafter doch nicht akzeptieren, daß deutsche Handwerker billiger arbeiten als ihre dänischen Kollegen." Der schleswig-holsteinische Baukapitalist zahlte die höheren Löhne und Sozialabgaben nicht. Die Baustelle wurde von dänischen Gewerkschaftern blockiert. Die Arbeiten mußten abgebrochen werden und wurden von einer dänischen Firma weitergeführt. Das veranlaßte die Reaktion zu schärfster Protesthaltung.

Selbst Ministerpräsident U. Barschel (SH) und Regierungschef Schlüter (DK) schalteten sich ein. Dennoch gelang es der dänischen Maurergewerkschaft, sich erfolgreich gegen die Lohnspaltung der Kapitalisten durchzusetzen. — (ale)

Zwangsurlaub im Gartenbau

Es ist möglich, Azubis zwischen Weihnachten und Neujahr freizustellen, wenn nicht gearbeitet wird, sie müssen sich zu Hause fachtheoretisch weiterbilden; so eine Regelung zwischen der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) und dem Bundesverband Garten-, Landschafts-, und Sportplatzbau (BGL). Grund war die Praxis, Azubis in der besagten Zeit Zwangsurlaub zu geben, denn die übrigen Beschäftigten haben meistens frei in dieser Zeit. Ein Betriebsinhaber kann nicht über die Köpfe der Beschäftigten Zwangsurlaub anordnen; so die GGLF, es besteht Mitspracherecht. — (bea)

Tarifverbesserungen für ABM-Arbeiter

Westberlin. Ca. 6000 Arbeiter bei den Gartenbauämtern, in Forsten und anderen öffentlichen Betrieben und Verwaltungen, die im ABM-Programm beschäftigt sind, haben zum 1.11.86 eine Lohnerhöhung erhalten. Die Änderung des 1984 zwischen ÖTV/GGLF und Senat vereinbarten Tarifvertrages soll die Schlechterstellung gegenüber den festangestellten Arbeitern, die nach BMT/G bezahlt werden, weitgehend aufheben. — (har)



Seit dem 18.12.86 befinden sich die Bediensteten der französischen Eisenbahn SNCF im längsten Streik seit 1968. Der Streik richtet sich gegen die Einführung einer neuen Lohnstaffelung, nach der Beförderungen nicht mehr nur nach Dienstjahren, sondern auch nach Leistung entschieden werden sollen. Weiter fordern die Streikenden eine Lohnerhöhung von 700 FF monatlich, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, sowie die Bezahlung der Streiktage. Trotz massiven Polizeieinsatzes gegen Schienenblockaden, Gegendemonstrationen von Kapitalisten, Spaltungsversuchen durch Mitterrand und Zugeständnissen der SNCF-Leitung wird der Streik fortgesetzt. — (sur)

Anti-Strauß-Komitee**Gegen CSU – aber zu wenig
zum proletarischen Widerstand**

München. Unter den Losungen "Für unser Widerstandsrecht!" und "Gegen die Beugung demokratischer Rechte!" sowie der Forderung "Rücknahme der §§ 129a und 130a" ruft das Anti-Strauß-Komitee am Tag vor der Bundestagswahl, am 24. Januar 1987, in München auf dem Marienplatz zur Demonstration auf. Angeklagt wird "Strauß und seine Staatspartei CSU", insbesondere wegen der im Bundestag verabschiedeten "Anti-Terrorismus-Gesetze", die vom Anti-Strauß-Komitee als Gesetze charakterisiert werden, die "die Demokratie außer Kraft setzen". Die weiteren Anklagepunkte beziehen sich durchweg auf die Behinderung, Unterdrückung und Bestrafung der politischen Opposition. Hierzu unten ein Auszug aus dem Aufruf.

Dieser Aufruf des Anti-Strauß-Komitees beansprucht, eine Grundlage für den antifaschistischen Kampf gegen die Reaktion und für den Widerstand der politischen Opposition zu sein. Dieser Anspruch kann jedoch nicht erfüllt werden, weil wichtige und grundlegende Widerstandskräfte ignoriert werden. Der proletarische Widerstand gegen die imperialistische Expansion sammelt sich gegenwärtig gegen die Flexibilisierung bei den Arbeitszeiten und die Differenzierung bei Löhnen und Arbeitsbedingungen. In einem Angriff auf die Politik der CSU darf die Unterstützung dieses Widerstands nicht fehlen. Warum wird Strauß und die CSU nicht angeklagt wegen der profitfördernden Wirtschaftspolitik auf den Knochen der Arbeiter? Warum wird kein Wort verloren gegen die Konzerne BMW und Siemens,

die als Vorreiter der westdeutschen Monopolbourgeoisie gerade dabei sind, die Nacht- und Schicht- sowie Wochenendarbeit auszuweiten, um ihre Profitschlachten zu gewinnen? Das Anti-Strauß-Komitee sieht nur einen Ausschnitt des Widerstands und erklärt sich die relativ stabile Herrschaft der Kapitalistenklasse ausschließlich mit der Gewalt: "Die neuen Gesetze brauchen und benutzen sie gegen uns, das Volk. Drei Millionen Arbeitslose, fast 6 Millionen Sozialhilfeempfänger – wir sind viele, die betroffen sind von den Kürzungen im Sozialbereich. Wir sind viele, die sich gegen den Abbau der demokratischen Rechte und gegen die Aufrüstung für den Krieg wehren, die die Zerstörung der Natur nicht widerspruchslos hinnehmen. Die anderen sind nur wenige. Und deshalb brauchen sie Gewalt, Verordnungen, Gesetze, Diktatur..."

Richtig ist, daß die ausbeutende Bourgeoisieklasse klein ist und die lohnabhängigen Klassen groß sind und dazwischen ein großer Klassengegensatz besteht. Wir wollen jedoch darauf hinweisen, daß nicht die Gewalt diese Gesellschaft so relativ stabil hält, sondern Eigentumsinteressen – mögen diese in Form einer Belegschaftsaktie auch nur bis zur Illusion verkleinert vorliegen. Der CSU ist es gelungen, für die Expansionspolitik der westdeutschen Monopole Anhang aus allen Klassen und Schichten zu sammeln. Diese Politik funktioniert über die Förderung der Eigentumsbildung. Der Besitz einer Belegschaftsaktie macht aus einem Arbeiter oder Angestellten bei BMW oder Siemens noch lange keinen Kapitalisten – nach wie vor ist er lohnabhängig. Dennoch reicht dieser Besitz aus, die Verfolgung proletarischer Interessen als nicht so wichtig oder sogar für schädlich zu halten. Zumal alle Welt sagt, für steigende Aktienkurse ist z.B. nötig: Auspowerung der Arbeiter und eine in Ketten gelegte Arbeiterbewegung, der Sieg über die Konkurrenz und Friedhofsruhe in den südafrikanischen Niederlassungen. – (dil)

Dokumentiert:**Angeklagt****Strauß und seine Staatspartei CSU**

Bruch des Artikel 8 Absatz 1 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland – Versammlungsfreiheit

– 28.11.86. Die Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung wird vom Regensburger Stadtrat (CSU) auf Grundlage der Arbeitsmaterialien verboten. Begründung: Die Materialien enthalten einen "Aufkleber: Revolutionärer Fünfstern mit vermurmelter Sonne und Säge in der Faust" und die Forderung: "Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen" (aus dem Verbotsbescheid vom 27.11.86). Vom 28. bis 30. 11.86 ist die Regensburger Innenstadt von tausend Polizisten hermetisch abgeriegelt. Veranlaßt wurde dieser Verfassungsbruch von dem neuen Innenstaatssekretär Gauweiler (CSU).

– Verfolgt und behindert wird die Jugendgruppe der IG Druck und Papier München bei ihrem Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit vor der stillgelegten Fabrik Thiemig.

– 4.11.86. Die Veranstaltung: "Die Situation der politischen Gefangenen in der BRD" wird vom Münchner Kreisverwaltungsreferat verboten. Obwohl den ca. 120 Teilnehmern "kein strafrechtlich relevanter Vorwurf" gemacht werden kann, werden alle Personalien festgestellt. Damit keiner entwischt, wird das gesamte Viertel um das Versammlungslokal von der Polizei abgeriegelt.

Außer Kraftsetzen des Artikel 8 Absatz 2 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland – Demonstrationsfreiheit

– 4.10.86. Der damals noch zuständige Münchner Kreisverwaltungsreferent Gauweiler schätzt den Straßenverkehr höher ein als das grundgesetzlich garantierte Recht auf Demonstrationsfreiheit. Widerrechtlich verbietet er 10000 Menschen, gegen "Polizeistaat und Atomanlagen" zu demonstrieren.

– Verfolgt und angeklagt werden im Rahmen des Kampfs gegen die WAA Tausende von Demonstranten wegen Wi-

derstand gegen die Staatsgewalt. Zur Anzeige genügt schon ein Anspannen der Muskulatur bei willkürlicher Festnahme.

– 13.7.86. Vierundachtzig Veranstalter und Besucher einer von der "Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend" angemeldeten, genehmigten Veranstaltung zum 35jährigen Verbot der FDJ werden festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt.

– 18.1.86, 20. und 21.10.86. Die Teilnehmer an angemeldeten Aktionen gegen Jugendarbeitslosigkeit im Münchner Westend werden mehrere Tage hintereinander festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt.

– 1.12.86. Ein massives Polizeiaufgebot stoppt die S-Bahn am Isartorplatz, um alle 16 Insassen eines Abteils zu registrieren und wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz anzuzeigen. Der Grund: Die Polizei nimmt an, daß die 16 an einer grundsätzlich erlaubten Spontandemonstration gegen die sogenannten Anti-Terrorismus-Gesetze teilgenommen haben.

Verstoß gegen Artikel 5 Absatz 3 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland – Freiheit der Kunst

– 16.11.86 und 30.11.86. Nach der szenischen Aufführung des Brecht-Gedichtes "Legende vom toten Soldaten", das eine Anklage des deutschen Militarismus zum Inhalt hat, werden die Schauspieler von der Polizei überfallen, zum Teil festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt.

Bruch des Artikel 5 Absatz 1 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland – Niemand darf wegen seiner Rasse und Herkunft benachteiligt werden

– Die CSU betreibt Rassismus und Völkerverhetzung. Sie setzt bundesweit ein fünfjähriges Arbeitsverbot für Flüchtlinge durch, um Asylbewerber als "Arbeitsscheue" diskriminieren zu können. In der Verantwortung der CSU liegt die Verletzung der Menschenwürde, weil sie die gesetzliche Grundlage für die Zwangsunterbringung der Asylbewerber in Sammellager geschaffen hat...

(Vorderseite des Aufrufs des Anti-Strauß-Komitees)

Nazi-Künstler

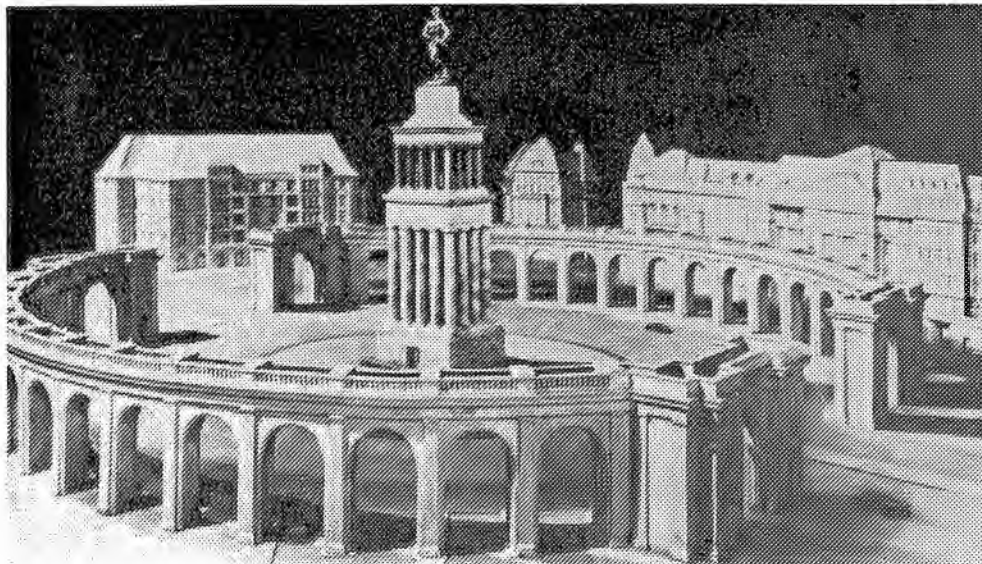
Wie die "geistig-moralische Wende" Breker "entnazifiziert"

Während 1982/83 viele noch über "Birnes" Wahlkampfslogan von einer "geistig-moralischen Wende" witzelten, war diese bereits voll im Gange. Z.B. in der Kulturpolitik: in den "Politischen Berichten" 21/83 wurde auf die in der reaktionären Presse entfachte Rehabilitierungskampagne für Nazi-Bildhauer Arno Breker hingewiesen. Bis dahin hatte es nur einen breiter bekannt gewordenen Versuch nach 1945 gegeben, Breker öffentlich auszustellen: in Westberlin 1981, als der Chef eines Einrichtungshauses unter dem Protest der Linken, Gewerkschaften, Kulturschaffenden und Teilen der SPD in seinen Räumen eine umfangreiche Übersicht über Brekers Werk gab. Trotz vieler privater Aufträge vor allem aus Industriekreisen gab es Breker ansonsten für die offizielle Kunstberichterstattung und Kunstgeschichtsschreibung nicht. Als Nazi-Propaganda zählte man seine Werke nicht zur Kunst (Diese Tabuisierung teilte er übrigens nicht nur mit etlichen anderen Kunstgrößen der Nazizeit, sondern auch mit vielen bedeutenden antifaschistischen Künstlern). Heute, gut drei Jahre nach den ersten heftigen Wiederbelebungsversuchen Brekers als Person des

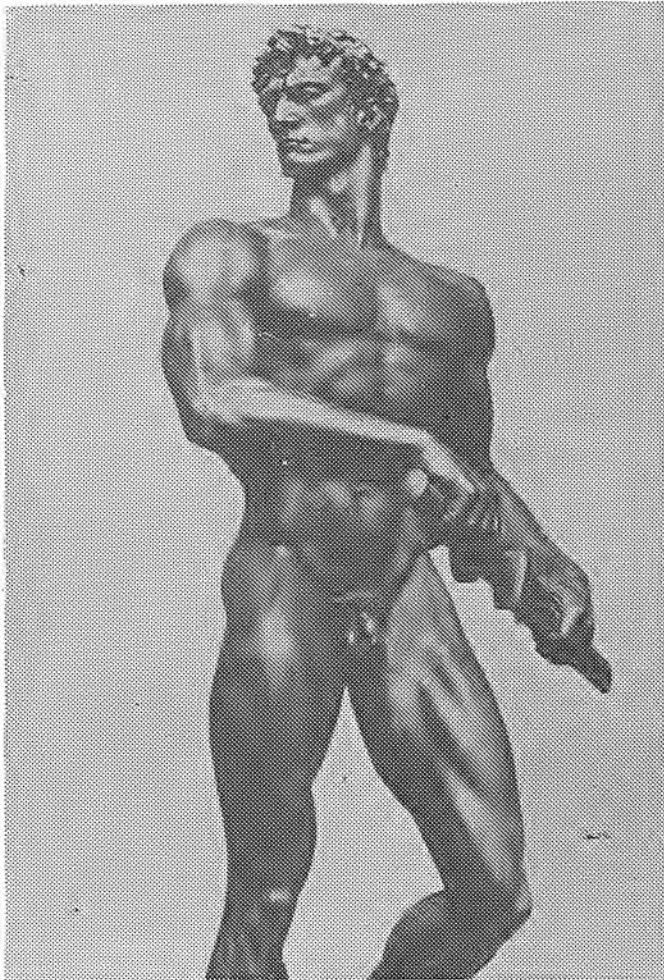
öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik, kannte der 86-Jährige mit seiner Public-Relation-Mannschaft zufrieden sein: Presse und Fernsehen berichten über den "großen alten Mann", über den "berühmten Professor" (zu dem ihn die Nazis aus Anlaß von Hitlers Geburtstag ernannten), über den "größten lebenden Bildhauer" sowie seine berühmten Modelle, die Schlange zu stehen scheinen, nur um von IHM modelliert zu werden: Hochspringerin Meyfarth, Zehnkämpfer Hingsen, Opernsänger Hofmann und, wie könnte es anders sein, die Frau des "reichsten Deutschen", Fürstin Gloria von Dumm & Dämlich. Dennoch, aus der Kunst- und Kulturszene traute sich trotz des Medienrummels lange niemand an Brekers kunsthistorische "Entnazifizierung" heran, da war noch die Hürde des kunsthistorischen Anspruchs. Diese versuchte jedoch nun, beflügelt durch seinen Coup mit dem Kölner Großmuseum, das er gegen jeglichen Widerstand durchsetzen konnte, Schokoladenfabrikant, Kunstsammler und CDU-Mitglied Peter Ludwig zu nehmen (s. auch "Politische Berichte" 19/86). Nachdem er sich und seine Frau von Breker hatte portraituren lassen, preschte

er in einem Spiegel-Interview vor: "Ich finde, daß Breker ein interessanter Künstler ist, ein großer Porträtkünstler (das Wort "Portrait" vor "Künstler" macht den erfahrenen Kulturpolitiker aus, der weiß, daß man den Zeitgeist reifen lassen muß, d. Verf.). Auch er gehört zu denjenigen, deren Leistung einfach mit Schlagworten zur Seite gedrückt wird." Ludwig regte an, auch Kunst, die zwischen 1933 und 1945 entstanden sei, in den Museen zu zeigen. Nach einer von 180 Künstlern und Museumsleuten verfaßten Protestresolution wiegelte Ludwig ab: "Ich will keine Verherrlichung von Nazi-Kunst, sondern ich will Kunst aus der Zeit von 1933-1945 nicht ausgeschlossen sehen von jeder sachlichen Diskussion." Bei einem, der antifaschistische Kunst so konsequent aus seiner "pluralistisch" angelegten Sammlung herauszuhalten versteht, kann man sich leicht ausmalen, wozu solche "sachlichen Diskussionen" dienen sollen. Eine seit 1980 bestehende Museumsinitiative fordert gleich, ohne lange "sachliche Diskussion", den Bau eines Breker-Museums in Bonn. Wer jedoch glaubt, Zustimmung zu Brekers Kunst komme nur von rechts, wird sich über folgende Kulturnotiz in der neuesten "konkret" (1/87) gehörig wundern: Zitiert wird Nr. 5/86 der Kunstzeitschrift "Wolkenkratzer", die über eine Podiumsdiskussion

im österreichischen Fernsehen berichtet. Thema war die Frage: Gehört "Nazi-Kunst, und wenn auch nur in Form einer Ludwig-Büste aus der Werkstatt Brekers, in die Museen?" Laut "konkret" soll dort sogar die Theologin Uta Ranke-Heinemann (Bundesvorstand der Friedensliste) Breker lauthals gelobt haben "Henry Moore hat ihm eine Widmung geschrieben", "Calder (US-Künstler, der u.a. durch seine Mobiles bekannt wurde, d. Verf.) hielt ihn für den größten Künstler". Sie beschimpfte den SPD-Grafiker Klaus Staeck: "Sie sind ja noch schlimmer, die Nazis haben nur Werke verboten. Sie wollen gleich ganze Namen verbieten". Unterstützt soll sie von Breker-Verehrer Fuchs worden sein, einem Maler der Wiener Schule: "Der Mensch kann irren, aber das Genie bleibt". Was sich wie eine Zeitungsente liest, scheint darauf hinzudeuten, daß die "geistig-moralische Wende" erschreckend gut gedeihen ist: schlimm scheint heute nicht mehr die Herstellung und Verbreitung reaktionärfaschistischer Kunst, sondern der Hinweis auf den faschistischen Charakter der Nazikunst und der Versuch, ihre Verbreitung zu behindern. Antifaschistischen Kritikern wird Intoleranz und mangelnde künstlerische Urteilsfähigkeit vorgeworfen. Gegenüber solchen Angriffen wird es notwendig, am Beispiel nachzuweisen, daß Brekers Plastiken der Nazizeit faschistisch sind und woran man das erkennen kann. Brekers Werke, in denen die faschistische Ideologie am deutlichsten Form geworden ist, entstanden etwa zwischen 1935 und 1945. Es sind meist überdimensionale freistehende Aktpplastiken oder Reliefplatten mit Aktdarstellungen, die durch ihre Einfügung in die faschistische Protzarchitektur und ihre eigene Monumentalität "erhaben" und übermenschlich wirken sollten. Nazi-Ideologe Rittich: "... die Wahl des Aktes als des natürlichen Eindruckes ... zwingt den Künstler von selbst zu einer Gestaltung, die viele kämpferische Leistungen und Charaktere um-



Albert Speer/Arno Breker, "Mussolini-Monument" mit Plastik "Bereitschaft" (1939), ehemals Adolf-Hitler-Platz (heute Theodor-Heuss-Platz).



Arno Breker, "Bereitschaft", Gipsmodell, 3m hoch, 1939. Originalgips für das Mussolini-Denkmal (vorherige Seite): 11m. Die Plastik sollte als Krönung des insgesamt 45m hohen Mittelteils des Monuments dienen.

faßt, die zwar vom Einzel-
fall ausgeht, aber ihrer um-
fassenden Kraft wegen
überzeitliche Bedeutung
hat." Die soldatischen Ideale
der faschistischen Militä-
rmaschine ließen sich
nach Rittich in der symbol-
trächtigen Pose des
schwertziehenden Aktes
"Bereitschaft" besser zum
überindividuellen, "wesens-
mäßigen" Ausdruck steigern
als naturalistische, zeitge-
bundene Soldatendarstel-
lungen. Diese faschistischen
Tugenden drückt Breker in
der Figur aus – deshalb wurde
er geschätzt: Trotz der
Nacktheit wirkt der Schritt
des Mannes schwer, als hätte
er Stiefel an. Die Haltung
der Figur wirkt starr, der
Rumpf ungeschmeidig-
klotzhaft, da die Beweglich-
keit der Wirbelsäule fehlt,
die Muskeln quellen unnatür-
lich hervor, ihre Form
entspricht nicht ihrer Funk-
tion im Bewegungsablauf,
sondern wirkt wie eine Pan-
zerung. Nach unseren heuti-

gen Sehgewohnheiten wirkt
die Figur wie ein Roboter,
wie eine Kampfmaschine,
die furchtlos, grimmig ent-
schlossen der Erfüllung ihres
Auftrages entgegen-
blickt. Hinzu kommt die
körperliche Stilisierung als
Ausdruck des Rasseideals,
des "nordischen" Herren-
menschen: Überbreite der
Schultern bei extrem
schmalen Hüften, zu kleiner
Kopf. Das Schwert (in an-
deren Darstellungen auch der
Umhang), in der Geschichte
der Kunst häufig Zeichen
des Adels, weist hier auf den
"Rasseadel" hin. 1939 be-
deutete eine solche Plastik
ein aggressives Symbol zur
Unterstützung der faschi-
stischen Kriegspolitik. Der
Fachbegriff dafür lautet:
faschistische Plastik! Worüber
soll an ihr eine "sachliche
Diskussion" geführt
werden? Über die "nordi-
schen Mannestugenden"
schlechthin oder über die
"deutschen" nach der Wen-
de? – (güv)

Pädagogik

Einige Überlegungen zur Einführung von Zwergschulen

Seit 1965 wurden in Baden-Württemberg 4000 Mittel-
punkts-, Nachbarschaftsschulen und Bildungszentren ge-
schlossen. Wo trotz rückgehender Schülerzahlen in an-
deren Bundesländern Gesamtschulen gegründet wurden, will
Mayer-Vorfelder jetzt die "Grundschule wieder ins Dorf
zurückholen", seit Beginn des Schuljahres 1986/87 von ge-
planten 73 immerhin schon acht. Die Schaffung von Zwerg-
schulen ist eingebettet in ein Konzept mit den Schwer-
punkten: "Rettung des Gymnasiums" zwecks Eliteförde-
rung, "Stärkung der Hauptschule", d.h. vermehrte Schaf-
fung von "Potentialen gesellschaftlicher Mobilität". Leute
mit mittleren und unteren Bildungsabschlüssen sollen nach
einem Zwischenbericht der Enquete-Kommission "Neue
Informations- und Kommunikationstechniken" der Bundes-
regierung 65 % ausmachen, zusätzlich 15 % ohne Abschluß
dastehen (1).

In den wohnortnahen Zwergschulen müßten die Schüler
"soziales Verhalten, Gemeinschaftsgefühl" lernen. "Die
Schule muß im gesellschaftlichen Leben der Gemeinde
wieder einen festen Platz haben" (Mayer-Vorfelder).
Schulmeister, Pfarrer und Vereinsvorsitzende sollen dafür
sorgen, daß Schüler sich freiwillig an der Klassen-, Schul-
und Dorfgemeinschaft beteiligen (2).

Der Entwurf Mayer-Vorfelders zur Einführung der
Zwergschulen stützt sich ausdrücklich auf die "Reformpä-
dagogik" der 20er Jahre, insbesondere auf Peter Petersens
"Lebensgemeinschaftsschule": "Die Schule sollte aufhö-
ren, ein Ort zu sein, zu dem das Kind komme, um gewisse
Aufgaben zu lernen; sie solle in engste Verbindung mit dem
Leben des Kindes zu Hause und in der Nachbarschaft tre-
ten." Petersen wandte sich gegen das "Vielerlei", den "Wis-
sensmischmasch", der den Kindern beigebracht werde (3).
Stattdessen müsse die Schule den "volkgebundenen Men-
schen" schaffen, der "fähig und bereit (ist), die Last auf
sich zu nehmen und zu tragen, freundlich, liebenswürdig,
rücksichtsvoll, hilfsbereit und willig, sich selber ganz und
gar an ihre Aufgabe hinzugeben, Opfer zu bringen, wahr-
haft zu sein, treu, schlichten Herzens, ehrlich, selbst-
los" (4).

Die propagierten Erziehungsziele werden für die Schüler
zu einer Überlebensfrage in einer Schulform, die nachge-
wiesenermaßen schlechter mit Lehrern versorgt ist und in
der die Jahrgangsklassen bis auf den Unterricht in Mathe-
matik und Deutsch abgeschaft sind. Mayer-Vorfelder
stützt sich auf die Ergebnisse des Bonner Forums "Mut zur
Erziehung" (1978): "Wir wenden uns gegen den Irrtum, opti-
male Erziehung sei maximal professionalisierte und insti-
tutionalisierte Erziehung" (5). An die Stelle des "verwis-
senschaftlichten" Unterrichts müsse die Erziehung zu
"kulturellen Selbstverständlichkeiten" treten, denn "nicht
die Welt heil zu machen, sondern den Menschen sogar in ei-
ner unheilen Welt nach Vermögen heil zu halten, ist das er-
ste Ziel der Erziehung" (F. Tenbruck). Der Schüler müsse
"Selbstbegrenzung und Mäßigung der Person" lernen, "das
heißt ihrer Ansprüche und Erwartungen auf Nahziele und
auf die primäre moralisch-politische Mitgestaltung über-
schaubarer Gebilde wie Familie, Gemeinde, Arbeitsstätte
usw." (Schwan) (6).

Der Schüler müsse von einem Gebilde in das nächste hin-
einwachsen durch Akzeptanz der anerkannten Werte (Dis-
ziplin, Fleiß, Ordnung, Liebe zu Volk und Heimat). Diese
Erziehung beabsichtige, der "nachfolgenden Generation

jene Werte 'einzupflanzen', die notwendig sind, um die von der Gesellschaft vorgeschriebenen Rollen erfolgreich übernehmen zu können" (7), z.B. auch die Rolle der Frau als Mutter, Hausfrau, Ehefrau, die der "publizistischen und intellektuellen Negativwertung" (Thomas Nipperdey) entzogen werden soll (8). Ein derartiges Konzept ist mit der Gesamtschule unvereinbar.

Quellenhinweis: (1) BTDrs. 9/2442; (2) Wochendienst 51/52/1986, S. 32; (3) Peter Petersen, Die neuuropäische Erziehungsbewegung, Weimar 1926, S. 51, 119; (4) P. Petersen, Der Kleine Jena-Plan, Weinheim 1965, S. 12; (5) Neun Thesen des Bonner Forums "Mut zur Erziehung", zit.n. Benner u.a., Entgegnungen zum Bonner Forum, München 1978; (6) aus: Protokolle des Bonner Forums, Stuttgart 1978, S. 59, 130; (7) G. Kleinschmidt, Verschiedene Ansätze der Werterziehung, in: Blätter für Lehrerfortbildung 1978, S. 320ff.; (8) Protokolle, siehe Fn. 6, S. 162 – (c. Bipop, ulb).

Südafrika / Azania

Dokumente der azanischen Arbeiterbewegung

Eine südafrikanische Zeitung berichtete am 8.10. über die Gründung des neuen Gewerkschaftsdachverbandes aus CUSA und AZACTU: "Das Banner des verbotenen Pan Africanist Congress (PAC) wurde gehißt, und Lieder zu Ehren des verstorbenen PAC-Führers Robert M. Sobukwe erschallten in der Alpha-Center-Halle, als ein neuer 350000 Mitglieder starker Dachverband in Broederstroom gegründet wurde. Der Verband ... ist das Ergebnis eines Zusammenschlusses zwischen den ausschließlich schwarzen CUSA (Council of Unions of South Africa) und AZACTU (Azanian Confederation of Trade Unions). Tanzende Jugendliche verwandelten dieses Ereignis mit ihren politischen Slogans und ihren Freiheitsliedern zur Freude der mehr als 1000 Delegierten zeitweise in ein PAC-Festival. Der Generalsekretär der CUSA, Piroshaw Camay, teilte mit, daß sowohl der PAC als auch der ANC Grußadressen geschickt hätten." (Business Day und Cape Times, 8.10.86)

Wir veröffentlichen Auszüge aus den programmatischen Reden des Kongresses, die Auskunft über das Selbstverständnis der azanischen Arbeiterbewegung und ihre Rolle im Befreiungskampf geben. Die Dokumente wurden vom Arbeitskreis Azania Hamburg aus der Gewerkschaftszeitung "Izwilethu" übersetzt und sind den Azania-Nachrichten (Extra) vom 23.12.86 entnommen. – (scc)

"Laßt uns auf die Stimme der Arbeiter hören"

In seiner programmatischen Ansprache legte Joe Thloloe (Gründungsmitglied u.a. der gegenwärtig gebannten Gewerkschaft der Schwarzen Journalisten – Red.) Nachdruck darauf, daß der neue Gewerkschaftsbund einerseits die Tagesinteressen der Arbeiter wahrnehmen muß, auf der anderen Seite aber auch eine bedeutende Rolle im Befreiungskampf hat.

Die Arbeiter sollten ihre tagtäglichen Kämpfe für bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen als untergeordnet betrachten. Ihr Hauptaugenmerk sollte auf das endgültige Ziel gerichtet sein: eine Gesellschaft, die frei ist von Unterdrückung und Ausbeutung. Dies sollte der Leitgedanke all derer sein, die in der Gewerkschaft organisiert sind. "Jede Aktivität sollte von der Überlegung bestimmt sein, inwieweit sie dazu beiträgt, dem endgültigen Ziel ein Stück näher zu kommen.

Eines unserer Ziele ist Demokratie. Jedesmal, wenn wir in unseren Gewerkschaften Entscheidungen treffen, sollten wir uns darüber im klaren sein, daß es die Stimme der Arbeiter ist, auf die wir zu hören haben – nicht die des Sekretärs oder des Exekutivkomitees. Die Führer sind lediglich die Diener, sie sind nicht die Bosse."

Er sagte, die Einheit der Arbeiter sei die entscheidende Waffe im Kampf der Unterdrückten und Ausgebeuteten auf dem langen, schmerzvollen und opferfordernden Weg zur Befreiung.

Die Einheit der Arbeiter wirft eine wichtige Frage auf: Warum wird ein zweiter Super-Dachverband ins Leben gerufen? Bedeutet das nicht Spaltung? Ist eine Einheit der Arbeiter wirklich möglich? Wonach streben die Gewerkschaften der Unterdrückten und Ausgebeuteten?

Auf der Suche nach Antworten auf diese Fragen wird seine Auffassung deutlich.

"Seit die Weißen erstmals Fuß auf unser Land setzen, hat es Widerstand gegen Unterdrückung gegeben. Widerstand von den eingeborenen Afrikanern und anderen Schwarzen, die von den Weißen gewaltsam hierher gebracht worden waren. Der Widerstand hatte von jeher zwei Strömungen. Die eine geht davon aus, daß es einige Weiße gibt, die den Befreiungskampf unterstützen. Diesen Weißen müsse die Möglichkeit gegeben werden, sich den Organisationen der Ausgebeuteten und Unterdrückten anzuschließen. Die andere Richtung war von Anfang an gegen die Mitgliedschaft Weißer in der Organisation der Unterdrückten. Deshalb war es nicht zu vermeiden, daß diese Auseinandersetzung bis in die Gewerkschaftsbewegung durchsickerte.

Die Gruppen mit weißen Mitgliedern vertreten die Auffassung, daß man bereits jetzt Nicht-Rassismus praktizieren müsse, wenn man in Zukunft eine nicht-rassische Gesellschaft schaffen möchte. Für die zweite Gruppe ist diese Vorwegnahme eines zukünftigen Südafrika künstlich, da alle gegenwärtigen Strukturen in unserer Gesellschaft dazu bestimmt sind, die Privilegien und die Macht der Weißen aufrechtzuerhalten.

Sie argumentieren, daß die Weißen, die in die Organisationen der Unterdrückten kommen, Nutznießer des Apartheidsystems sind. Sie haben eine bessere Ausbildung und sind besser qualifiziert. Von daher ist es offensichtlich, daß sie diejenigen sein würden, die unsere Organisation kontrollieren, wenn sie reinkommen. Wenn das erst mal passiert ist, werden wir die Apartheidstrukturen von außen in unsere Organisation übertragen haben."

Weiter erklärte er, daß Apartheid nicht nur vertikal, sondern auch horizontal verläuft. Es werden nicht nur Toiletten für Schwarze von denen der Weißen getrennt. Es ist vielmehr die horizontale Trennung, die dafür sorgt, daß die



Weißes immer oben an der Spitze sind und die schwarzen Massen unten. Es ist eine Linie, die diejenigen mit politischer und wirtschaftlicher Macht von jenen trennt, die keine Macht haben. Sie trennt die Herrscher von den Beherrschten, die Enteigneten von den Enteigneten.

Thlooe wies darauf hin, daß die erste Gewerkschaft für Schwarze 1917 von Weißen gegründet wurde. Die ICU von Khadellie entstand 1919 mit Hilfe eines weißen Sozialisten, AF Batty. Seither haben Weiße eine wichtige Rolle bei der Gründung und Führung schwarzer Gewerkschaften gespielt.

"Tatsächlich verdanken einige der heute hier vertretenen Gewerkschaften ihre Existenz Leuten wie Eric Tycke und anderen, die das Urban Training Project (Ausbildungsprojekt) initiierten. Doch diejenigen, die schwarze Kontrolle der Gewerkschaften wollen, machen deutlich, daß die Zeit der Bevormundung irgendwann einmal aufhören muß, daß Schwarze anfangen sollten, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen. In diesem Prozeß werden sie all die Fähigkeiten erwerben, die in einem befreiten Azania notwendig sein werden. In den Bereichen, wo wir Unterstützung brauchen, werden wir zu den Weißen gehen, die in diesen speziellen Bereichen qualifiziert sind. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt übernehmen wir die Organisationsstrukturen und Konzepte, die die Weißen eingeführt haben, aber wir überprüfen sie anhand unserer Erfahrungen."

Zur weiteren Rolle der Gewerkschaften führte er aus: "Wir sind bereits zu der Ansicht gelangt, daß das Konzept, das die Gewerkschaften außerhalb der politischen Arena ansiedelt, für uns wegen der Struktur unserer Gesellschaft unannehmbar ist. Die Vorstellung einer Sozialpartnerschaft ist für uns einfach deswegen indiskutabel, da es nie Aussöhnung geben wird zwischen den Arbeitern auf der einen Seite und der gegenwärtigen Regierung und den Kapitalisten auf der anderen Seite, die unsere Arbeitskraft ausbeuten. Wir sind dabei, unsere eigenen Wahrheiten zu entdecken, selbst wenn wir mit dem angefangen haben, was uns von unseren weißen Gönnern gegeben wurde."

Frantz Fanon spricht von der reinigenden Wirkung, die Gewalt auf den Revolutionär ausübt. Einige von uns glauben auch, daß eine Reinigung stattfinden wird, wenn die Unterdrückten ihre eigenen Organisationen schaffen und sie zu Instrumenten formen, um eine revolutionäre Veränderung in der Gesellschaft herbeizuführen und sich selbst auf diese neue Gesellschaft vorzubereiten.

Das Interessante an unserer Revolution ist, daß die zwei Richtungen jetzt anfangen, mehr oder weniger die gleiche Sprache zu sprechen. Die sog. nicht-rassistischen Organisationen sind dabei, eine Radikalität zu entwickeln, wie sie früher nur den ultra-radikalen, ausschließlich schwarzen Organisationen zugeschrieben wurde. Im Grunde genommen sind sich heute alle Organisationen der Befreiungsbewegung darin einig, daß es das Ziel ist, aus dieser verfluchten Gesellschaft eine nicht-rassistische zu machen.

Sie sind sich darin einig, daß es in der neuen Gesellschaft eine Umverteilung des Wohlstandes geben muß, da es sinnlos ist, darüber zu jubeln, daß Apartheid tot ist, solange es Leute gibt, die weiterhin ihre wirtschaftlichen Früchte genießen, während der Rest weiter im Elend lebt.

"Langsam wird der Abstand zwischen den beiden Strömungen immer geringer. Dies ist ein gutes Zeichen dafür, daß in nicht allzu ferner Zukunft eine wirklich grundsätzliche Einigkeit unter den Unterdrückten erreicht sein wird.

Alles, was wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt tun müssen, ist, zu akzeptieren, daß es im Lande eine Befreiungsbewegung gibt, aber daß es innerhalb dieser Bewegung unterschiedliche Strömungen gibt. Wenn wir das erst mal akzeptiert haben, haben wir keinen Grund mehr, unsere Kräfte darauf zu verschwenden, uns gegenseitig zu zerfleischen,



während wir den Feind schadlos davonkommen lassen. Wenn wir das akzeptiert haben, dann kommt die Zeit, wo wir mit einer Stimme sprechen werden . . ."

"Ein gewaltiger Dachverband"

(Rede von J.T. Mndaweni, Präsident von CUSA/AZACTU, Auszüge)

Grundsätze des Verbandes

- * Führung durch die schwarze Arbeiterklasse
- * Arbeiterkontrolle
- * Industriegewerkschaften
- * unabhängige Gewerkschaftsorganisationen
- * Nichtmitgliedschaft in politischen Organisationen
- * Akzeptierung weißer Mitglieder an der Basis
- * Fortsetzung der Arbeit in den Gemeinden
- * finanzielle Rechenschaftspflicht
- * unabhängige Aktionen der einzelnen Gewerkschaften innerhalb der Föderation.

Die Politik des Verbandes

Führungsanspruch der schwarzen Arbeiterklasse: 1922 streikten weiße Minenarbeiter in der Gegend von Johannesburg. Der Streik war ein Mißerfolg, und die Wut der streikenden Minenarbeiter richtete sich gegen ihre schwarzen Kollegen. Von diesem Zeitpunkt an richteten sich die weißen Arbeiter gegen ihre Klassenbrüder. Sie verrieten die Arbeiterklasse und schlugen sich auf die Seite der Ausbeuter der schwarzen Arbeiterklasse. Seither sind wir auf uns selbst angewiesen im Kampf der ausgebeuteten und unterdrückten Klasse. Wir kämpfen für eine unabhängige Gesellschaft, in der der Einzelne geachtet wird, und zwar mit vollen Rechten und Freiheiten . . .

Ausbildung: Unsere Gewerkschaft muß die Mitglieder während ihres gesamten Arbeiterlebens ausbilden. Die Ausbildung muß auf dem Vertrauen in die eigene Kraft und Selbstbestimmung basieren. Von diesem wichtigen Grundsatz müssen wir immer ausgehen. Wir müssen umgehend auf dieses Ziel hinarbeiten. Wir, die Arbeiter, müssen unseren Verband und die gesamte Gewerkschaftsbewegung stärken durch eine Ausbildung, die von den Arbeitern selbst geleitet, geplant und kontrolliert wird . . . Mit der richtigen Ausbildung werden wir die Arbeitereinheit fördern. Die Ausbildung ist auch ein Meilenstein in Richtung des Vertrauens in die eigene Kraft . . .

Sanktionen: Die Zeit ist jetzt gekommen, daß wir den ausländischen Investoren und ihren Regierungen klar und deutlich sagen, . . . daß wir bereit sind, die Opfer zu bringen, ganz egal, was Sanktionen gegen Südafrika uns kosten. Wir, die wir die Opfer zu bringen haben, sollten es sein, die darüber entscheiden, wie und in welchem Umfang wir bereit sind, das Leid auf uns zu nehmen. Diese Konferenz bekräftigt deshalb ihre Verpflichtung nicht nur dem umfassenderen Befreiungskampf gegenüber, sondern auch gegenüber diesem bestimmten Aspekt des Kampfes.

Westdeutsche Atompolitik

WAA Wackersdorf und "Schneller Brüter" für Atombomben "Made in Germany"

"Deutsches Plutonium aus der Wackersdorfer Anlage (WAA) ist zur Herstellung von Atomwaffen ungeeignet", so sprach der Vorsitzende der Enquetekommission Technikfolgen des Bundestages, Josef Bugl (CDU) (2). Forschungsminister Riesenhuber behauptete im Bundestag und wiederholte dies gegenüber der Bildzeitung, daß eine Verwendung von Brennelementen westdeutscher Atomkraftwerke für die Kernwaffenproduktion "physikalisch unmöglich" sei. CSU-Generalsekretär Stoiber bezichtigte schließlich Gegner, die dies behaupteten, der "Niedertracht" (2). In die Tagespresse gelangte diese Kontroverse, nachdem der SPD-Abgeordnete Roth kurz vor den Bayernwahlen darauf hinwies, daß sich die Bundesregierung mit dem Bau von Wackersdorf die "nukleare Option" offenhalten wolle.

Bugl und Riesenhuber lügen. Diese Lügen sollen besonders jene Teile der Opposition gegen die westdeutsche Energiepolitik mundtot machen, die schon seit langem auf die Möglichkeit hinweisen, daß die BRD Atomwaffen bauen kann (u.a. (3), (4), (5)). Mit Schicksalsargumenten wie "physikalisch unmöglich" will die Regierung jede Diskussion über dieses Thema abwürgen, indem sie umgekehrt die Kritiker als Lügner und Dummköpfe hinstellt.

In Wirklichkeit verhält sich die Sache genau umgekehrt: Ohne eine Wiederaufbereitungsanlage für Reaktorbrennelemente können diese nicht zum Bau von Kernwaffen verwendet

werden – und zwar aus physikalischen Gründen. In der WAA wird in einem komplizierten technischen Prozeß das in den Brennelementen entstandene Plutoniumisotopengemisch isoliert, das in jedem Fall zur Herstellung einer Kernwaffe verwendet werden kann. Die Waffe ist umso vernichtender, je größer der Anteil von Pu-239 am Gemisch ist. Als Rohstoffe für die Wiederaufbereitung eignen sich am besten nur wenige Tage benutzte Brennelemente des weitverbreiteten Leichtwasserreaktors (davon gibt es in der BRD 16) oder das im "Schnellen Brüter" gewonnene Plutonium, welches einen Pu-239-Anteil von über 95 % hat. Die Kombination aus Schnellbrütern und WAA sichert Rohstoff für Tausende von Kernwaffen.

Die Bombe, die 1945 die Einwohner der Stadt Nagasaki auslöschte, bestand aus Plutonium, das die amerikanische Regierung aus dem ersten Kernkraftwerk gewinnen ließ, welches eigens zu diesem Zweck gebaut wurde. Seit dieser Zeit werden Kernwaffen aus Plutonium hergestellt, das in Kernkraftwerken produziert und in Wiederaufbereitungsanlagen isoliert wird. Diese Nutzung der Kernenergie war eine Triebkraft für die industrielle Entwicklung der Kernreaktoren, lange bevor eine Nutzung zur Stromerzeugung im großem Maßstab betrieben wurde, und ist es heute noch.

Selbst mit dem aus stark abgebrannten Brennelementen zunächst gewonnenen Isotopengemisch (Pu-239-Anteil unter 95 %) kann eine Bombe gebaut werden. Eine solche Bombe wur-

de 1977 von den USA gebaut und "erfolgreich" gezündet. Allerdings soll sie "ungenau" wirken, was immer das heißen mag. Zur Gewinnung möglichst reinen Pu-239 betreiben die Atomwaffenmächte herkömmliche Kernkraftwerke "ineffektiv", d.h. Brennelemente werden nur Tage bis Wochen verwendet und dann aufbereitet. Eine solche militärisch optimale Nutzung ist auch bei den westdeutschen Kernkraftwerken möglich. Zusätzlich werden Verfahren zur Trennung von Isotopen eingesetzt, mit denen sowohl aus Natururan als auch aus Plutonium besonders wirksame Kernsprengstoffe hergestellt werden können. Diese Verfahren wurden seit 1945 ständig verbilligt und vereinfacht, wobei entscheidende Entwicklungen in der BRD – bezahlt u.a. aus dem Forschungsset – stattfanden. Am Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK) wird seit ca. 1960 das sog. Trenndüsenverfahren entwickelt und gemeinsam mit Großbritannien wurde das Ultrazentrifugenverfahren ausgearbeitet. Beide Verfahren sind heute im industriellen Einsatz. Auch das neueste Verfahren der Isotopentrennung durch Laserbestrahlung wird seit 1985 in der BRD erprobt, die an seiner Entwicklung mitwirkte.

Zur Beurteilung der angeblichen physikalischen Unmöglichkeit, mit WAAs Atomwaffen herzustellen, ist folgende Aussage des KfK von 1982 interessant:

"Wiederaufarbeitungsanlagen liefern als Endprodukt relativ große Mengen Plutoniumnitrat, das heißt,

Physikalische Grundlagen der Kernspaltung

Zur Erklärung von Vorgängen im atomaren Bereich, die der unmittelbaren Anschauung nicht zugänglich sind, verwendet man Modelle. Die Modelle haben sich mit der fortschreitenden Erkenntnis in der Physik verändert, neuere Modelle des Atomaufbaus können besser die Ergebnisse von physikalischen Experimenten erklären. Selbstverständlich behaupten Politiker und Wissenschaftler, daß normale Menschen die Zusammenhänge nicht begreifen könnten. An Informationen wird gespart, Lügen und Falschmeldungen sind normal. Wir wollen versuchen, einige Informationen zu geben, die zur Beurteilung der Kerntechnik nützlich sind. Wir verwenden dabei für diese kurze Erklärung uns geeignet erscheinende Modelle, die allerdings nicht den jüngsten Erkenntnisstand widerspiegeln. Genauere Informatio-

nen sind z.B. in (1) enthalten.

Das klassische Modell des Atoms besagt, daß ein Atom aus einem Kern und Elektronen besteht. Im Kern befinden sich auf engstem Raum konzentriert Protonen und Neutronen. Die das Atom bildenden Teilchen sind positiv geladen (Protonen), negativ geladen (Elektronen) oder ungeladen (Neutronen). Die Massen der im Kern konzentrierten Protonen und Neutronen sind etwa gleich, während die Masse eines Elektrons nur etwa 1/2000 der Protonenmasse beträgt. Die Elektronen befinden sich in relativ zum Kernradius sehr großen Abstand vom Kern (ca. das 10000fache des Kernradius). Zwischen geladenen Teilchen besteht eine elektromagnetische Wechselwirkung (Coulombkraft). Gleiche Ladungen stoßen sich ab, ungleiche ziehen sich an. Ein chemisches Element ist aus Atomen zusammengesetzt, die jeweils gleiche Anzahl Protonen wie Elektronen be-

sitzen. Diese Zahl heißt Ordnungszahl.

Da der Atomkern positiv geladen ist, werden die negativ geladenen Elektronen von diesem angezogen. Sie haben jedoch eine eigene Bewegungsenergie deren Wirkung zentrifugal vom Kern weg gerichtet ist. Die beiden Energiebeträge sind im Gleichgewicht, so daß sich die Elektronen je nach Energie jeweils in bestimmten Abständen zum Kern aufhalten. Dies wird durch das Schalenmodell veranschaulicht, das mehrere um den Kern konzentrisch angeordnete Bahnen annimmt, die jeweils mit zwei oder mehr Elektronen besetzt sein können. Die jeweils vorhandenen Elektronen nehmen die theoretisch möglichen Bahnen um den Kern von innen nach außen ein. Dies führt dazu, daß die äußere Schale eines Elementes in der Regel nicht vollständig aufgefüllt ist.

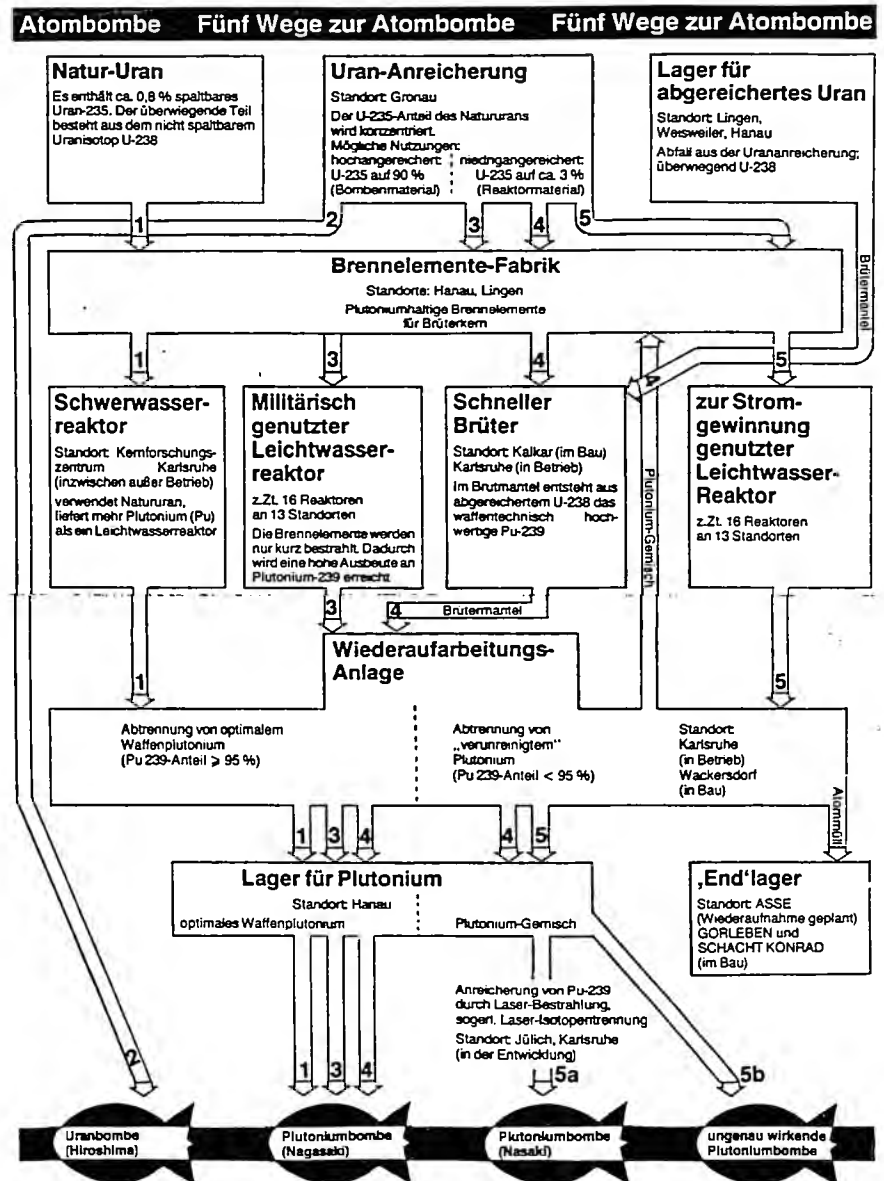
Chemische Verbindungen sind Zusammensetzungen verschiedener

sie enthalten Material, dem man strategischen Wert beimißt ... Plutonium ist im Fall der Wiederaufarbeitung für einen Staat, der Kernmaterial abzuweigen will, das attraktivste Material. ((7) S.20)

Als Kernsprengstoff eignen sich prinzipiell alle Kernbrennstoffe, die auch im Reaktor eingesetzt werden, ... Nach der Bestrahlung muß das Pu-Gemisch zunächst in einer Wiederaufarbeitungsanlage chemisch von den stark strahlenden Spaltprodukten und dem restlichen Uran abgetrennt werden. Dafür existiert ein erprobtes Verfahren, das sogenannte Purex-Verfahren, für das im militärischen Bereich bereits eine 25jährige Erfahrung vorliegt. Auch die in Betrieb, Bau oder Planung befindlichen zivilen Wiederaufarbeitungsanlagen verwenden dieses Verfahren zur Abtrennung des Plutoniums aus den abgebrannten Brennelementen. ((7) S.25)"

Neben den Milliardeninvestitionen in Wiederaufbereitung und Isotopentrennung ist darauf hinzuweisen, daß bei den Hanauer Firmen NUKEM und ALKEM mindestens mehrere 100 kg waffenfähiges Plutonium und Uran lagern. Anfragen der GRÜNEN im Bundestag über genaue Zahlen wurden mit Hinweis auf die angeordnete Geheimhaltung zurückgewiesen (4, S. 39f.). NUKEM und ALKEM gehören dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk und Siemens. Die Firmen haben eine Genehmigung zum Ausbau ihrer Spaltstofflager auf 13 Tonnen beantragt. Dies ist Rohstoff für an die tausend Kernwaffen! Verglichen mit den Kosten, dem Zeitaufwand und den technischen Problemen bei der Produktion von Bombenrohstoff ist der Aufwand für den eigentlichen Zusammenbau einer Kernwaffe minimal.

Wir halten fest: Die BRD verfügt über Rohstoffe, technische Kenntnis-



Das Schaubild zeigt die verschiedenen Möglichkeiten der Kernwaffenproduktion in der BRD (aus (4)).

Elemente, bei denen jeweils die Summe der auf den äußersten Schalen von zwei Elementen vorhandenen Elektronen gerade die volle Besetzungszahl dieser Schalen ergibt. Elemente mit voll aufgefüllter äußerer Schale gehen keine chemischen Verbindungen ein (sogenannte Edelgase). Chemische Reaktionen spielen sich also nur in der äußersten Schale der jeweiligen Elemente ab. Der Atomkern ist nicht an der Reaktion beteiligt. Die chemischen Eigenschaften eines Elementes ergeben sich somit aus den Besetzungsverhältnissen der Elektronenschale. Daher kann man die Elemente im "Periodischen System der Elemente" gemäß ihren chemischen Eigenschaften ordnen.

Der Atomkern müßte durch die Wirkung der Coulomb-Kräfte eigentlich auseinanderfliegen, da sich die positiv geladenen Protonen abstoßen. Gegen diese Kraft wirken jedoch die sog. Kernkräfte. Diese sind ca. hundert-

mal stärker als die Coulomb-Kräfte, ihre Wirkung nimmt jedoch mit der Entfernung sehr rasch ab. Ihre maximale Reichweite liegt in der Größenordnung der Atomkernradien. Dagegen wirken die Coulomb-Kräfte auf wesentlich größere Distanz (Abfall im Quadrat der Entfernung). Der Atomkern ist stabil, weil die bindenden Kernkräfte stärker sind, als die abstoßende Wirkung der Protonen. Um diese bindende Wirkung zu erreichen, werden – außer beim Wasserstoff, der normalerweise ein einzelnes Proton im Kern hat – etwa so viele Neutronen wie Protonen im Kern benötigt. Mit zunehmender Ordnungszahl überwiegen die Neutronen. Die Massenzahl eines Atomes ist die Summe aus Protonen- und Neutronenzahl.

Von allen chemischen Elementen gibt es verschiedene Isotope. Bei diesen ist jeweils die Protonenzahl gleich, die Neutronenzahl schwankt jedoch. Von den 104 bisher bekannten

chemischen Elementen gibt es zusammen über 1000 Isotope. Die meisten dieser Isotope sind auf Dauer instabil, d.h. die Kerne verändern sich durch Abgabe von Elementarteilchen, wobei Energie frei wird. Diesen Vorgang nennt man radioaktiven Zerfall.

Der Zerfall ergibt sich aus einer gewissen Instabilität des Kernes, die entweder aus einem großen Kernradius resultiert (bei schweren Elementen), oder aus einem "Mißverhältnis" zwischen Protonen- und Neutronenzahl. Für instabile Kerne kennt man die Wahrscheinlichkeit dafür, daß innerhalb einer gewissen Zeitspanne eine bestimmte Anzahl dieser Kerne zerfällt. Es kann daher eine Aussage darüber getroffen werden, wieviel Prozent der ursprünglichen Menge instabiler Atome nach einer bestimmten Zeit zerfallen sind. Die Zeitspanne, in der jeweils die Hälfte der ursprünglich vorhandenen Atome zerfallen sind, nennt man Halbwerts-

se und Anlagen zum Bau von Kernwaffen. Die Bundeswehr ist mit nuklear bestückbaren Trägerwaffen ausgerüstet (vgl. u.a. 4). Bei der Entwicklung nötiger technischer Verfahren ist die BRD keineswegs eine von anderen abhängige zweitrangige Macht, sondern hat seit der Entdeckung der Kernspaltung durch deutsche Wissenschaftler

im Jahre 1938 entscheidende Beiträge zur Nuklearaffenentwicklung "geleistet". Einziges Hemmnis für eine eigene Atombewaffnung sind die noch bestehenden vertraglichen Bindungen der BRD (Atomwaffensperrvertrag und WEU-Vereinbarungen), an deren Beseitigung jedoch emsig gearbeitet wird.

Eigene Atomwaffen waren und sind ein Ziel der (west)deutschen Bourgeoisie

Klaus Traube, ein prominenter Kritiker des westdeutschen Atomenergieprogramms schreibt: "Der Antrieb zur Entwicklung der Plutoniumtechnologie ist in der Bundesrepublik nicht militärischer Natur." (6, S.24). Auch der Historiker Radkau kommt in einer sehr gründlichen Untersuchung des Atomprogramms seit 1945 zu dem Schluß: "Eine zielstrebige Steuerung der deutschen Atomentwicklung im militärischen Interesse ist nicht zu erkennen und auch wenig wahrschein-

lich" (8). Roth von der SPD greift im Bundestag den "Einstieg in die Plutoniumwirtschaft" als "Offenhalten der nuklearen Option" an, ohne jedoch zu sagen, daß auch ohne Wackersdorf Atomwaffen hergestellt werden können (9). Gemeinsam ist solchen Kritikern, daß sie das zielstrebige Interesse eines großen Teils der BRD-Bourgeoisie an der Atombewaffnung verschweigen, unterschätzen oder nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

Die Geschichte der Entwicklung ei-

nes militärisch-industriellen Komplexes zur Atombewaffnung der BRD seit 1945, die auch personell an die Unternehmungen der Nazis anschloß, ist in verschiedenen Veröffentlichungen dargelegt (z.B. (4) und (10)). Hier können nur einige Hinweise gegeben werden:

1954 verzichtet die BRD im Rahmen der "Pariser Verträge" auf Atomwaffenproduktion innerhalb der BRD. Dieser nur gegenüber der Westeuropäischen Union (WEU) ausgesprochene Verzicht berührt nicht den Besitz oder die Verwendung von Atomwaffen sowie die Herstellung von Atomwaffen auf dem Staatsgebiet anderer Länder. Dieser "Verzicht" war die Voraussetzung dafür, daß in der BRD eine Atomindustrie aufgebaut werden konnte, seit 1955 unter Leitung des Atomministers Strauß.

1961 heißt es in einer Denkschrift der Generalität: "Ohne den Besitz der Atomwaffe ist nicht daran zu denken, daß Deutschland in seinen geschichtlichen und nationalen Grenzen wiederhergestellt werden kann." (zitiert nach (10), S.119). Seit Anfang der 50er Jahre findet eine enge militärische Zusammenarbeit zwischen USA und BRD auf dem Gebiet der nuklearen Bewaffnung statt. Die Generale drängten auf atomare Bewaffnung der Bundeswehr. 1963 wurden die ersten nuklear bestückten Raketen in der BRD aufgestellt.

Franz-Josef Strauß 1966 in seinem Buch "Entwurf für Europa": "Nach meiner Überzeugung gibt es ... auf die Dauer nur eine Lösung, die der Bundesrepublik die wirkliche Gleichberechtigung mit vergleichbaren Partnern bringt, nämlich ein europäisches Atomwaffenpotential." (nach (10), S. 101).

1967 hatte sich der Bundestag mit dem Entwurf des Atomwaffensperr-



Aktion gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf (aus "Radi Aktiv – bayerisches Antiatommagazin").

zeit. Diese Halbwertszeit liegt je nach Isotop zwischen Bruchteilen von Sekunden und Millionen von Jahren. Die beim Zerfall freigesetzte Energie nennt man radioaktive Strahlung. Dabei werden aus dem Atomkern vor allem Heliumionen (Kern aus zwei Protonen und zwei Neutronen) als Alphastrahlung, Elektronen oder Positronen (pos. geladenes Elektron) als Beta-Strahlung oder elektromagnetische Wellen als Gammastrahlung herausgeschleudert. Der verbleibende Kern ändert seine Ordnungszahl, ist nun also ein Isotop eines anderen Elementes geworden.

Von den Elementen mit einer Ordnungszahl über 92 (Uran) – die sogenannten Transurane – gibt es praktisch keine natürlichen Vorkommen mehr, weil alle Isotope dieser Elemente instabil sind und sie seit Entstehung der Erde bereits zerfallen sind. In der Natur kommen aber andere radioaktive Isotope mit langer Halbwertszeit

vor (z.B. von Kohlenstoff und Kalium).

Die von den seit Entstehung der Erde noch vorhandenen radioaktiven Isotopen ausgehende Strahlung wird als "natürliche" Radioaktivität bezeichnet.

Mit der Entwicklung der Kerntechnik ergab sich die Möglichkeit, Kernreaktionen stattfinden zu lassen. Durch diese im Großversuch bei Kernwaffenexplosionen und in Kernkraftwerken erzeugten Reaktionen sind in den letzten ca. 40 Jahren eine Fülle von meist radioaktiven Isotopen entstanden, die vorher in der Natur nicht vorkamen.

Kernreaktionen können z.B. durch freie – also nicht in einem Atomkern gebundene – Neutronen ausgelöst werden. Da die Neutronen ungeladen sind, können sie sich dem Atomkern nähern, ohne durch die positive Ladung der Protonen abgestoßen zu werden. Wenn ein Neutron sich einem Kern soweit nähert, daß die Kern-

kräfte auf dieses Neutron wirken, dann wird das Neutron entweder vom Kern "eingefangen" oder es wird durch die Wechselwirkung mit den Kernkräften unter Energieverlust abgelenkt (Streuung bzw. Moderierung).

Der nach dem Neutroneneinfang entstandene um ein Neutron reichere Kern verhält sich je nach den energetischen Verhältnissen im Kern verschieden. Es kann sich ein neues Isotop desselben Elementes bilden (stabil oder radioaktiv). Es kann aber auch – hauptsächlich bei großen Kernen – eine Kernspaltung eintreten. Dabei führt der durch den Neutroneneinfang hinzugekommene Energiebetrag dazu, daß der ohnehin bereits instabile Kern "zerplatzt". Er zerfällt dabei in zwei etwa gleich schwere Spaltprodukte. Wie oben erwähnt, brauchen Elemente umso weniger Neutronen im Verhältnis zu Protonen für die Kernstabilität, je niedriger ihre Ordnungs-

vertrages zu befassen. Dieser Vertrag hat das Ziel, eine Vermehrung der Kernwaffenmächte zu verhindern, erlaubt und fördert aber ausdrücklich die "friedliche Nutzung" der Atomenergie. Führende Politiker von CDU, CSU und SPD traten gegen die Unterzeichnung des Vertrages auf. Die BRD unterschrieb den Vertrag schließlich, aber greift ihn seither offen an und verletzt ihn faktisch. So hat die BRD von Anfang an eine nukleare Zusammenarbeit mit dem Rassistenregime in Südafrika betrieben. Im Austausch gegen die Lieferung von Uran wurden 1968 die Pläne für den Bau einer Anreicherungsanlage nach deutschem Muster geliefert. Die wichtigsten Teile zum Bau dieser Anlage lieferten deutsche Firmen, u.a. Siemens und MBB. Am 22.9.1979 zündete Südafrika seine erste Atombombe. Dies war nur mit deutscher Hilfe möglich (vgl. 4). Der Atomwaffensperrvertrag läuft 1995 aus, zum selben Zeitpunkt soll Wackersdorf fertiggestellt sein.

In der BRD sind nicht nur amerikanische Atomwaffen stationiert, sondern die Bundeswehr ist seit langem mit eigenen – in der BRD produzierten – Trägerwaffen für Nuklearsprengköpfe ausgerüstet. Dazu im Weißbuch der SPD/FDP-Regierung 1970: "Jedoch muß die Bundeswehr mit Trägermitteln für nukleare Waffen ausgerüstet sein, solange der potentielle Gegner und die Streitkräfte der Verbündeten darüber verfügen. Andernfalls könnte die Bundeswehr nicht in der gleichen Weise kämpfen wie der Gegner und die eigenen Bundesgenossen. Deshalb sind Luftwaffe und Heer mit Trägermitteln für Atomwaffen ausgestattet."

Seit Amtsantritt der konservativ-liberalen Regierung 1982 wächst der Druck in Richtung nukleare Bewaffnung. Dr. Roland Koller, Major der



Am Bauzaun der WAA Wackersdorf wird auch auf der anderen Seite gearbeitet (aus "Radi Aktiv").

Reserve, Leiter der Einsatzabteilung beim Polizeipräsidium München, ein enger Freund von Strauß:

"Für die Bundesrepublik Deutschland stellt sich die Lage sehr viel schlechter dar. Sie hat in den westeuropäischen Verträgen 1954 auf Herstellung und Besitz atomarer Waffen verzichtet. Sie hat diesen Verzicht mit erweiterter Wirkung im Atomwaffensperrvertrag erneuert. Sie verfügt daher über keine atomaren Waffen und ist an der Entscheidung über deren Einsatz letztendlich auch nicht beteiligt. Dies bewirkt, daß die Risikoverteilung im westlichen Bündnis sehr ungleich verteilt ist..."

Eine bisher nicht ins Auge gefaßte Möglichkeit, die Bundesrepublik Deutschland aus ihrer mißlichen sicherheitspolitischen Lage wenigstens zum Teil zu befreien – die Nachteile

der Geographie sind unverrückbar und bleiben – wäre, ihr einen eigenen Finger am atomaren Abzug zu geben. Wohl gemerkt einen eigenen Finger!" ("Europäische Wehrkunde" 1/84)

Einige Monate später stößt der CDU-Abgeordnete Todenhöfer in der Forderung nach eigener atomarer Bewaffnung nach:

"Es gibt keine echte Garantie, daß bei einer französischen nuklearen Einsatzvorbereitung die deutschen Interessen ausreichend berücksichtigt werden. Unser Land verfügt daher nur über eine drittklassige Sicherheit."

... Für meine Generation, für die die Freundschaft zu Frankreich und zu Großbritannien selbstverständlich ist, ist das nicht hinnehmbar ... Die Zeit ist reif, um hier eine neue Entwicklung in Gang zu setzen." ("Die WELT", 17.4.84)

zahl ist. Da sich zwei Elemente niedrigerer Ordnungszahl bei der Spaltung bilden, werden einige Neutronen "frei", die zur Bildung der Spaltprodukte nicht beitragen.

Die Summe der Bindungsenergien für die gebildeten mittelschweren Elemente ist größer als die Bindungsenergie des Ausgangskerns. Diese Energiedifferenz wird bei der Spaltung freigesetzt. Sie äußert sich vor allem als kinetische Energie der Spaltprodukte. Dies ist nichts anderes als eine Zunahme der Wärmeenergie. Die bei der Spaltung eines Atomes so entstehende Energie ist millionenfach größer als die bei chemischen Reaktionen (z.B. Verbrennung) pro Atom freiwerdende Energie.

Die Wahrscheinlichkeit dafür, daß ein Neutron von einem bestimmten Atom eingefangen oder gestreut wird, ist je nach Isotop eine komplizierte Funktion der Energie (= Geschwindigkeit) des beteiligten Neutrons. Durch

Neutronenbeschuß lassen sich viele Arten von Kernen spalten. Fürs Kriegsgeschäft interessant wird der Vorgang dann, wenn die bei der Spaltung entstehenden Neutronen genügend Energie besitzen, um ihrerseits wiederum neue Atomkerne zu spalten. Wenn dies der Fall ist, genügt im Prinzip die Spaltung eines Kernes, um eine Kettenreaktion in Gang zu setzen. Dabei werden ständig mehr Atome gespalten, weil die bei der Spaltung entstehenden Neutronen jeweils mehr als ein anderes Atom spalten. Stoffe, die eine solche Eigenschaft besitzen, nennt man spaltbares Material.

Selbst wenn man spaltbares Material in reiner Form gewonnen hat, findet nur unter bestimmten Bedingungen eine Kettenreaktion statt. Die bei der Spaltung eines Atomes entstehenden Neutronen sind sehr schnell (ca. 20000 km/sec.). Da die Neutronen nur eingefangen werden können, wenn sie

sich einem Atomkern stark annähern und andererseits die Atomkerne selbst beim dichtesten Material sehr weit auseinanderliegen, gibt es immer einen Anteil an Neutronen, die den Spaltstoff verlassen, ohne eingefangen zu werden. Für jeden Spaltstoff gibt es eine sogenannte kritische Masse, die zusätzlich besonders räumlich angeordnet sein muß, ab der eine Kettenreaktion einsetzt.

Es gibt nur eine in der Natur vorkommende Kernsorte mit der Fähigkeit zur nuklearen Kettenreaktion, das Uranisotop der Massenzahl 235 (abgekürzt U-235). Dieses Isotop liegt allerdings nur in einem Gemisch mit U-238 vor, wobei das letztere einen Anteil von 99,3 % ausmacht. Das Gemisch dieser Isotopen ist nicht ohne weiteres für eine Kettenreaktion geeignet. Wenn ein U-235-Atom gespalten wird, entstehen durchschnittlich 2,5 freie Neutronen. Im Gemisch mit U-238 wird der größte Teil dieser

Forderungen gegen westdeutsche Atombewaffnung

Von Teilen der Anti-KKW- und Friedensbewegung werden derzeit Forderungen erhoben, die den imperialistischen Plänen der BRD entgegenwirken. Wir dokumentieren im folgenden eine Auswahl aus verschiedenen Publikationen (vgl. vor allem (4)):

* Sofortige Einstellung jeglicher Plutoniumabtrennung und die Einstellung allen Umgangs mit hochangereichertem Uran. Ächtung und Verbot der Laser-Isotopentrennung für Plutonium und Verweigerung aller öffentlichen Mittel für diese Technik. Auflösung der geheimen staatlichen Lagerung von mehreren Tonnen waffenfähigen Plutoniums bei der Fa. ALKEM.

* Verbot und Ächtung der Wiederaufarbeitung. Die Wiederaufarbeitung ist unabdingbar zur Herstellung von Plutonium aus Brennstoffen aller Art. Keine öffentlichen Mittel für die Fortentwicklung der Wiederaufarbeitungstechnologie. Sofortige Einstellung aller Bauarbeiten in Wackersdorf.

* Unverzügliche Beendigung der

Uranimporte und Einstellung jeglicher weiterer Kooperation mit Südafrika und Namibia. Beendigung aller Atomexporte und Aufkündigung bereits abgeschlossener Atomexportverträge.

* Keine Inbetriebnahme des Schnellen Brütters in Kalkar, der für die Produktion von hochreinem waffentechnischem Plutonium bestens geeignet ist. Keine öffentlichen Mittel für die Fortentwicklung der Brütertechnologie. Stilllegung des Hochtemperaturreaktors in Hamm/Uentrop, der waffenfähiges Uran-233 produziert.

* Einstellung jeglicher nuklearer Zusammenarbeit mit Frankreich. Ausstieg der Bundesrepublik aus dem Projekt Superphenix (deutsch-französisches Projekt zum Bau eines großen Brutreaktors).

* Konsequente Denuklearisierung der Bundeswehr und Abschaffung nuklearer Trägersysteme. Gesetzliches Verbot der Herstellung von Trägersystemen strategischer Reichweite. Ablehnung der "Eureka-Pläne" und ihrer Finanzierung.

waffen, die allerdings die Westmächte nicht davon abhalten konnte, die Entwicklung neuer und stärkerer Kernwaffen voranzutreiben und zu vollziehen (so die Entwicklung der Wasserstoffbombe, bei der Energie aus einer Kernfusion gewonnen wird. Auf diese Bombe, deren Sprengkraft hundertmal größer ist, als die der Hiroshima-Bombe, gehen wir nicht näher ein. Notwendiger Bestandteil dieser Bombe ist aber ebenfalls spaltbares Material).

Kurt-Georg Kiesinger (CDU-Bundeskanzler) hat 1967 in einer Attacke gegen den Atomwaffensperrvertrag das Verhältnis zwischen "friedlicher Nutzung" und Atombewaffnung ins rechte Licht gerückt:

"Es gibt in diesem Zusammenhang wirtschaftliche Interessen. Auch Ihnen ist sicher bekannt, daß die Entwicklung von Nuklearwaffen eine Menge Nebenprodukte für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes hervorbringt." (nach (10), S.129)

Imperialistische Staaten führen Kriege zum Gedeih ihrer Wirtschaft. Auch die "friedliche" Ausbreitung dieser Wirtschaft geht über Leichen. Es sind dieselben Interessen, die zur Verwendung von Atomkraftwerken sowohl für eine von Ölimporten unabhängige Stromproduktion als auch für die Produktion von Kernwaffen führen.

Eines der wichtigsten strategischen Ziele des deutschen Kapitals in Vorbereitung des 2. Weltkrieges war der Aufbau einer autarken Versorgung mit Benzin und anderen kriegswichtigen Raffinerieprodukten. Dazu wurde die Kohleverflüssigung von der IG-Farben industriell realisiert.

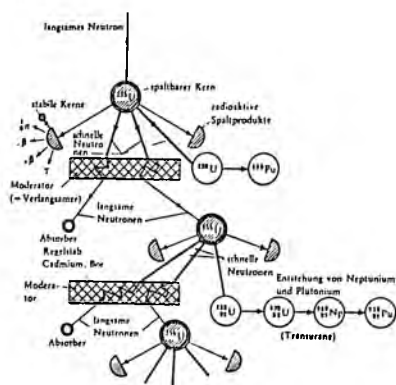
In der heutigen Diskussion um die Sicherheit von Kernkraftwerken wird der Thorium-Hochtemperaturreaktor (THTR) als besonders sicher ausge-

Wie friedlich ist

die "friedliche Nutzung" der Atomenergie ?

Angesichts der Entwicklungsgeschichte der Kernenergie von "friedlicher Nutzung" zu sprechen, ist schon ein Hohn. Bei keiner anderen Technologie ist so klar ersichtlich, daß die "zivile Nutzung" von vornherein immer nur ein Folgeprodukt des Einsatzes zur Massenvernichtung war. Die Anstrengungen der imperialistischen

Mächte zur Entwicklung der Atom-bombe im 2. Weltkrieg, ausgelöst durch die deutschen Versuche, eine Bombe zu bauen, zwangen z.B. die Sowjetunion zur Entwicklung eigener Atomwaffen. Nach der Vernichtung vom Hiroshima und Nagasaki entwickelte sich eine weltweite Opposition gegen Bau und Einsatz von Kern-



Schema der Kernspaltung im Kernkraftwerk

Neutronen durch das Uran-238 eingefangen, das dadurch über einige Zwischenreaktionen zu Plutonium-239 umgewandelt wird. Deshalb stehen nicht mehr genügend Neutronen zur Aufrechterhaltung einer Kettenreak-

tion zur Verfügung. Eine Kettenreaktion kann aber doch erreicht werden, wenn durch geeignete technische Konstruktionen die bei der Spaltung entstehenden schnellen Neutronen durch einen Moderator abgebremst werden. Mit abnehmender Neutronengeschwindigkeit sinkt nämlich einerseits die Wahrscheinlichkeit dafür, daß ein U-238-Atom das Neutron einfängt und andererseits wächst die Wahrscheinlichkeit dafür, daß das Neutron ein weiteres U-235-Atom spaltet. Das Problem beim Bau von Kernreaktoren besteht darin, durch geeignete technische Anlagen und Materialien einen Reaktionsablauf zu erreichen, bei dem pro Spaltung im Mittel genau ein Neutron einen weiteren Kern spaltet. Es entsteht eine Art nuklearer Schmelbrand. Es gibt verschiedene Reaktortypen, die sich in Spaltstoff, Moderator, Kühlmittel, Betriebstemperatur etc. unterscheiden. Kernkraftwerke können mit

Spaltstoffen betrieben werden, die zum Bau einer Kernwaffe in dieser Form unbrauchbar sind.

Für den Bau einer Kernwaffe benötigt man dagegen auf jeden Fall Spaltstoff von hohem Reinheitsgrad (nahe 100 %). Da es keine natürlichen Vorkommen solcher Stoffe gibt, müssen sie hergestellt werden. Dafür gibt es im wesentlichen zwei Möglichkeiten:

Die erste besteht in der Trennung der beiden Uranisotope 235 und 238 des Natururans. Diese Trennung ist technisch schwierig, weil beide Isotope chemisch gleich reagieren, also durch chemische Verfahren nicht getrennt werden können. Es wurden daher verschiedene physikalische Verfahren entwickelt, die das unterschiedliche Atomgewicht der beiden Isotope ausnutzen. Die Anlagen zur Isotopentrennung nennt man Anreicherungsanlagen, weil im Gemisch der Uranisotope der Anteil an U-235 "angereichert" wird. Dabei entsteht

ben. Eine Kapitalfraktion will diese Reaktorlinie statt einer weiteren Brüterentwicklung forcieren unter Hinweis auf seine angebliche Betriebssicherheit. Um das Märchen von der Betriebssicherheit dieses Reaktors – wie auch anderer Typen – widerlegen zu können, fehlt hier der Platz. Wir halten die Abschaltung des Reaktors und die Einstellung seiner Weiterentwicklung aber auch aus anderen Gründen für erforderlich:

Der Reaktor verwendet als Brennstoff zu 94 % angereichertes U-235, das unmittelbar zur Produktion von Kernwaffen benutzt werden kann. Es ist der einzige Reaktortyp in der BRD bei dem man unter Hinweis auf "friedliche Nutzung" waffenfähiges Uran beschaffen kann. Die Brennstoffladung für den THTR enthält U-235 zur Produktion von etwa 10 Kernwaffen.

Außerdem wird im Reaktor durch Neutroneneinfang der Kernsprengstoff U-233 produziert. Ein anderer "Vorteil" dieses Reaktors ist, daß er im Unterschied zu allen anderen in der BRD laufenden Kernkraftwerken eine so hohe Betriebstemperatur hat (bis zu 1000 Grad), daß die entstehende Prozeßwärme direkt für die Verflüssigung von Kohle verwendet werden kann. Dies war auch ein erklärter Grund dafür, warum der Reaktor am Rand des dichtbesiedelten Ruhrgebiet stationiert wurde.

Kurt Rudzinski, Wissenschaftsredakteur der FAZ, der sich seit 1972 vehement für den Bau des HTR in der FAZ einsetzt schreibt:

"Diese Risikolosigkeit ist einer der Gründe, derentwegen man den HTR in den Vereinigten Staaten als "walk-away-reactor" bezeichnet und allein ihm für die Zukunft noch Aussichten gibt: Im Gefahrenfall, etwa im Krieg, kann die Bedienungsmannschaft weglaufen und das Kernkraftwerk sich



Das Ergebnis der Außenarbeiten am Bauzaun ist auf diesem Bild zu sehen (aus "Radi Aktiv").

selbst überlassen. Davon kann weder beim Leichtwasserreaktor noch beim Schnellen Brüter die Rede sein." (11)

Diese Bemerkung ist dem mit der Reaktorentwicklung vertrauten Mann sicher nicht nur so rausgerutscht. Sie zeigt, daß dem Betrieb dieses Reaktors gerade für den Kriegsfall eine große Bedeutung beigemessen wird.

Quellen: (1) DTV-Atlas zur Atomphysik, 2. Auflage 1980. (2) "SPIEGEL", Nr. 46/86, S. 82 ff. (3) "Der Griff zur Bombe", c/o Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Postfach 7865, 2000 Hamburg 19 (4) "Atomwaffen made in germany?", Kölner Volksblatt Verlag 1986. (5) M. Küntzel, "Atom-

waffensperrvertrag und nukleare Optionen der Bundesrepublik" in "Blätter für deutsche und internationale Politik", 8/85. (6) K. Traube, "Plutoniumwirtschaft?", rororo Aktuell 5444 (7) Kernforschungszentrum Karlsruhe 1982 (2. Auflage) "Wie sicher ist die Entsorgung" (8) J. Radkau, "Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft", rororo-Sachbuch 7756 (9) Stenogr. Berichte des Bundestages, 10. Wahlperiode, S. 18147 ff. (10) "Graubuch", Staatsverlag der DDR, April 1967. (11) "Bild der Wissenschaft", 9/86, S. 85 ff. – (dif, hem, tob)

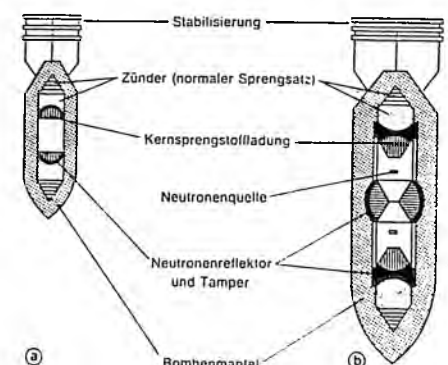
als "Abfall" eine große Menge reines U-238. Ergebnis der ersten industriellen Anreicherungsanlage war die Atombombe, mit der die amerikanische Regierung 1945 Hiroshima auslöschte.

Die zweite Möglichkeit besteht in der Produktion von Spaltstoffen in Kernkraftwerken. Hier kommt vor allem das Plutonium 239 (Pu-239) in Frage, welches in jedem mit Uran betriebenen Kernkraftwerk durch Neutroneneinfang entsteht. Nachdem die Brennelemente aus dem Reaktor entfernt sind, wird das entstandene Plutonium von den restlichen Bestandteilen getrennt. Diese Trennung erfolgt zunächst auf chemischem Weg. Das gewonnene Plutonium ist je nach Reaktortyp und Einsatzdauer des Brennelementes mehr oder weniger reines Pu-239. Teilweise ist auch eine Kombination von chemischer Trennung und Isotopentrennung gebräuchlich, bei der zunächst alle Plutonium-

isotope chemisch gewonnen werden und danach durch physikalische Verfahren das Pu-239 isoliert wird. Die Anlagen zur Durchführung dieses Prozesses heißen Wiederaufbereitungsanlagen.

Eine weitere Möglichkeit zur Erzeugung von Spaltstoff ist die Verwendung des Elementes Thorium (Massenzahl 232, Ordnungszahl 90). Es kommt in der Natur viermal häufiger als Uran vor. Das Thorium wird in ein Reaktorbrandelement zusammen mit dem spaltbaren Material eingelagert. Durch Neutroneneinfang entsteht aus dem Thorium über einige Zwischenstufen das spaltbare Uranisotop U-233, welches in der Natur nicht vorkommt. Für die Rückgewinnung des entstandenen Urans benötigt man ebenfalls eine Wiederaufbereitungsanlage. In der BRD wird seit 1985 im Hamm in großem Maßstab Uran-233 hergestellt.

Nach Gewinnung eines möglichst reinen Spaltstoffes (U-235, Pu-239 oder U-233) kann mit wenig technischem Aufwand eine Kernwaffe gebaut werden. Die "kritische Masse" liegt beim U-235 bei ca. 50 kg, beim Pu-239 bei ca. 10 kg und beim U-233 bei ca. 20 kg.



Modelle für Atombomben mit zwei bzw. drei unterkritischen Massen



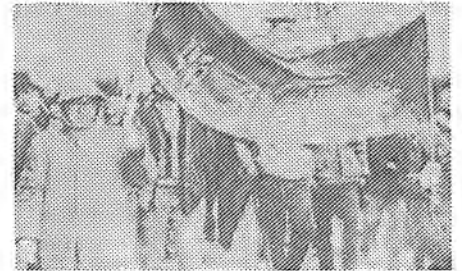
Krankgeschunden

Die Berufsgenossenschaften melden steigende Wegeunfälle und einen weiter anhaltenden Anstieg z.B. von schweren Hauterkrankungen. Die Allgemeinen Ortskrankenkassen erhöhen ihre Beiträge, weil sie anders die steigenden Kosten für die Krankenbehandlung ihrer Mitglieder nicht mehr bestreiten können. In den AOKs sind

zumeist Lohnabhängige mit niedrigen Einkommen versichert. Ihre Löhne sinken seit Jahren, während sie von den Kapitalisten zu immer höherer Arbeitsleistung angetrieben werden. So fordert das von Kapitalisten und Regierung gefeierte "zweite Wirtschaftswunder" seinen grausamen Tribut: Die Gesundheit und Lebenskraft der Lohnabhängigen in den unteren Lohngruppen wird sichtbar ruiniert.

Studentendemonstrationen in der Volksrepublik China

In mehr als 20 großen Städten Chinas demonstrierten in den vergangenen Wochen viele tausend Studenten und Jugendliche. Die ersten Studentendemonstrationen richteten sich gegen schlechte Studien- und Prüfungsbedingungen, gegen die Rechtlosigkeit der Studenten. Darüber hinaus erhoben Demonstranten in vielen Städten weitergehende Forderungen wie z.B. die Aufstellung eigener Kandidaten zu den Volkskongreßwahlen. Die imperialistischen Medien machen bereits den Wunsch nach westlicher Demokratie aus, dem widersprechen aber Berichte in der bürgerlichen Presse über revolutionäre Kampflieder wie die "Internationale" und Anknüpfungspunkte an die Kulturrevolution.



Zivildienst beim Roten Kreuz

Als "Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege" verzeichnete das Deutsche Rote Kreuz 1983 einen Gesamtumsatz von 27 Mrd. DM. Kriegswichtig ist das DRK seit seiner Gründung, dafür zahlt das Verteidigungsministerium gut. Mit 8986 Zivildienstplätzen 1986 ist das DRK die viertgrößte Zivildienststelle. Arbeitszeiten um 60

Stunden wöchentlich und Versetzungen gehören zur Tagesordnung, durchgesetzt mit dem Prinzip "Befehl und Gehorsam". Die Zivildienstleistenden werden benutzt, um "eine weitere Stabilisierung der Gesamtkosten" zu erreichen, d.h. Ersatz hauptamtlich Beschäftigter durch Zwangsarbeiter. Sie müssen mithelfen, sogar aus den Flüchtlingslagern des DRK Gewinne zu erzielen.

Faschistische Justiztradition neu belebt

Das Problem, daß die westdeutsche Justiz ohne allzu große Läuterung aus dem Hitlerfaschismus entsprang, sichtbar in all jenen Richter und Staatsanwälte, die nicht bloß ihre Pensionsansprüche, sondern ebenso ihre Rechtsauffassung unangefochten behalten konnten, wäre jetzt sozusagen natürlich, altershalber, erledigt, so vor einiger Zeit das Oberste Verwaltungsgericht als es die letzten Ermittlungen gegen Angehörige des sog. Volksgerichtshofes einstellte. Solche Urteile ermutigen rechtskonservative, rassistische und faschistische Kräfte: In juristischen Fachschriften fordern sie die "Neubewertung der Reichsjustizkammer" und Sonderstrafrecht für Ausländer, rassistische Asylurteile nehmen zu.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte erscheinen vierzehntäglich, Preis pro Heft:

– Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
– Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7
Tel.: 02 21/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7
Tel.: 02 21/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle**. Preis je Heft 1,20 DM
Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallin-

dustrie – **Nachrichten Stahl- und Metall-**

industrie. Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik

– **Nachrichten, Analysen, Mitteilungen**.

Preis je Heft 1,20 DM

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront. Preis je Heft 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse

– **Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse**. Preis je Heft 1,20 DM

– Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik.

Informationsdienst Gesundheitspolitik. Preis je Heft 1,20 DM

Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-

Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/

Bremen

Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-

Württemberg

Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 02 21/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung. Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Zulpicher Straße 7, Telefon 02 21/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmund Elgehausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollensoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, KG(NHT), PA, VSP.